



Hubert Buhl:

Partnerschaft eröffnet Spielräume

Beim Sonthofener Kommunalkongress informierten sich die Gäste aus erster Hand über die Praxis der Stadt in Sachen effektiver Bürgerbeteiligung. **Seite 3**



Dr. Werner Schnappauf:

Neueste Trends in der Abfallwirtschaft

Bei den Bayerischen Abfall- und Deponietagen in Augsburg plädierte der Minister für eine Vereinfachung der europäischen Anforderungen. **Seite 6**



Hubert Aiwanger:

Neuer Landesvorsitzender der Freien Wähler

Zum Nachfolger von „Gründungsvater“ Armin Grein wurde der erst 35-jährige Agraringenieur gewählt. Ihm stehen schwere Zeiten bevor. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 6. April 2006

57. Jahrgang / Nummer 7



Glanzvoller Auftakt: „Alles was Rang und Namen hat“ begrüßten Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber mit Gattin Karin, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel und der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Prof. Dr. Claus Grimm, zur Eröffnung der diesjährigen Bayerischen Landesausstellung „200 Jahre Franken in Bayern“ im Nürnberger Museum Industriekultur. Noch bis 12. November steht die jüngere Geschichte des Frankenlandes im Fokus des Interesses. Genau zwei Jahrhunderte, nachdem umfangreiche Gebiete des fränkischen Reichskreises 1806 zum Königreich Bayern kamen, widmet sich das Haus



der Bayerischen Geschichte zusammen mit der Stadt Nürnberg deren nicht ganz freiwilliger Eingliederung in die junge Monarchie. Die Geschichte Frankens mit den großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 200 Jahre wird somit zum Thema einer spannenden und unterhaltsamen Geschichtsinisierung. Frankens Touristiker erwarten sich von der großen Landesausstellung zusätzliche Impulse insbesondere für den Kulturtourismus. Auf dem „Kulturpfad Franken“ können die Besucher zudem die Geschichte der ganzen Region neu entdecken. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung. □

Kommunalstichwahlen:

Licht und Schatten

Zwei Wochen nach den kleinen Kommunalwahlen mussten die Bürger in zehn bayerischen Kommunen nochmals an die Urnen. Die Wahlbeteiligung bei den Stichwahlen war zumeist sehr schwach. Mit Spannung wurden besonders die Ergebnisse in Bad Reichenhall, Bamberg und Bayreuth erwartet.

Reichenhall wählte seinen bereits seit 18 Jahren amtierenden Oberbürgermeister Wolfgang Heitmeier ab: Der parteilose Rathauschef musste sich seinem Herausforderer Harald Lackner von der CSU geschlagen geben. Auf den promovierten Juristen entfielen 53,1 Prozent der Stimmen, auf Heitmeier 46,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug 55,6 Prozent.

Bayreuth geht an die CSU, Bamberg an die SPD

Erstmals in der Nachkriegsgeschichte stellt in der Festspielstadt Bayreuth die CSU den Oberbürgermeister: Der Rechtsanwalt und Bezirksrat Michael

Hohl setzte sich deutlich mit 57,3 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen seinen Kontrahenten Ulrich Pfeifer von der SPD durch. Der städtische Wirtschaftsreferent kam auf nur 42,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 50,8 Prozent. Nach 18 Amtsjahren hatte zuletzt Dieter Mronz (SPD) auf eine erneute Kandidatur verzichtet und den 51-jährigen Pfeifer als seinen Wunschkandidaten benannt.

Umgekehrte Vorzeichen herrschten in Bamberg: Ausgerechnet in der katholischen Bischofsstadt übernimmt die SPD das Ruder - erstmals seit 60 Jahren besetzen die Sozialdemokraten den OB-Posten. Ihr Kandidat (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsident Dr. Uwe Brandl:

Gemeinden bleiben handlungsfähig

„Bayerns Gemeinden bleiben auch in Zukunft handlungsfähig und nehmen die aktuellen Herausforderungen an“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei den 8. Tagen der Münchner Bodenordnung und Landentwicklung in München. „Immer weniger Geburten, eine längere Lebenserwartung und eine nicht genau berechenbare Zuwanderung sind die Herausforderungen für die künftige Kommunalpolitik. Wir werden Strategien entwickeln, um mit den Folgen der demografischen Entwicklung fertig zu werden.“ Dazu ist nach den Worten Brandls in Bayerns Kommunen ein gestuftes Handlungskonzept erforderlich, das beinhaltet: - eine schonungslose, ehrliche und ausführliche Ist-Analyse der lokalen Situation - eine Prognose über die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung vor Ort sowie - das Erarbeiten einer Zielvorgabe sowie Handlungskonzept für die Entwicklung der Gemeinde unter Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftlichen Gruppen.“ □

Ausstellungseröffnung 200 Jahre Königreich Bayern:

Im Zeichen der Krone

„Bayern steht 2006 ganz im Zeichen der Krone! Zum 200. Mal jährt sich die Erhebung Bayerns zum Königreich. Es hat mit unserer bayerischen Identität zu tun, dass im demokratisch legitimierten Freistaat eine große Ausstellung zum Königreich eröffnet wird: Bayern ist eben nicht ein ‚Bindestrich-Kunstgebilde‘ der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern ein staatlicher Raum, der bereits vor der demokratischen Ordnung mit gleichem Umgriff bestand. Es gibt kein zweites deutsches Bundesland, das über so ungebrochene Traditionen verfügt wie Bayern. Unser Freistaat wurde nicht auf den Trümmern des Königreichs Bayern errichtet, sondern er lebt in der Kontinuität älterer Staatlichkeit“, erklärte Finanzminister Kurt Faltlhauser bei der Eröffnung der Ausstellung „Bayerns Krone 1806 - 200 Jahre Königreich Bayern“ in der München Residenz.

Die große Sonderausstellung der Bayerischen Schloßerverwaltung, die unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Herzog Franz von Bayern steht, ist bis 30. Juli 2006 zu besichtigen.



Bayerische Königskrone © Schloßerverwaltung

Edmund Stoiber warb bei der Ausstellungseröffnung für größere Offenheit gegenüber Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: „Wir brauchen mehr Mut zu notwendigen Veränderungen, damit wir unser Land für die Herausforderungen einer sich immer schneller wandelnden Welt fit machen können. Mit einer reinen ‚Aufschubmentalität‘ aus falscher Ängstlichkeit werden wir bei Wachstum und Wohlstand immer weiter hinter andere, reformwilligere Staaten in der gesamten Welt zurückfallen.“

die Grundlagen für ein modernes bayerisches Staatswesen gelegt. Ihre Veränderungen und Reformen haben Bayern stark gemacht und prägen unser Land bis in die Gegenwart.“ Die Geschichte zeige, so Stoiber, dass ein Land nur mit der Bereitschaft zu Veränderungen Stärke gewinnen kann. Das moderne Bayern knüpfe an diese große Tradition an. Mit den jüngsten Bildungs- und Hochschulreformen, mit der High-Tech-Offensive oder mit der neuen Cluster-Strategie habe die Staatsregierung klare Signale für ein starkes Bayern im internationalen Wettbewerb gesetzt. Zu den herausragenden Leis-

tungen der Montgelas-Zeit zählte Stoiber bei der Eröffnung der Ausstellung die Schaffung einer effizienten Staatsorganisation mit einem bis heute noch gültigen dreistufigen Verwaltungsaufbau und einem fest besoldeten, leistungsfähigen Beamtentum. Die Durchsetzung der religiösen Toleranz, die Einführung der Pressefreiheit und die Aufhe-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Was läuft schief in einer Gesellschaft, wenn Lehrer ihre Schüler aufgeben - siehe Rütli-Schule in Berlin? Der Bürgermeister ist sich im Klaren, dass die Schulen nur einen Teil dazu beitragen können, ausländische Jugendliche zu integrieren oder Halbstarke einzubremsen. Wo Elternhäuser versagen, ist auch die Kommune gefordert. **Seite 15**

Bitte um Mithilfe an bayerische Kommunen:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung am 10. Mai

„Dass die ‚Aktion Bücherlesung‘ bisher so ein großer Erfolg war, ist auch dem Engagement der bayerischen Kommunen zu verdanken.“ Diese Überzeugung vertritt der Initiator der Idee, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel. Auch heuer werden am Jahrestag der Bücherverbrennung zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis beschlossen hatten. Schmitt-Thiel konnte wieder viele prominente Mitstreiter gewinnen. Feste Zusagen gibt es beispielsweise von den bayerischen Kabinettsmitgliedern Goppel und Schneider, sowie von Oberbürgermeister Christian Ude.

„Vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Buchhandlungen, an allen Schulen, Universitäten, von Lernenden und Lehrern, in allen Theatern, Opern, Kinos ... jeweils vor den Auführungen, auf öffentlichen Plätzen, soll aus Texten gelesen werden, die ein Opfer der Flammen geworden waren. Die Initiatoren selbst nur Anstoß geben und über das Internet alle Aktivitäten koordinieren. Weitere Informationen unter www.buecherlesung.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Föderalismusreform: Bayern will Spitze bleiben	2
Mitgliederversammlung des KAV Bayern	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Die Demographie stellt uns vor große Herausforderungen	3
Zweitwohnungssteuer in der Diskussion	3
2005 wieder ein Erfolgsjahr der Hanns-Seidel-Stiftung	4
GZ-Fachthemen: Umwelt · Abfall	5 - 7
Kommunalfahrzeuge	8/9
EDV für die Kommunalverwaltung	10 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Regierungserklärung Stoibers zur Föderalismusreform:

Bayern will Spitze bleiben

Mehr Freiheit für Bund, Länder und Kommunen
Opposition rügt Zentralismus der Staatsregierung

Unmittelbar nach den Beratungen der Ministerpräsidenten in Berlin hat Dr. Edmund Stoiber im Bayerischen Landtag die Eckpunkte der Föderalismusreform in einer Regierungserklärung zusammengefasst. Er nannte drei große Schritte hin zu kraftvollen Ländern und einem entscheidungsfähigeren Bund: Mehr Freiheit für Bund, Länder und Kommunen, mehr Transparenz und Demokratie für die Bürger und mehr Dynamik für Deutschland. Diesen Grundsätzen stimmten alle drei Fraktionen zu. Die Opposition hatte Vorbehalte wegen des innerbayerischen Zentralismus.

Der Ministerpräsident fasste seine einstündige Erklärung dahin zusammen, es sei das Ziel, die Grundlagen für den weiteren Ausbau der guten Stellung und den Vorsprung Bayerns auf vielen Gebieten in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts zu schaffen. Bei Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern werde der Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze von 60% auf rund 35% - 40% reduziert. Auch die Kommunen würden an Unabhängigkeit und Freiheit gewinnen. Endlich werde „kommunale Stadtluft frei vom Bundesgriff in kommunale Taschen“. Für diesen Erfolg haben wir gekämpft als Anwalt der Kommunen“, Stoiber hob hervor, dass Vertreter der kommunalen Spitzenverbände zusammen mit Sachverständigen und Landesparlamentariern in der Föderalismuskommission den Reformprozess kontinuierlich begleitet haben.

Eigene Verwaltungskultur

Als Schwerpunkte der Aufgabentrennung nannte Stoiber insbesondere Schulen und Hochschulen sowie ein eigenes Dienstrecht für Beamte und Angestellte von Staat und Kommunen. Er kündigte ein Symposium zur Dienstrechtsreform an. In der Verantwortung für den Bürokratieabbau sah der Ministerpräsident die Chance einer „eigenen Verwaltungskultur“. Im Rahmen solider Finanzen würden Staatsregierung und CSU dafür sorgen, dass neben den Bellungszentren auch der ländliche Raum eine gute Zukunft habe.

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget stimmte als erster Redner in der Aussprache den Grundsätzen der Föderalismusreform zu, Bayern habe indes seit Montgelas' Staatsreform von 1806 eine besonders zentralistische Organisationsform. Das habe im heutigen Freistaat zu der Maxime geführt, wer Recht hat, das bestimmt die Staatskanzlei“, Maget sprach von dringendem Nachholbedarf bei der Stärkung

der Regionen. Die Reform sei notwendig im Hinblick auf klarere Kompetenzverteilung und mehr Transparenz für den Bürger. Für eine föderative Zukunft Bayerns stehe die SPD zur Verfügung. „Da sind wir Ihnen so gar einen Schritt voraus.“

Ausgezeichnete Vorarbeit

CSU Fraktionschef Joachim Herrmann räumte ein, es gebe einiges zu ändern, was noch auf Montgelas zurückgehe. Er gab aber zu bedenken, dass das Reformkonzept ohne die ausgezeichnete Vorarbeit der Beamten der Staatskanzlei nicht zustande gekommen wäre. Er dankte dem Ministerpräsidenten

Mitgliederversammlung KAV Bayern:

Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Betriebe sichern

Bei der Mitgliederversammlung und Hauptausschuss-Sitzung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) Bayern im Augsburger Kongresszentrum standen u. a. die Notwendigkeit einer allgemeinen Arbeitszeitverlängerung sowie die Tarifverhandlungen mit dem Marburger Bund im Zentrum der Diskussion.

Die Finanznot der Kommunen in Deutschland zwingt weiter zur nachhaltigen Einsparung von Personal- und Sachkosten. Einschränkungen der Kommunen in ihrem Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger können nur dann vermieden oder abgemildert werden, wenn alle anderen Einsparmöglichkeiten und Produktivitätspotentiale zuvor ausgeschöpft werden. Dazu gehört laut Verbandsvorsitzendem Dr. Thomas Böhle auch die Verlängerung der Arbeitszeit der öffentlichen Dienst Beschäftigten. Diese vernichte vorrangig keine Arbeitsplätze, sondern sichere sie wirkungsvoll über die Aufrechterhaltung des bisherigen Leistungsangebots.

Die Bayerische KAV strebe die 40-Stunden-Woche an, weil der seit Jahren hinsichtlich des Personalbestands bei den Kommunen bestehende Konsolidie-

und ausdrücklich Landtagspräsident Alois Glück als Vorsitzendem der Föderalismuskommission.

Diese Reform sei „ein großer Gewinn für jede Kommune“. Ein starkes Bayern brauche starke Kommunen. Sie wurden durch das Konnexitätsprinzip geschützt. Deregulierung und Entbürokratisierung müssten weiter vorangetrieben werden.

Reformierung der Finanzbeziehungen

Für die Grünen bekundeten Dr. Martin Runge, Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, und Fraktionsvorsitzende Margarete Bause die grundsätzliche Zustimmung zur Auflösung der Verflechtung zwischen Bund und Ländern und zur Stärkung der Landesparlamente. Erfreulich sei auch die Klarstellung, dass Gemeinden und Gemeindeverbänden durch Bundesgesetz keine Aufgaben übertragen werden dürfen. Der konkrete Re-

formvorschlag kranke allerdings am Ausblenden der dringend notwendigen Reformierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern; auch würden manche Politikfelder nicht ziel führend zugeordnet, z. B. die Besoldungsordnung im öffentlichen Dienst. Dadurch werde zusätzlicher Verwaltungsaufwand geschaffen und ein Wechsel der Beschäftigten zwischen den Ländern erschwert.

Dringlichkeitsanträge

Die Grünen forderten wie die SPD, den Zentralismus auch innerhalb Bayerns abzubauen. Auch die Stärkung der Landesparlamente können sie „noch nicht erkennen“. Kern der Probleme liege in der „verklärten und verklärenden Sicht- und Handlungsweise von Staatsregierung und CSU-Spitzen“.

Alle drei Fraktionen hatten zur Regierungserklärung Dringlichkeitsanträge eingebracht, in denen sie Zustimmung und die Opposition auch Kritik am Konzept und an der Staatsregierung zum Ausdruck brachten. Der CSU-Antrag wurde gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Beide Oppositionsanträge scheiterten an der Mehrheitsfraktion, wobei der Grünen-Antrag auch von der SPD verworfen wurde. **rm**

Neue Spitze bei den Freien Wählern:

Tiefe Gräben

Delegiertenversammlung in Garching wählte
Hubert Aiwanger zum Landesvorsitzenden

Die Freien Wähler stehen unmittelbar nach der Wahl ihres neuen Vorsitzenden Hubert Aiwanger vor einer Zerreißprobe. Einige Kandidaten, die für den stellvertretenden Landesvorsitz kandidieren wollten, zogen bei der Delegiertenversammlung in Garching bei München aus Protest ihre Kandidatur zurück. Aiwanger wird von Verbandsfreunden vorgeworfen, er wolle die Freien Wähler letztlich zu einer politischen Partei machen.

Der erst 35-jährige Agraringenieur und Landwirt aus Rottenburg an der Laaber (Lkr. Landshut) ist seit drei Jahren FW-Ortsvorsitzender von Rottenburg/Laaber und erst seit einem Jahr FW-Kreisvorsitzender von Landshut und Bezirksvorsitzender von

gend und seiner Art schon vorher nicht unumstritten gewesen. Es wäre eine sinnvolle Ergänzung gewesen, wenn jetzt auch die Erfahrenen mit in die Vorstandsschicht gegangen wären. Grein: „Das wäre eine gute Mischung gewesen.“



Hubert Aiwanger. □

Sechzig Jahre Freie Wähler

In der Abschiedsrede spannte das „kommunalpolitische Urgestein“ noch einmal den Bogen über sechzig Jahre Freie Wähler in Bayern. Er gab sich zuversichtlich, dass bei der nächsten Kommunalwahl 2008 die Freien Wähler ihre Ergebnisse verbessern „und damit dem übermächtigen Goliath CSU einen weiteren Schlag versetzen werden“.

Es müsse alles dafür getan werden, „dass die Freien Wähler auch weiterhin eine Spitzenposition in den Städten, Gemeinden und Landkreisen einnehmen“, fuhr Grein fort. Der 1978 gegründete Landesverband helfe dabei. Er schreibe ein Minimum an Organisation vor. Diese Tatsache sei gleichzeitig ein Problem: Der Freie Wähler an sich sei ein eher organisations-skeptisches, frei und manchmal auch quer denkendes Individuum, alles andere als ein uniformer Parteisoldat. „Die Schwierigkeit, Individualisten in einem Verband zu einigen, war und ist heute noch offenkundig und ich kann ein Lied davon singen“, meinte Grein. Die mitunter durchaus gegensätzlichen Aussagen und Ziele in den unterschiedlichen Kommunen landesweit auch nur auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen, erweise sich als eine „Sisyphus-Arbeit“.

Als flächendeckende Organisation beschränke sich der Einfluss der Partei schon lange nicht mehr auf einzelne Kommunen, fuhr Grein fort. Die Freien Wähler seien heute längst zu einer landesweiten politischen Kraft geworden - „eine Tatsache, die uns dazu verpflichtet, auch auf höherer Ebene einzugreifen“. Deshalb müssten sich Freie Wähler in die Landespolitik einmischen.

Strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips

Die Freien Wähler dürften nicht müde werden, „immer und immer wieder die strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips der Bayerischen Verfassung und auch ein Konnexitätsprinzip für den Bund zu fordern“, sagte Grein. Darüber hinaus müsse die kommunale Selbstverwaltung ihren Freiraum erweitern. Neben neuen Impulsen für die Bildungspolitik forderte der Ex-Vorsitzende die Stärkung der regionalen Wirtschaft. Zudem müssten Leistungsstandards aller Sozialgesetze - „vor allem jene, die die Kommunen finanziell schwer belasten“ -, auf den Prüfstand und auf ein notwendiges, vertretbares Maß reduziert werden. Die Familien- und Sozialpolitik schließlich habe der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken. Die Infrastruktur müsse ihr in den Kommunen, im Land und in der Republik angepasst werden. Greins Fazit: „Bayern braucht die Freien Wähler auf der kommunalen und auf der Landesebene!“ **DK**

Niederbayern. Er setzte sich in einer Stichwahl knapp gegen den Ingolstädter Rechtsanwalt Peter Gietl durch. Für Aiwanger stimmten 340 Delegierte, auf Gietl entfielen 322 Stimmen. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Marion Hälsig aus Bruck, Michael Piazolo (München), Bernhard Pohl (Kaufbeuren) sowie Werner Winter aus Wendelstein bestimmt.

Grein Ehrenvorsitzender

Aiwanger trat die Nachfolge des 66-jährigen FW-Gründungsvaters Armin Grein an, der 28 Jahre an der Spitze des Landesverbandes der Freien Wähler geblieben hatte. Der 1984 als erster Freier Wähler in Bayern zum Landrat des unterfränkischen Landkreises Main-Spessart gewählte Politiker hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Für seine zahlreichen Verdienste wurde er zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

In seiner Bewerbungsrede gab Aiwanger als Ziel den Einzug in den Landtag 2008 an - ein Unterfangen, das bereits zweimal gescheitert ist. Der Niederbayer kündigte an, dazu die Struktur des Landesverbandes der Freien Wähler zu straffen. Unter anderem will er den Kontakt zwischen dem Vorstand und der Basis intensivieren. Er zeigte sich überzeugt, „dass die Konflikte in einigen Tagen vergessen sind“. Der Ismaninger Bürgermeister und Versammlungsleiter Michael Sedlmair, ein ausgewiesener Gegner der Landtagskandidatur, befürchtete jedoch: „Wenn er in dem Stil weitermacht, wird es zu einer Zerreißprobe kommen.“

Der frühere Landeschef Grein zeigte sich angesichts der Vorankommisse in Garching besorgt. Aiwanger sei aufgrund seiner Jugend wäre nachhaltig in Frage gestellt. Böhle forderte den Marburger Bund auf, von seinen maßlosen Forderungen Abstand zu nehmen und den TVöD zu unterzeichnen. Der Ausstieg des Marburger Bunds aus dem TVöD kurz vor Abschluss der Tarifverhandlungen war aus Sicht der VKA völlig überraschend. Die am Ende der Verhandlungen erstmals erhobene, „unrealistische Forderung auf 30prozentige Einkommenserhöhung für die Ärzte“ sei erkennbar auf Konfrontation angelegt gewesen. **DK**

rungsdruck dies erfordere, betonte Böhle. Nur so könnten das bisherige Leistungsspektrum der Kommunen für die Bürger auf Dauer ohne Einschränkung erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Betriebe gesichert werden.

Arbeitszeitverlängerung

Bereits zuvor hatte der Hauptausschuss des Verbandes sich mit der Frage einer allge-

meinen Arbeitszeitverlängerung befasst und diese nach ausführlicher Diskussion für notwendig gehalten.

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) enthalte als ein wesentliches Merkmal ausdrücklich die Möglichkeit, die Arbeitszeit auf landesbezirklicher Ebene von 38,5 auf bis zu 40 Stunden zu verlängern. Diese Option hätten verschiedene Landesverbände der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) gezogen - im Interesse des öffentlichen Dienstes. ver.di verweigere trotz der vereinbarten Öffnungsklausel im TVöD echte Verhandlungen. Die Landesverbände in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg hätten daraufhin von der vereinbarten Kündigungsmöglichkeit der Arbeitszeitvorschrift Gebrauch gemacht.

Der Einstieg ins neue Tarifrecht sei von den Mitgliedern des KAV Bayern hervorragend akzeptiert und ohne große Probleme bewältigt worden, berichtete Böhle.

Was die Auseinandersetzungen mit dem Marburger Bund um die Bezahlung für angestellte patientenferner bürokratischer Tätigkeiten und die vollständige Bezahlung aller geleisteter Mehrarbeit.

Maßlose Forderungen

Das Jahreseinkommen der Ärzte nach dem TVöD halte dem Vergleich mit allen anderen Tarifverträgen in Deutschland, die Bezahlungsregelungen für Ärzte enthalten, stand, erklärte Böhle. Das Streben des Marburger Bunds nach mehr Geld für die Ärzte müsste zu Lasten des Einkommens der übrigen Beschäftigten in den Krankenhäusern gehen und würde dem Verkauf kommunaler Krankenhäuser an Private weiter Vorschub leisten. Die Patientenversorgung

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Heinz Jahn
86462 Langweid a. Lech
am 11.4.

Bürgermeister Paul Heuler
97440 Werneck
am 13.4.

Bürgermeister Armin Goß
91325 Adelsdorf
am 21.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Eberl
94437 Mamming
am 16.4.

Bürgermeister
Walter Höfling
97794 Rieneck
am 16.4.

Bürgermeister
Wolfgang Ludwig
93444 Kötzing
am 21.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Konrad Brandmair
85235 Odelzhausen
am 13.4.

Bürgermeister Josef Wimmer
83362 Surberg
am 13.4.

Bürgermeister Gerhard Blab
93185 Michelsneukirchen
am 15.4.

Bürgermeister
Dr. Robert Römmelt
97792 Riedenberg
am 20.4.

Bürgermeister Thomas Klein
87761 Lauben
am 21.4.

Bürgermeister Josef Huber
83547 Babensham
am 14.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Sporer
82439 Großweil
am 13.4.

Bürgermeister Martin Hobmaier
83334 Inzell
am 15.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Singer
87642 Halblech
am 11.4.

Kommunalkongress „Stadt im Dialog“ in Sonthofen:

Partnerschaftliches Regieren eröffnet Gestaltungsspielräume

Erfahrungsaustausch zu Stadtentwicklung und Bürgerengagement

Mit den Bürgern gemeinsam werden Städte und Gemeinden auch in Zukunft Gestaltungskraft bewahren können. Wie ein roter Faden zog sich diese Erkenntnis durch den Kommunalkongress der Stadt Sonthofen. Rund 80 Bürgermeister, Räte und Führungskräfte der Verwaltung aus 34 bayerischen und baden-württembergischen Kommunen informierten sich aus erster Hand über die zehnjährige Praxis Sonthofens in Sachen effektiver Bürgerbeteiligung. In der engagierten Diskussion wurde allerdings auch deutlich: Jede Kommune muss ihren eigenen Weg finden und braucht dafür häufig ein Umdenken im Verhältnis zwischen Bürgerschaft, Rat und Verwaltung.

„Bürgerengagement ist nicht einfach und nicht immer geliebt, aber es ist unabdingbar für die Zukunft unserer Kommunen.“ Umweltstaatssekretär Dr. Otmar Bernhard als Vertreter der Staats-

Akzeptanz in der Bevölkerung

In das gleiche Horn stieß Prof. Dr.-Ing. Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes

hofen, seinen Kolleginnen und Kollegen aus Bayern und Baden-Württemberg das Projekt „Zukunft Sonthofen“ vorgestellt.

Intensive Bürgerbeteiligung

Seit zehn Jahren setzt die „südlichste Stadt Deutschlands“ (Hubert Buhl) bei der Stadtentwicklung auf eine intensive Bürgerbeteiligung. Ein weiteres Jubiläum und eine besondere Art von Nachhaltigkeit personifizierte Wolfgang Grubwinkler, Vorstand der Firma Identität & Image Coaching AG aus Eggenfelden und ebenfalls Mitveranstalter. Seit dem Start von „Zukunft Sonthofen“ betreut er die Stadt als Moderator und Prozesssteuerer. Internationale Anerkennung fand die nachhaltige Stadtentwicklung Sonthofens im letzten Jahr mit der Verleihung des Titels „Alpenstadt 2005“.

In gewissem Sinne als Auszeichnung verstanden werden konnte auch die Anwesenheit von Dr. Kirsten Witte, Leiterin des Kompetenzzentrums Kommunen und Regionen der Bertelsmann Stiftung. Als einzige süddeutsche Stadt wurde Sonthofen in das Evaluationsprogramm der Stiftung zum Thema Bürgerbeteiligung und Standortmarketing aufgenommen. In ihrem Vortrag legte Dr. Witte schnell den Finger in die Wunde und nahm die Kommunen in die Pflicht, Stadtentwicklung mit der Bürgerschaft ernst zu nehmen. Gleichzeitig wies sie auf die Herausforderungen jenseits aktueller Finanzkrisen: Die demografische Entwicklung mache auch vor den Wachstumsregionen im Süden der Republik nicht halt. Die Veränderungen in der Alterspyramide würden Konsequenzen nach sich ziehen, die heute noch kaum ins Bewusstsein der Verantwortlichen gedrungen seien.

Good Governance - eine Frage des Managements

Vier Werkstätten an Originalschauplätzen im Stadtgebiet widmeten sich im Anschluss an die Impulsreferate den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung beim Gestalten des eigenen Gemeinwesens. Ganz im Geist der Lokalen Agenda 21 standen den Kongressteilnehmern Projekte aus den Bereichen Soziales, Ökologie und Ökonomie zur Auswahl. Besondere Attraktivität auf die anwesenden Bürgermeister übte der vierte Workshop aus. Seine Themen waren Good Governance, das gute Regieren in der Bürgerkommune und die Frage des Managements von Beteiligungsprozessen.

Als ökonomisches Leuchtturmprojekt von „Zukunft Sonthofen“ ist das Technologie- und Dienstleistungszentrum SONTRA zu bezeichnen. Angesiedelt in den ehemaligen Räumlichkeiten einer in Insolvenz gegangenen Textilfirma finden dort heute fast 150 Arbeitsplätze in den zukunftsweisenden Bereichen Anlagenbau, Informations- und Kommunikationstechnologie und Marketing auf ihren Bedarf abgestimmte Rahmenbedingungen. Der Geschäftsführer und zugleich Wirtschaftsförderer der Stadt, betonte bei der Besichtigung, dass es ohne den Prozess der Bürgerbeteiligung das SONTRA vermutlich nicht gegeben hätte.

Was freiwilliges Engagement der Bürgerschaft ganz konkret wert sein kann, zeigte die Werkstatt Soziales. Die Freiwilligen-

agentur Sonthofen startete ihre Tätigkeit zu Beginn des Jahres mit einer modernen Werbekampagne, ehrenamtlich konzipiert und professionell umgesetzt. Vorgestellt wurden auch zwei weitere Projekte aus der Bürgerbeteiligung: Ein Verein als Anlaufpunkt für Frauen und ein sozialer Bürgertreff für alle Bevölkerungsschichten mit Informationsangeboten wiesen auf die anstehenden Herausforderungen durch soziale Segregation und den demografischen Wandel hin.

Praxiswerkstatt Umwelt

Wie stark der Prozess der Nachhaltigen Stadtentwicklung durch die Ernennung zur Alpenstadt 2005 profitierte, verdeutlichte die Praxiswerkstatt Umwelt. Mit Engagement der Bürgerschaft errichtete die Stadt einen „Erlebnispfad Alpenstadt“, der aus dem Stadtzentrum heraus bis in das Naturschutzgebiet Allgäuer Hochalpen führt. Dessen Gebietsbetreuer stand als Ansprechpartner für dieses Projekt zur Verfügung. Als zweites Projekt wurde das Energiemanagement der Stadt zusammen mit dem modernen Holzschneidwerkzeug-Heizkraftwerk vorgestellt.

Wie der Bürgerschaft die Bewegungsfreiheit gegeben werden kann, um solche Projekte zu entwickeln und sich dafür zu begeistern war Thema der vierten Werkstatt. Ausgehend vom Beispiel Sonthofen wurde intensiv die sich wandelnde Rolle des Bürgermeisters sowie das Verhältnis von Politik und Verwaltung zur Bürgerschaft diskutiert. Für Bürgermeister Buhl macht partnerschaftliches Regieren die Effizienzgewinne im politischen Handeln deutlich. Statt im Stillen zu planen, die Ergebnisse dann zu verkünden und gegenüber der überraschten Öffentlichkeit aufwändig zu verteidigen, so der in Sonthofen beherzigte Beratungsansatz, werden Ideen breit gesammelt, in einem mehrstufigen Verfahren entscheidungsreif gemacht und dann konsequent und rasch umgesetzt.

Bürgern mehr zutrauen

Die abschließende Plenumsdiskussion leiteten die fünf Referenten Dr. Kirsten Witte, Prof. Albert Göttle, Wilhelm Hofmann, Sachgebietsleiter Städtebau der Regierung von Schwaben, Wolfgang Grubwinkler und

Neue Herausforderungen für Bürgermeister:

Das veränderte Leben in der Stadt

Tagung der Katholischen Akademie in Bayern - Gettos der Reichen und der Ausländer - Verlust an Solidarität

Seitdem Christian Ude Präsident des Deutschen Städtetags ist, gehört der Gedankenaustausch mit Kollegen vermehrt zu seinem Alltag. Und immer wieder hört er von neuen Herausforderungen schon infolge der demographischen Veränderungen. Die Abwanderung jüngerer Generationen aus Städten der neuen Bundesländer ist ebenso gravierend wie die Bevölkerungsbewegungen im Westen hinaus in die Regionen. Das wirft erhebliche Infrastruktur- und Verkehrsprobleme auf mit einem hohen Investitionsbedarf. Die Katholische Akademie in Bayern hatte unter Berufung auf Theodor Heuss - „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“ - zur Erörterung der heutigen veränderten Lebensgewohnheiten Wissenschaftler, Theologen und Politiker eingeladen.

Akademiedirektor Dr. Florian Schuller zur Einstimmung: Vielleicht sei ohne Stadt auch keine Kirche mehr zu machen. Für die Theologiewissenschaftlerin Prof. Dr. Theresia Heimerl (Kath. Fakultät Graz) war und ist die Stadt seit der Antike „nie nur Bauten, Logistik und Statistik, sondern stets auch ein Ort, der menschlichen Grundfragen einen Ort gibt“. Für den Pragmatiker Ude hat sich in dieser Hinsicht freilich einiges negativ verändert. Das komme besonders in einem Verlust an Urbanität und Solidarität zum Ausdruck. Arm und

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

in einem demokratischen Staat mit einer großen öffentlichen Wirkung der verschiedenen Medien, haben bestimmte Themen Konjunktur. Plötzlich erscheinen sie in der Öffentlichkeit, ebenso plötzlich verschwinden sie wieder.

Zur Zeit ist das die demographische Entwicklung in Deutschland. Völlig überrascht stellt man fest, dass im Jahre 2005 weniger Kinder geboren wurden als im Jahr 1945. Man tut dann so, als ob dies ein unvorhersehbares Elementarereignis wäre.

Dagegen ist es tatsächlich so, dass diese Entwicklung seit

30 Jahren absehbar ist. Seit dem Pillenklick Anfang der siebziger Jahre wissen wir, dass 25 bis 30 Jahre später die Eltern fehlen werden, die Kinder haben könnten. Die heutige Elterngeneration ist eben zahlenmäßig rund 40 % geringer als die vorhergehende. Dazu kommt, dass die Geburtenhäufigkeit pro Frau in Deutschland auch eher am unteren Ende der Skala der westlichen Industriestaaten steht. Gegenwärtig sind es 1,36 Kinder pro Frau. 2004 hatten wir 8,5 Geburten je 1.000 Einwohner, die USA



können stolz auf 14 Kinder verweisen.

Die Probleme, die damit verbunden sind, sind noch nicht in den Alltag der Politik eingeflossen. Künftig werden sich Investitionsströme verändern, die Einrichtungen für alte und sehr alte Menschen werden immer wichtiger werden. Wir haben ja nicht nur weniger Kinder, wir haben auch viel mehr Hochbetagte als vor 30 oder 40 Jahren.

Die Zeit drängt. Wir werden uns anstrengen müssen, bald auf alle diese Fragen Antworten zu finden.

Die
Luitpold Braun



Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard beim Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Sonthofen; Landrat Gebhard Kaiser, Bürgermeister Hubert Buhl und Prof. Dr. Albert Göttle (LfU) assistierten (v. l.).

regierung nahm in seinem Grußwort vorneweg, was eine der Erkenntnisse des Kongresses werden sollte. Bernhard machte deutlich, wie die Rahmenbedingungen für kommunale Entwicklung in den nächsten Jahren einzuschätzen sind: Der Wettbewerb unter den Kommunen und die finanzielle Misere der staatlichen Kassen lassen die Probleme größer und die staatlichen Zuschüsse kleiner werden.

für Umwelt (LfU) und Mitveranstalter des Kommunalkongresses in seinem Eingangsstatement. Gleichzeitig forderte er eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung, denn mit ihr könnten, so Göttle, bei geringen zu investierenden Mitteln immense Kosten durch Planungsfehler vermieden und die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung geschaffen werden.

Zuvor hatte Hubert Buhl, 1. Bürgermeister der Stadt Sont-

auf, die familiäre Bindung an den Arbeitsplatz bzw. an ein Unternehmen gebe es kaum noch.

In ihrer Tagesarbeit stünden die Rathäuser damit vor neuen Herausforderungen. Die berufliche Perspektivlosigkeit, mit der die Menschen aller Schichten, Junge und Ältere konfrontiert seien, noch zunehmende Widerstände gegen Behinderteneinrichtungen, gegen die Einrichtung von Kindergärten, Asylantenheimen und Moscheen, unerfreuliche Empfindlichkeiten zwischen Nachbarn, alles lande auf den Schreibtischen der Bürgermeister.

Kinderlärm ist Zukunftsmusik

An die Zehntausend Beschwerden erreichten ihn jährlich. Häufige Klagen über den Verkehrslärm erstaunten ihn immer aufs Neue, denn die Absender müssten auch Autofahrer sein, nachdem 800.000 Fahrzeuge in München zugelassen sind. „Aber wenn wir hinter der Türe und nicht hinter dem Lenkrad sitzen, beschweren wir uns; wir werden nicht toleranter sondern von Jahr zu Jahr empfindlicher“.

Den häufigen Klagen von Hausbewohnern über den Lärm spielender Kinder hielt Ude entgegen, Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Inzwischen versuchen viele Städte, mit Lockangeboten, mit preisgünstigem Wohnraum den Trend von der Stadt in die Region zumindest einzudämmen.

Verdichtung statt Streuung

Akademiedirektor Schuller: „Über Jahrzehnte war Stadt in unserem Lande out. Der Trend zum Häuschen im Grünen schien ungebremst, zum steuerrechtlich begünstigt, mit all den Konsequenzen allerdings, wie wir sie heute kennen und erleben: Staubproduzierende Pendlerströme, anonyme Trabantensiedlungen, Dörfer mit verlornen Identität. Nun aber beginnt sich der demographische Wandel am

(Fortsetzung auf Seite 4)

Zweitwohnungssteuer in der Diskussion

Repräsentanten von Gemeindetag und Städtetag begrüßen Gerichtsentscheidung - OB Döhla wettet im BR Alpha-Forum dagegen

Ausdrücklich begrüßten der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, der die Satzungen der Gemeinden zum Vollzug des Zweitwohnungssteuerrechts für grundsätzlich rechtmäßig anerkennt. Ganz anders äußerte sich Dieter Döhla, scheidender Oberbürgermeister von Hof im „Alpha-Forum City“ des Bayerischen Fernsehens. Die Zweitwohnungssteuer, die von immer mehr Gemeinden erhoben wird, sei ursprünglich ermöglicht worden, damit die Besitzer von Ferienhäusern und -wohnungen auch an den Kosten der Infrastruktur in den jeweiligen Kommunen beteiligt werden können. „Inzwischen gehen aber auch Städte wie München dazu über, eine Zweitwohnungssteuer zu erheben, weil Münchner, die auch Besitzer beispielsweise eines Hauses an einem oberbayerischen See sind, der dortigen Abgabe entgehen wollen, indem sie dort ihren Erstwohnsitz anmelden“, so Döhla. Er hatte vor dem entsprechenden Beschluss im Münchner Stadtrat eindringlich gewarnt, weil davon besonders die vielen Pendler betroffen seien, die notgedrungen jeden Montag nach München und am Freitag wieder zurück fahren. Zusätzlich zu den persönlichen und familiären Belastungen kämen so noch finanzielle Nachteile auf die Betroffenen zu. Als Oberbürgermeister fürchtet er zudem, „dass sie den Gemeinden, in denen sie eigentlich 'daheim' sind, möglicherweise als Einwohner verloren gehen, um die Münchner Steuer zu vermeiden.“ In der Folge wären in den eigentlichen Heimatgemeinden weniger Einnahmen bei den Einkommens- und Kfz-Steueranteilen zu erwarten. Das würde die ungünstige Entwicklung in strukturschwachen Regionen noch verschärfen und sei neben der Belastung für die Pendler auch unsolidarisch gegenüber deren Heimatgemeinden. Große Probleme erwarten auch die Studentenvertreter, weil auf die Studierenden hohe zusätzliche Ausgaben zukommen.



Preisverleihung im Kultusministerium: Unser Bild zeigt die ESB-Geschäftsführer Werner Bähre und Dieter Rathsam gemeinsam mit Staatssekretär Karl Freller, dem Kindermoderator Willi Weitzel sowie Schulvertretern und Kindern.

ESB-Grundschulwettbewerb 2005 / 2006:

Feierliche Prämierung der Gewinnerschulen im Kultusministerium

Mit insgesamt 120.000 Euro werden die 12 Gewinnerschulen des 2. Schulwettbewerbs der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) ausgezeichnet. Unter dem Motto „Ein Klassenzimmer für Kopf, Herz und Hand“ waren die Grund- und Förderschulen im Versorgungsgebiet der ESB dazu aufgerufen, Ideen zur besseren Ausgestaltung ihrer Lernräume zu entwickeln. Die feierliche Prämierung der kreativsten Projekte fand mit Staatssekretär Karl Freller sowie den ESB-Geschäftsführern Dieter Rathsam und Werner Bähre im Kultusministerium statt.

„Wir freuen uns, mit diesem Schulwettbewerb einen Beitrag für bessere Lernbedingungen in einer ganzen Reihe von Grund- und Förderschulen in der Region leisten zu können“, so Rathsam. „Gerade die von den Schülern gezeigte Eigeninitiative wird immer wichtiger für den beruflichen und privaten Erfolg.“

Gesellschaftliche Verantwortung

Die gesellschaftliche Verantwortung der ESB geht über den Grundschulwettbewerb jedoch deutlich hinaus: So ist das Unternehmen Mitglied in der Stiftung Bildungspakt Bayern, die im Jahr 2000 - mit Karl Freller als Stiftungsvorsitzendem - ins Leben gerufen wurde. Die Stiftung

hat sich zum Ziel gesetzt, neue Wege einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft zu finden.

In zahlreichen empirischen Untersuchungen wurde belegt, dass die Raumgestaltung einen Einfluss auf die Lernbereitschaft und den Arbeitserfolg ausübt. Die ESB unterstützt mit ihrem Wettbewerb das Zusammenspiel von Schülern, Lehrern und Eltern und fördert gleichzeitig Verantwortungsgefühl und Eigeninitiative. Viele Schulen haben sich mit ihren Projekten am Wettbewerb beteiligt. Der Hauptpreis für die Gewinnerschulen beträgt je 10.000 Euro. Alle anderen teilnehmenden Schulen, die nicht gewonnen haben, erhalten hochwertige Musikinstrumente im Wert von 500 Euro.

Folgende Schulen dürfen sich jeweils über einen Scheck in Höhe von 10.000 Euro freuen:

- Grundschule Waldkraiburg
- Volksschule Bernau a. Chiemsee
- St. Notker-Schule, Privates Förderzentrum

- Grundschule Loiching
- Grundschule Simbach a. Inn
- Volksschule Vilsheim
- Bischof-Sailer-Volksschule Aresing
- Volksschule Langquaid
- Sonderpädagogisches Förderzentrum Weilheim
- Grundschule Weßling
- Sonderpädagogisches Förderzentrum Farchant
- Volksschule Schäftlan

Erdgas Südbayern GmbH

Als einer der größten Regionalanbieter in Bayern sorgt die ESB zwischen Donau, Lech und der Landesgrenze nach Österreich bei mehr als 460.000 Menschen für Wärme. Zur regionalen Erdgasversorgung betreibt die ESB in Südbayern ein Leitungsnetz von nahezu 8.000 Kilometern. In 250 Städten und Gemeinden Südbayerns nutzen die Menschen die Vorteile der umweltschonenden Energie Erdgas. Zudem versorgt die ESB 24 kommunale Weiterverteiler. Private Verbraucher, Kommunen und Unternehmen setzen auf den zuverlässigen Service, das technische Know-how, die regionale Präsenz und das Engagement der ESB. Kompletter Wärmeservice aus einer Hand für Kommunen oder Unternehmen sowie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung für Gemeinden ergänzen das Portfolio der ESB.

Im Zeichen der Krone ...

(Fortsetzung von Seite 1) Fürsten seit mehr als einem Jahrhundert gestrebt hatten, war weniger ein Zugewinn an äußerem Glanz als eine grundsätzliche Weichenstellung für die innere Politik. Sie bot König Max I. Joseph und seinem Minister Montgelas die Möglichkeit, die 1799 begonnenen, einschneidenden Reformen auszuweiten und zu vollenden.

Der 1. Januar 1806 ist ein herausragendes Datum der bayerischen Geschichte. Die Rangerhöhung des Kurfürstentums zum Königreich, nach der bayerische

Fürsten seit mehr als einem Jahrhundert gestrebt hatten, war weniger ein Zugewinn an äußerem Glanz als eine grundsätzliche Weichenstellung für die innere Politik. Sie bot König Max I. Joseph und seinem Minister Montgelas die Möglichkeit, die 1799 begonnenen, einschneidenden Reformen auszuweiten und zu vollenden.

Tief greifender Integrationsprozess

Es ging darum, Bayern durch eine gleichmäßige Verteilung von Rechten und Pflichten, durch effizientere Organisation und durch einen tief greifenden Integrationsprozess in den alten und neuen Landesteilen für die Zukunft zu rüsten. Die Voraussetzung der Staatsmänner hat sich in hohem Maße bewährt; im Rückblick nach 200 Jahren ist zu sehen, dass die im Zuge der Transformation um 1800 geschaffenen Strukturen unser Land noch heute prägen.

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf der Situation Bay-

2005 wieder ein Erfolgjahr der Hanns-Seidel-Stiftung:

Volksnah und weltweit aktiv

Eine Hochschule der Demokratie - Prominenz aus aller Welt zu Gast

Von einer breiten Öffentlichkeit kaum bemerkt, hat die „Hanns-Seidel-Stiftung“ 2005 wieder ein beachtliches Pensum bewältigt. Sie ist mit die gewichtigste politische Stiftung der Parteien. Gewidmet ist sie dem vormaligen bayerischen Ministerpräsidenten (1957-1960), der vor seinem frühen Tod die bayerische Politik mit seinen wirtschaftspolitischen Thesen prägte und hohes Ansehen im damaligen Deutschland genoss.

Kultusminister a.D. und Stiftungsvorsitzender Dr. Hans Zehetmair charakterisiert im Geleitwort zum „Jahresbericht 2005 - eine Leistungsbilanz“ das breite Engagement: Dem großen Bedarf der Menschen an politischem Grundwissen gerecht werden, Verständnis für die großen Veränderungen, vor denen Deutschland heute steht und für die notwendigen Reformen vermitteln.

Verbindungsbüros

Auf internationaler Bühne steht die Stiftung mit ihren Verbindungsbüros in Brüssel, Washington und Moskau ständig vor delikaten Aufgaben im Sinne eines Moderators. Mit Bildungszentren in Kloster Banz und Wildbad Kreuth sowie mit einem Konferenzzentrum in München wurden im abgelaufenen Jahr über 11.500 Multiplikatoren - auch mit der hauseigenen Akademie für Politik und Zeitgeschichte - ins Gespräch gezogen.

Es waren Leute aus Politik, Wirtschaft, Kultur sowie sonstigen gesellschaftlichen Gruppen. Die sehr ernst genommene politische Bildungsarbeit, die, so Zehetmair, verdeutliche, „auf welchen Werten und Idealen unser Gemeinwesen beruht“, hatte im Vorjahr 74.565 Teilnehmer zu Gast. Dabei gewannen auch bayerische Gemeinde- und Stadträte neue Kontakte.

Man ist bemüht, die Teilnehmer in ihrem politischen Engagement und ihrer Kompetenz zu stärken.

Der vielfältige Einsatz der Stiftung beruht auf einem soliden finanziellen und personellen Fundament. Der vorliegende Jahresabschluss 2004 weist Einnahmen in Höhe von 46 Millionen Euro und 286 feste Mitarbeiter aus. Gewichtigster Geldgeber ist - wie bei den Stiftungen der anderen Parteien - der Bund. 2004 kamen aus Berlin Zuwendungen in Höhe von 35,15 Millionen Euro. Ebenso bedenkt die Staatsregierung in Absprache mit dem Landtag alljährlich die Parteistiftungen. Im Fall der Seidel-Stiftung waren es 1,56 Millionen Euro.

Stipendien und Entwicklungshilfe

Einblick in die Aktivitäten der Münchner Zentrale vermittelt die Auflistung der Projektausgaben. 3,54 Millionen Euro kamen der Arbeit für und mit Stipendiaten zugute. Für die internationale Zusammenarbeit einschließlich gezielter Entwicklungsvorhaben wurden 18,66 Millionen Euro in 2004 ausgegeben. Tagungen und Seminare kosteten 2,84 Millionen Euro, die ausländischen Verbindungsstellen 767.508 Euro.

Sehr realitätsbezogen sind Aufbau- und Existenzhilfen für Bauern im Kongo, Lehrerfortbildung

in den Tsunami-Katastrophengebieten Südsudans, Erwachsenenbildung in Jordanien, Syrien und dem Libanon.

Vor Ort in Bayern

Bei allen außenpolitischen Highlights wie die bereits 25jährige Zusammenarbeit mit China oder Einladungen an Abgeordnete der russischen Duma zu Informationsreisen nach Deutschland, die wesentlichen Wirkungsstätten und Veranstaltungen der Stiftung sind aufs bayerische Mutterland konzentriert.

Einen weiß-blauen Touch haben die Tage der Volksmusik. Der reichen Kultur Oberfrankens haben sich die attraktiven Banzer Kulturtage verschrieben. Die „Songs“ am Sommerabend haben sich zum beliebten Musikfestival des dortigen Bezirks gemauert. Hier suchen die Juroren Jahr für Jahr den Nachwuchs unter jungen Songpoeten aus dem deutschsprachigen Raum.

Zu umfangreich ist die Erfolgsbilanz der Stiftung, um hier einen einigermaßen vollständigen Einblick zu vermitteln. Längst herumgesprochen haben sich die Initiativen zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Landtagspräsident Alois Glück hatte die Moderation während einer Tagung übernommen, der auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände beiwohnten. Dank ihres Ansehen folgen den Einladungen der Seidel-Stiftung maßgebende Angehörige ausländischer Regierungen und Parlamente, ebenso hierzulande ansässige Diplomaten. Gastgeber ist dabei das hauseigene „Institut für internationale Begegnung und Zusammenarbeit“.

mhb

Licht und Schatten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Andreas Starke setzte sich mit 71,8 Prozent deutlich gegen seinen CSU-Konkurrenten Peter Neller durch, der gerade mal auf 28,2 Prozent kam. Der SPD-Kandidat Starke hat nun im dritten Anlauf den OB-Sessel erobert. Der 49 Jahre alte Rechtsanwalt hatte bereits 1988 und 1994 kandidiert.

In Rothenburg ob der Tauber

erns um 1806: Die Zeit war bestimmt von den dramatischen Folgen der Französischen Revolution und des Aufstiegs Frankreichs zur europäischen Supermacht. Pfalz-Bayern war zwischen den verfeindeten Großmächten eingeklemt; das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerfiel. Neben den Reformen, den Ereignissen im Vorfeld der Proklamation sowie den Wohn- und Repräsentationsräumen des ersten bayerischen Königspaars thematisiert die Schau die schwierige Situation Bayerns im napoleonischen Zeitalter, als jede falsche Entscheidung die Existenz des Staates aufs Spiel setzen konnte.

Kroninsignien

Einen Teil der Ausstellung nimmt die Schatzkammer ein, in der die Schloßverwaltung unter anderem die bayerischen Kroninsignien neu präsentiert. Diese prachtvollen Symbole des neuen Königreichs lassen den Glanz und den Anspruch der frühen Monarchie lebendig werden. Hochkarätige Leihgaben aus ganz Europa vergegenwärtigen jene Aufbruchzeit, in der Entwürfe für die Zukunft umgesetzt wurden. Zudem sind die Krönungsmäntel des bayerischen Königs und der bayerischen Königin erstmals gemeinsam zu sehen.

hat sich der parteilose Kandidat Walter Hartl mit 56 Prozent gegen Jochen Müssig (44 Prozent) durchgesetzt. Der Verwaltungsfachwirt Hartl folgt SPD-OB Herbert Hachtel, der nach 18 Jahren Amtszeit nicht mehr antrat. Müssig stammt aus Baden-Württemberg und trat für einen Bund aus einer Freien Wählervereinigung und CSU an, ist aber CDU-Mitglied. Hätte Müssig gewonnen, wäre er Bayerns einziger OB mit CDU-Parteibuch geworden.

Im oberbayerischen Eichstätt konnte der seit zwölf Jahren amtierende SPD-Rathauschef Arnulf Neumeyer seinen Herausforderer Achim Janssen (CSU) mit 53,4 zu 46,6 Prozent schlagen. Andreas Zenglein von der CSU besiegte im unterfränkischen Haibach mit 52,2 Prozent der Stimmen die Sozialdemokratin Heidrun Schmitt (SPD), die 47,8 Prozent auf sich vereinen konnte.

Im oberbayerischen Putzbrunn gewann Edwin Klostermeier von der SPD mit 56,8 Prozent die Wahl. Florian Hahn von der CSU erreichte 43,2 Prozent. Sehr viel deutlicher fiel das Ergebnis in Schwaig bei Nürnberg aus: Dort siegte Ruth Thurner von den Freien Wählern klar mit 70,3 Prozent gegen Georg Müller von der CSU (29,7 Prozent). Auch im niederbayerischen Untergriesbach behielten die Freien Wähler mit Hermann Duschl die Oberhand. Er gewann mit 54,1 Prozent gegen Martin Jungwirth (CSU), der auf 45,9 Prozent kam. Waltenhofen in Schwaben schließlich wählte den Parteilosen Eckhard Harscher zum neuen Bürgermeister. Er gewann gegen Gerd Fuchsluger von der CSU mit 56,7 Prozent der Stimmen.

CSU-Chef Edmund Stoiber gratulierte den Gewinnern der kleinen Kommunalwahlen und wies darauf hin, dass die CSU-

Bürgermeister für „Bürgernähe und CSU-Kompetenz vor Ort“ stünden. Er versprach, dass sich die CSU bei allen Entscheidungen der großen Koalition in Berlin genauso wie in Brüssel und München als Anwalt der Kommunen einsetzen werde. „Die CSU ist und bleibt der Anwalt der Kommunen und der Garant für eine kommunalfreundliche Politik.“

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, betonte, seine Partei habe gezeigt, „dass sie als große bayerische Volkspartei kommunalpolitische Erfolge erzielen kann“. Beide Volksparteien, CSU wie SPD, seien mit Licht und Schatten, aber gleichstark aus den kommunalen Stichwahlen hervorgegangen.

DK

Weitere Wahlergebnisse

Altendorf im Landkreis Schwandorf und Mespelbrunn, Landkreis Aschaffenburg, haben neue Bürgermeister. In beiden Kommunen waren die bisherigen Amtsinhaber aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. In Altendorf gewann der 51-jährige Georg Köppl von den Freien Wählern mit 88,1 Prozent der Stimmen. Er war der einzige Kandidat und folgt auf Bürgermeister Killermann (FW), der 17 Jahre im Amt war.

In Mespelbrunn siegte der 50-jährige CSU-Kandidat Erich Schäfer mit 54,9 Prozent vor Volker Ehser (Freie Bürger), der auf 45,1 Prozent kam. Der bisherige Rathauschef von Ingelheim war Ende 2005 nach 27 Jahren zurückgetreten.

DK

Mehr Recycling zur Frontale!

Rewindo präsentierte auf der Nürnberger Fensterbaufachmesse Erfolge rund um die Verwertung von Kunststofffenstern

Für die Unternehmen der Fensterbranche war auch die diesjährige Fensterbau frontale vom 22. bis 25. März das Tor zu Märkten und Kunden. Für die Rewindo Fenster-Recycling-Service GmbH stellt die Messe in Nürnberg das Fenster zur Zukunft nachhaltigen Wirtschaftens dar.

Ausgebaute Fenster aus Kunststoff recyceln, das Recyclat auch in neuen Profilen wiederverwerten und so Ressourcen und Umwelt schonen, lautete die Botschaft. Und die gewinnt in der Verknüpfung von Innovation und Verantwortung für die Branche weiter an Bedeutung und an Attraktivität.

Gemeinsame Initiative

Rewindo, das ist der Zusammenschluss der führenden deutschen Kunststoffprofilhersteller zu einer gemeinsamen Initiative. Deren Ziel: das Erreichen freiwilliger und europaweit vereinbarter Recyclingquoten für Altfenster aus Kunststoff mitzugestalten. Und die Zielvorgabe für 2005 hat die Rewindo mit ihren Gesellschaftern und Recycling-Partnern mehr als erreicht. Gründe genug, um auf der Messe Highlights zu setzen.

Eine Pressekonferenz, von Rewindo in Zusammenarbeit mit sieben Verbänden und Initiativen organisiert, informierte u.a. über den neuesten Stand von Recyclingaktivitäten und Möglichkeiten beim Einsatz der Recyclate.

Rewindo bündelt das langjährige Engagement der führenden deutschen Kunststoffprofilhersteller für die Rückführung von Altfenstern aus PVC in den Wertstoffkreislauf. Rewindo arbeitet für die Erhöhung der

Recyclingquote gemäß der freiwilligen Selbstverpflichtung der europäischen PVC-Branche.

Die Recyclinganlagen der Rewindo-Partner gehören zu den modernsten in Europa. Über ein bundesweit organisiertes Sammel- und Transportsystem gelangen die alten Kunststofffenster zu den Wiederaufbereitungsanlagen.

Wiederaufbereitung

Die Kunststofffenster können im Rohzustand angeliefert werden, mit Glas, Beschlägen, Dichtungen und etwaigen Mörtelresten. Eine Vorbehandlung ist nicht notwendig. Die Fenster kommen zunächst zur Vorzerkleinerung in einen Schredder. Mit Hilfe spezieller Abscheider werden alle Metallbestandteile und Glas aus dem Materialstrom ausgesondert. Die PVC-Stücke (Grob-Mahlgut) von etwa 20 mm Durchmesser werden nachfolgend in einer Schneidmühle auf wenige Millimeter Korngröße zerkleinert.

Anschließend durchlaufen die Mahlgüter verschiedene Trenn- und Aufbereitungsprozesse, um die Qualität weiter zu verbessern. Das gesäuberte PVC-Mahlgut wird dann erhitzt und durch ein Sieb gepresst.

Am Ende des Recyclingprozesses steht hochwertiges sortenreines PVC-Granulat. Dieses unterliegt strengster Qualitätskon-

trolle und kann wieder der Profilproduktion zugeführt werden. Glas- und Metallreste gehen ihrerseits in spezielle Weiterverarbeitungsbetriebe. Die Kunststofffenster-Recyclingsanlagen sind als Entsorgungsfachbetriebe zertifiziert. Sie liefern damit den Rohstoff für neue Fenster und die Sicherheit für eine umweltgerechte und ordnungsgemäße Entsorgung.

Positive Veränderungen

Wie Rewindo-Geschäftsführer Michael Vetter darstellte, gab es in der Unternehmensarbeit im vergangenen Jahr wieder positive Veränderungen. Die in der freiwilligen Selbstverpflichtung definierten Recyclingziele für ausgebaute Altfenster aus Kunststoff seien erneut übertroffen worden. Damit zeige die gemeinsame Initiative der führenden deutschen Kunststofffenster-Profilhersteller für nachhaltiges Wirtschaften deutlich Wirkung.

Die potenzielle Gesamtabfallmenge an PVC-Altfenstern und Rolläden in Deutschland im Jahr 2005 wurde nach Veters Angaben im Rahmen einer von Rewindo in Auftrag gegebenen Studie ermittelt. Von dieser Gesamtabfallmenge (Bruttopotenzial) wurden die Abschläge für erfassbare,

verfügbare Altfenster gemäß der Freiwilligen Selbstverpflichtung der PVC-Branche berechnet.

Gemäß der Consultic-Studie betrug das Bruttopotenzial bei Altfenstern/Rolläden (reiner Anteil PVC-Compound) 21.500 Tonnen, die erfassbare, verfügbare Menge gemäß Selbstverpflichtung 9675 Tonnen und die für 2005 angestrebte Recycling-Menge 4838 Tonnen. Tatsächlich wurden 7359 Tonnen wiederverwertet, was einer Recyclingquote von 76 Prozent entspricht. Somit sei die Quotenvorgabe in Deutschland erfüllt, betonte Vetter. Durch die Recyclingpartner der Rewindo-Gesellschafter wurden in 2005 etwa 39.000 Tonnen Produktionsabfälle recycelt. Nicht abzuschätzen ist die Menge an Produktionsabfällen, die in den Werken der Profilhersteller direkt verwertet werden.

Wiederbelebung alter Werte

In einer Gemeinschaftsaktion präsentierten die Gesellschafter auf ihren jeweiligen Messeständen zusammen mit Rewindo unter dem Motto „Mehr drin für die Zukunft“ Fensterprofile mit Recyclatkern, bei dem Nachhaltigkeit zu einem zusätzlichen Qualitätsargument wird. Bereits im Vorfeld der Messe hatte Vetter verkündet: „Wir machen weiter mit neuen Ideen für alte Fenster. Denn auch beim Kunststofffenster-Recycling erleben wir eine Wiederbelebung alter Werte.“

Studie zum Fenstermarkt Europa:

Enormes Energiesparpotenzial

Der europaweite Einsatz moderner Energiesparfenster mit guten Dämmeigenschaften könnte die CO₂-Abgabe aus dem Gebäudebereich um bis zu fünf Prozent jährlich reduzieren. Voraussetzung ist, dass sowohl bei der Sanierung als auch beim Neubau von Gebäuden ausschließlich solche mit hohem Dämmstandard verwendet werden. Insgesamt ließen sich dadurch in fünf Jahren 43 Megatonnen CO₂ einsparen.

Dies geht aus der neuen Fenster-Studie „Energiesparpotenziale durch den Einsatz moderner Fenstersysteme in Europa“ hervor, die Autor Marcus Hermes auf der internationalen Fachmesse fensterbau/frontale in Nürnberg präsentierte. Die Untersuchung des Bauphysikers wurde vom europäischen Verband EPPA - European PVC Window Profile and Related Building Products Association - gemeinsam mit der PVCplus Kommunikations GmbH in Auftrag gegeben, um auch das Engagement für die nachhaltige Entwicklung von PVC-Fensterprofilen zu stärken.

Die Reduzierung der Energiemenge pro Jahr um 39360 Millionen kWh p.a. würde ausreichen, um fast eine Million Vier-Personen-Haushalte, d.h. knapp vier Millionen Menschen, ein Jahr lang mit 20°C warmen Wohnräumen und fließend warmem Wasser in modernen Wohnbauten in Mitteleuropa zu versorgen. Ein weiterer Vorteil: In nur fünf Jahren beliefen sich die Kosteneinsparung für die Verbraucher dann auf jährlich 13 Milliarden Euro.

„Verwertungspotentiale von Kunststoffabfällen“:

Studie reißt Messlatte

bvse-Fachvereinigung Kunststoffrecycling nimmt Stellung

„Die von PlasticsEurope in Auftrag gegebene Studie „Verwertungspotentiale von Kunststoffabfällen“ hat eindeutig die Messlatte gerissen“, erklärte Michael Stechert, Vorsitzender der bvse-Fachvereinigung Kunststoffrecycling.

Ihrem ehrgeizigen Anspruch Potentiale zur Steigerung der Verwertung von Kunststoffen aufzeigen, die außerhalb der Dualen System gesammelt werden, genüge die Studie nur ungenügend. Der vorgenommene Vergleich der werkstofflichen Verwertung, mit der rohstofflichen und mit der energetischen Verwertung berücksichtige den hochwertigen Input der post-industrialen Kunststoffe nicht.

Ökobilanzierungen greifen zu kurz

Außerdem werden die Auswirkungen der Novelle der TA-Si nicht ausreichend gewürdigt. Gerade zurzeit gibt es, aufgrund der hohen Kosten für die Müllverbrennung, einen Run auf die werkstoffliche Verwertungsverfahren. Die Sortiertiefe bei den Entsorgern hat sich wesentlich erhöht.

Nach Ansicht des bvse beachte die Studie, die auf Daten aus dem Jahre 1999 basiert, bei der Bilanzierung nicht, dass die werkstoffliche Verwertung in ganz besonderer Weise sowohl zur Ressourcenschonung als auch zur Energieeinsparung beitrage. Gerade vor dem Hintergrund hoher Energiepreise müssten diese Punkte der aktuellen Situation entsprechend angepasst werden. Somit griffen die hier vorgenommenen Ökobilanzierungen insgesamt viel zu kurz.

Stand der Technik

Stand der Technik sei, dass hochwertige Recyclate in den meisten Anwendungsfällen

Primärkunststoffe gleichwertig ersetzen. Darüber hinaus vernachlässige die Studie die breiten Erfolge bei der Aufbereitung und Verarbeitung von Mischkunststoffen. Das Referenzsystem der Studie, nämlich die Mitverbrennung in Müllverbrennungsanlagen, sei sowohl durch das Verwertungsgebot des Kreislaufwirtschaftsgesetzes als auch hinsichtlich des gegenwärtigen Müllnotstands zu hinterfragen.

In den Rücken gefallen

„Ein Salto zurück in den Ofen gefährdet die nachhaltigen Erfolge, die beim Aufbau der Kunststoffverwertung in Deutschland seit vielen Jahren erzielt werden“, betonte bvse-Fachvereinigungsvorsitzender Stechert.

Der bvse bedauere, dass die Studie der effizienten Kunststoffverwertung in dem Moment in den Rücken falle, in dem eine breite Versorgung mit Inputmaterialien die Synergien der verschiedenen Verwertungsverfahren sichere.

Wettbewerb nicht gefährden

Michael Stechert: „Bei qualitativ minderwertigem Kunststoff-Input erfolgt je nach Eignung des Materials die rohstoffliche Verwertung oder die Herstellung von Ersatzbrennstoffen. Der bestehende Wettbewerb, um die ökologisch und ökonomisch beste Kunststoffverwertung, darf nicht durch Gleichsetzung der Verwertungsverfahren gefährdet werden.“



Von links: Klaus-Peter Dietmayer, Kaufmännischer Geschäftsführer von erdgas schwaben, Georg Radlinger, Leiter der Abteilung Gas- und Wärmedienstleistung bei erdgas schwaben, und Josef Miller, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten. Im Hintergrund zu sehen: Joachim Martini, Geschäftsführer der KEA in Bayern.

Effiziente Energiegewinnung:

Jetzt die Weichen stellen!

Landwirtschaftsminister Miller bei KEA-Informationsveranstaltung in Augsburg

Zur Informationsveranstaltung „Effiziente Energiegewinnung aus Biomasse“ kamen die Landtagsabgeordneten Helmut Guckert, Nördlingen, Franz Pschierer, Mindelheim, Landrat Johannes Fleschhut, Ostallgäu, Bürgermeister und Stadtbau-Verwaltungsdirektor aus ganz Schwaben nach Augsburg. Die gut besuchte Veranstaltung der Kommunalen Energie Allianz (KEA) Bayern traf mit ihrer interessanten Themenwahl genau die Erwartungen des Fachpublikums.

Es gelte vor allem, so Staatsminister Josef Miller, stets die effizientesten Verwertungspfade zu nutzen.

Intelligenter Umgang

Georg Radlinger, Leiter der Abteilung Gas- und Wärmedienstleistung von erdgas schwaben, betonte die Wichtigkeit der Nutzung aller verfügbarer Ressourcen: „Der intelligente Umgang mit Energie ist entscheidend für unsere Zukunftsfähigkeit. Erdgas ist bereits einer der umweltschonendsten Primärenergie-träger und diesen Vorteil können wir durch die Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz noch verstärken.“

Unterstützung der Vorgaben

Prognosen, so Radlinger, sagten einen Biogasanteil von bis zu zehn Prozent am gesamten Erd-

gasabsatz voraus, der effizient genutzt werden kann. Biogas werde entweder in Blockheizkraftwerken zu Wärme- und Stromerzeugung oder alternativ als Kraftstoff eingesetzt. erdgas schwaben stehe den regenerativen Energien positiv gegenüber und unterstütze die politischen Zielsetzungen und Vorgaben.

Bio-Methan

Staatsminister Josef Miller hob in seinem Vortrag die große Bedeutung der Biomassenutzung zu Energiezwecken hervor: „Ich halte die Einspeisung von Bio-Methan in das Erdgasnetz für eine interessante und zukunftsweisende Option. Mein Haus hat hierzu zusammen mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium eine Studie des Bundesverbands der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) mit initiiert und kofinanziert.“

Weg damit.



Her damit.



Abbruch oder Modernisierung. Da fällt einiges an Bauschutt an. Statt „weg damit“ sagen wir bei Altfenstern, -türen und -rollläden aus PVC „her damit“. Denn mit modernster Technologie gewinnen die Recyclingpartner der Rewindo daraus wieder wertvollen Rohstoff für neue PVC-Produkte. Natürlich steckt ein bundesweites Sammelsystem dahinter. Und unser Rewindo-Service, der Ihnen sagt, wie es geht und was es kostet.

www.rewindo.de/Infoline 0228. 921 28 30

Rewindo
Fenster-Recycling-Service

Bayerische Abfall- und Deponietage 2006 in Augsburg:

Neueste Trends in der Abfallwirtschaft

Noch nie war der Name der Veranstaltung so sehr Programm wie in diesem Jahr: Das seit Mitte letzten Jahres geltende „Deponierungsverbot“ hat die Entwicklung der Abfallwirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft auf eine neue Stufe gehoben. Bei den zweitägigen 7. Bayerischen Abfall- und Deponietagen in Augsburg wirkten sich Erfahrungen und Probleme, die am traditionellen „Deponietag“ erörtert wurden, wesentlich auf die inhaltliche Diskussion des „Abfalltages“ aus und umgekehrt.

Vor mehr als 350 Fachleuten eröffnete Umweltminister Dr. Werner Schnappauf die vom Förderverein KUMAS in enger Kooperation mit dem Ingenieurbüro AU Consult GmbH, dem Bayerischen Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik (Bifa) sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt veranstaltete führende Abfalltagung im süddeutschen Raum. Er verwies darauf, dass Bayern seinen Vorsprung als Recycling-Weltmeister weiter ausgebaut habe und mittlerweile eine Verwertungsquote von 71 Prozent erreiche. Schnappauf zufolge habe Bayern durch die getrennte Sammlung von Abfällen die Restmüllmenge in den vergangenen Jahren von 4,9 auf 2,4 Millionen Tonnen halbiert, die Wertstoffmenge pro Einwohner seit 1990 hingegen von 116 Kilogramm auf 322 Kilogramm nahezu verdreifacht.

Problemloses Recycling

Bayernweit problemlos sei das Recycling der alten Elektro- und Elektronikgeräte angelaufen. Überall im ganzen Land stünden zwischenzeitlich Entsorgungseinrichtungen bereit.

Schnappauf forderte aber für die Zukunft eine Vereinfachung der europäischen Anforderungen. So seien die derzeitigen EU-Vorgaben, wonach zehn Geräteklassen mit sieben verschiedenen Recyclingquoten unterschieden werden müssten, unnötig. Schnappauf sprach sich auch bei der anstehenden Novellierung der EU-Abfallrahmenrichtlinie für weitere Vereinfachungen aus. Strikte Ablehnung erfuhren EU-Überlegungen, europaweit sogenannte Abfallvermeidungspläne einzuführen: „Durch Bürokratie wird Umweltschutz nicht besser“, erklärte der Minister.

Umbruch steht noch bevor

„Die Abfallwirtschaft ist im Umbruch!“ betonten Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Rommel und Dr. Siegfried Kreibe (Bifa GmbH, Augsburg). Kurzfristige Turbulenzen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der eigentliche Umbruch noch bevorstehe. Mittelfristig sei zwischen zwei Pfaden zu wählen: dem Verlust an ökologischer Qualität durch die Folgen einer unkontrollierten Liberalisierung oder den Aufbau einer an Öko-

effizienzkriterien orientierten Abfallwirtschaft. Letzteres heiße, sich darüber klar zu werden, „welchen ökologischen Nutzen wir durch abfallwirtschaftliche Maßnahmen erreichen wollen und welchen Preis wir bereit sind, dafür zu zahlen“.

Stellungnahme des VKS

„Ist die Entsorgungssicherheit noch gewährleistet? - Konsequenzen aus dem 01.06.2005 für die kommunale Abfallentsorgung“ lautete das Vortragsthema von Helmut Schmidt, Abfallwirtschaftsbetrieb München, München/VKS im VKU, Landesgruppe Bayern. Laut Schmidt ist die Entsorgungssicherheit in Bayern dauerhaft nur dann gewährleistet, wenn es gelingt, die vorhandenen Potenziale für eine hochwertige stoffliche oder energetische Verwertung zu erschließen. Die derzeit vorhandene thermische Vorbehandlungskapazität in Höhe von rund 3,0 Mio. Mg pro Jahr sei dann ausreichend, wenn es gelinge, die durchschnittliche Restabfallmenge bei 150 kg/E.a, die Sperrmüllmenge unter 20 kg/E.a und den thermisch zu behandelnden Gewerbestabfall unter 80 kg/E.a zu halten. Zusätzlich wären dann allerdings noch Behandlungskapazitäten für EBS-Mengen zu errichten. Dies sei vordringlich eine Aufgabe der privaten Wirtschaft. Für Revisionszeiten bzw. in Umbau-

phasen müssten Abfälle verpackt oder offen zwischengepuffert werden. Die praktischen Erfahrungen, die in München mit beiden Zwischenpuffermethoden gemacht worden seien, sprächen eindeutig für eine Ballierung der Abfälle, so Schmidt.

Position des VBS

Die Position der privaten Entsorgungswirtschaft zur obigen Frage vertrat Reinhard Büchl vom VBS - Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V., München. Zwölf Jahre, so Büchl, hätten Private und Öffentliche Zeit gehabt, sich auf ein weitgehendes Ablagerungsverbot vorzubereiten. Dass es trotzdem nach dem 1. Juni 2005 zu Problemen gekommen sei, liege aus Sicht des VBS daran, „dass die einen damit spekuliert haben, dass die Frist verlängert wird - dazu gehören offensichtlich Private und Kommunale - und die anderen der pünktlichen Umsetzung offensichtlich nicht vertraut haben, sonst wären die jetzt geplanten und im Bau befindlichen Anlagen mit Sicherheit schon früher realisiert worden“.

Solides Fundament

Ganz allgemein stehe die Entsorgung in Bayern auf einem soliden Fundament, das traditionell von Privaten und Öffentlichem getragen wird, fuhr Büchl fort. Bei den derzeitigen Engpässen handle es sich um ein temporäres Problem, das gelöst werde. Auch künftig seien private Entsorger und Müllverbrennungsanlagen aufeinander angewiesen. Grundsätzlich hänge Entsorgungssicherheit nicht davon ab, ob die Entsorgung öffentlich oder privat betrieben wird. Fazit: „Entsorgungssicherheit ist wichtig! Sie wird auf Dauer im Wesentlichen über den Markt geregelt werden!“

AVA Abfallverwertung

Handlungsweisen und Strategien einer Abfallverwertungsanlage verdeutlichte Dr. Walter Michale am Beispiel der AVA Abfallverwertung Augsburg GmbH. Sein Resümee: „Unabhängig davon, wie lange der „Druck im Kessel“ mit hohen Abfallmengen anhält, wird auch künftig der zentrale Fundamentalsatz in der Abfallwirtschaft gelten: Der Strom der Müllmengen sucht immer den Weg des geringsten Preises bzw. der günstigsten Gebühr.“ Der mit dem Deponieverbot vollzogene „Gezeitenwechsel“ stelle jedenfalls eine große Herausforderung und gleichzeitig eine enorme Chance für die gesamte Entsorgungswirtschaft dar.

Angebot des Landkreises Pfaffenhofen ab 1. Juli:

Gebührenfreie Windsäcke

Der Landkreis Pfaffenhofen wird ab 1. Juli 2006 Windsäcke an Eltern mit Kleinkindern und an pflegebedürftige Personen gebührenfrei abgeben. Wie Landrat Rudi Engelhard bei der jüngsten Bürgermeisterdienstbesprechung mitteilte, ist der Abfallwirtschaftsbetrieb derzeit mit der Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom Januar beschäftigt.

Nach dem derzeitigen Planungsstand bekommen Eltern, deren Kinder ab 1.7.2004 bis 30.6.2005 geboren sind, eine Rolle mit 24 Windsäcken ausgehändigt. Für Kinder, die ab dem 1.7.2005 geboren bzw. nach dem 30.6.2006 auf die Welt kommen, erhalten die Eltern pauschal zwei Rollen á 24 Windsäcke.

Bitte um Unterstützung

Der Landkreischef bat die Gemeindechefs um Unterstützung, um diese Neuerung möglichst unproblematisch umsetzen zu können. Es sei vorgesehen, die Windsäcke unter Vorlage einer Geburtsurkunde bei der Wohn-



Von links: Prof. Dr. Albert Göttle (Präsident des Landesamtes für Umwelt), Egon Beckord (Geschäftsführer KUMAS e.V.), Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, Prof. Dr. Wolfgang Rommel (Geschäftsführer Bifa GmbH), Dr. Herman Teufel (1. Vorsitzender KUMAS e.V.), Stefan Schatz (Geschäftsführer AU Consult GmbH).

Chancen und Risiken im Entsorgungsmarkt vor dem Hintergrund der Globalisierung und sich ändernder Marktbedingungen zeigte Jürgen Quaa von REMONDIS, einem der größten privaten Dienstleistungsunternehmen der Wasser- und Kreislaufwirtschaft, auf. Deutsches Know-how rund um das Thema Umwelttechnik sei weltweit gefragt. Deutsche Unternehmen besäßen das Know-how, seien vielfach geschätzte Partner und ein Garant für ordnungsgemäße Umsetzung. Der Branche komme als Rohstofflieferant eine neue Bedeutung zu. Die Weiterentwicklung in den Rohstoff- und Produktsegmenten biete eine große Chance. Die konsequente Umsetzung der Produktverantwortung (z. B. Rücknahmesysteme für Elektroaltgeräte) schaffe zusätzliche Aufträge und entlaste die Anlagenkapazitäten.

Entsorgungsmarkt

Risiken im Markt sind Quaa zufolge u.a. die inkonsequente Umsetzung europäischer Richtlinien (z. B. WEEE in vielen europäischen Ländern) bzw. nationaler Gesetzgebung (z. B. TASI - Zwischenlager) sowie weitere Rekommunalisierungen. Das Ausschreibungsverhalten der Kommunen und auch der DSD führten zu Lohndumping, die Tarifflucht der Unternehmen schaffe ungleiche Wettbewerbsbedingungen.

Mit den Auswirkungen des 01.06.2005, der Deponieverordnung und der neuen Verwertungsverordnung auf die bayerische Deponielandschaft befasste sich Christian Daehn vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Dienststelle Kulmbach. Er betonte, der Eingriff in die Deponielandschaft durch

die Abfallablagerungsverordnung sei zum Stichtag 31. Mai 2005 letztlich etwas geringer als ursprünglich befürchtet, ausgefallen. Insbesondere dadurch, dass eine ganz Reihe von Deponien zumindest bis 2009 auch noch für die Deponiekategorie II genutzt werden können, habe sich die Situation gegenüber ersten Prognosen deutlich entspannt.

Unsicherheitsfaktoren

Mit den derzeit vorhandenen Deponien sei für Bayern bei kommunaler Zusammenarbeit sicherlich mittelfristig die Entsorgungssicherheit für die Deponieklassen I und II gegeben, obwohl die künftig noch abzulagernden Abfallmengen weiterhin schwierig abzuschätzen seien. Unsicherheitsfaktoren blieben dabei weiterhin belastete Böden und Rückstände (Schlacken und Aschen) aus der Müllverbrennung, die derzeit überwiegend verwertet werden. Ein Mindestbestand an Deponien werde auch künftig erforderlich sein, stellte Daehn fest.

Problem offene Lagerung

„Abfallzwischenlager auf Deponien“ lautete schließlich das Thema von Karl Drexler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg. Die Lagerung in Notfall- und Ausfallzwischenlager erfolgt seinen Angaben zufolge nach verschiedenen Vorgehensweisen. Ziel sei es, die Emissionen und Lagermengen möglichst gering zu halten. Als emissionsarm habe sich die Lagerung der Abfälle in Müllpressballen gezeigt. Probleme bereite die offene Lagerung, wo es auch schon zu Bränden gekommen sei. **DK**

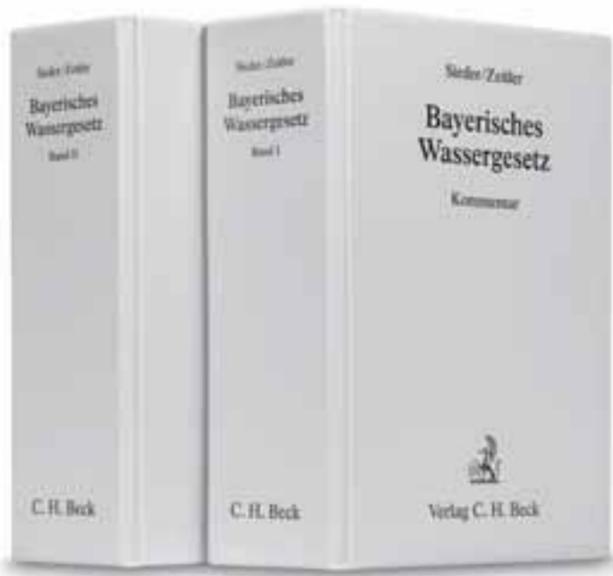
Das Kompendium des bayerischen Wasserrechts

Jetzt umfassend aktualisiert

- die Überarbeitungen durch die Novelle des Bayerischen Wasserrechts im Hinblick auf Überschwemmungsgebiete sowie den finanziellen Ausgleich und die Entschädigung in Schutzgebieten.
- zum Thema »Umgang mit wassergefährdenden Stoffen« wurde Art. 37 BayWG (Anzeigepflicht, Rechtsverordnungen) neu kommentiert
- zum Thema »Gewässeraufsicht« die Überarbeitung von Art. 68 BayWG (Aufgaben und Zuständigkeit) und Art. 68a BayWG (Sanierung von Gewässerverunreinigungen folgender Vorschriften)
- Neu aufgenommen sind die neue Verordnung über den Hochwassernachrichtendienst (mit Erläuterungen) sowie die neuen Grundsätze für die Genehmigung von Beschneidungsanlagen.

Dieser große Kommentar für die Praxis

erläutert nicht nur ausführlich die beim Vollzug der gesetzlichen Vorschriften entstehenden Rechtsfragen, sondern bietet auch praxisnahe Lösungen an. Jedem Gesetzesartikel sind zum besseren Verständnis eingehende Ausführungen über den Zweck und die allgemeine Bedeutung der Norm vorangestellt.



Fax-Coupon

Sieder/Zeiler/Dahme/Knopp, Bayerisches Wassergesetz, Loseblatt-Kommentar. Mitbegründet von Frank Siederl, Regierungspräsident a.D. Erläutert von Dr. Herbert Zeiler, Regierungspräsident a.D., Dr. Heinz Dahme, Ltd. Ministerialrat a.D., und Dr. Günther-Michael Knopp, Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Dr. Thomas Gößl, Regierungsdirektor im Bayer. Staatsministerium des Innern, und Dr. Joseph Schweudner, Oberregierungsrat im Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen

25. Auflage, 2006. Rund 3090 Seiten. In 2 Ordnern.

- Vorzugspreis für das Grundwerk bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen € 154,- (danach jederzeit kündbar), ISBN 3-406-03083-1
- ohne Ergänzungslieferungen € 178,- ISBN 3-406-50078-1

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum/Unterschrift _____ 136664

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihren Lieferanten (Buchhändler oder Verlag C.H. Beck, c/o Nördlinger Verlagsanstalt, Augsburg, Postfach 10155, 86720 Nördlingen) zurückzusenden, wobei die rechtzeitige Abholung zwingend ist. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant. Bei Verlag C.H. Beck oHG, Wilhelmstr. 9, 80601 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
Verlag C.H. Beck • 80791 München • beck.de
E-Mail: bestellung@beck.de • Fax: 089/3889-402



Start der Elektroaltgeräteentsorgung:

Kompliziertes System mit Schwachstellen

DStGB, Städtetag und Landkreistag: Ausfälle im Bereich der Herstellerverantwortung dürfen Kommunen und Bürger nicht belasten

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag sehen in der am 24. März endgültig operativ in Kraft getretenen Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) ein unnötig kompliziertes System, das in der Praxis erst noch seine Feuerprobe bestehen muss.

„Bereits in den letzten zwanzig Jahren haben die Kommunen eine funktionierende Elektroaltgerätesammlung und Verwertung/Beseitigung aufgebaut. Danach sind von der Gesamtmenge des jährlich in Deutschland in einer Größenordnung von 1,1 Mio. Tonnen anfallenden Elektroschrotts (Kühlschränke, Computer, Fernsehgeräte etc.) weit mehr als 80 Prozent umweltgerecht in den kommunalen Recyclinghöfen entsorgt worden“, erklärte hierzu das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg.

Zusätzlicher Aufwand

Angesichts dieser funktionierenden Elektroaltgerätesammlung sei es für den DStGB fraglich, inwieweit der jetzige Aufbau eines komplizierten Systems, bei dem die Kommunen ca. 1 500 Sammel- und Übergabestellen für Elektroaltgeräte mit unterschiedlichen Containern eingerichtet haben, den zusätzlichen Aufwand rechtfertigt.

Das neue Entsorgungssystem wird nach Auffassung des DStGB dadurch zusätzlich kompliziert, dass die Mitarbeiter der Kommunen nach der erfolgten Befüllung der Container mit Elektroaltgeräten dies der eigens eingerichteten Stiftung Elektro-Altgeräte-Register (EAR) melden müssen. Diese beauftragt dann nach einem ausgeklügelten System einen Hersteller mit dem Abholen und dem Verwerten der in die Container von den Bürgern verbrachten Elektroaltgeräte.

„Unverantwortlichkeit“

Die Hersteller wiederum, die für das Abfahren und Verwerten dieser Elektroaltgeräte Kosten von bis zu 500 Mio. Euro pro Jahr zu zahlen haben, die sie dann auf die Verkaufspreise für Neugeräte umlegen, beauftragen für den Abtransport ihrerseits private Entsorgungsunternehmen. „Von diesen privaten Entsorgungsunternehmen haben aber die Kommunen keine Kenntnis“, erklärte Landsberg. „Bedenkt man zusätzlich, dass für die Abholung der Geräte von der Stiftung Elektro-Altgeräte-Register durchaus ein anderer Hersteller beauftragt wird, als der, der zuvor die abzuholenden Leercontainer aufgestellt hat, wird die organisierte Unverantwortlichkeit des neuen Entsorgungssystems besonders deutlich“, fügte Landsberg hinzu.

80.000 Abholvorgänge pro Jahr erwartet

Der DStGB fordert vor diesem Hintergrund dringend, dass den Kommunen jeweils durch die EAR mitgeteilt wird, welcher Hersteller mit der Aufstellung beziehungsweise der Abholung von Containern beauftragt wurde und die Hersteller den Kommunen die beauftragten Entsorger bekannt geben. Dies sei unbedingt erforderlich, damit Städte, Gemeinden und Landkreise auch zugunsten ihrer Bürger eventuelle Kosten für

erforderliches „Krisenmanagement“ ersetzt verlangen können.

„Bei jährlich zu erwartenden 80.000 Abholvorgängen der Elektroaltgeräte sind Leistungsstörungen, etwa nach einer erfolgten Vollmeldung durch die Kommune, vorprogrammiert. Diese dürfen aber keinesfalls zu Lasten der Kommunen und da-

mit der gebührenden Bürgerinnen und Bürger gehen“, erklärte Landsberg. Zudem müsse im Sinne eines funktionierenden Zusammenspiels der kommunalen Übergabestelle mit der EAR gewährleistet sein, dass das gegenwärtig viel zu komplizierte System noch nachgebessert werden kann.

Offene Fragen

„Es bleibt die Frage, warum nicht in Fortführung des bestehenden Systems eine umfassende

Entsorgung in Verantwortung der Kommunen, bei der diese sich von den Herstellern im Sinne einer vollständigen Produktverantwortung die entstandenen Kosten für diese Entsorgung finanzieren lassen, nicht das bessere System gewesen wäre“, bemerkte Landsberg.

„Die Städte haben ihre Hausaufgaben gemacht. Es sind die verantwortlichen Hersteller, die ihren Pflichten nicht vollständig nachgekommen sind“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Die Hersteller stellten die Kommunen vor erhebliche Probleme. Dies gelte vor allem dann, wenn die Verbraucher und viele Händler gerade in den ersten Tagen verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihren Elektroschrott abzugeben.

Bis heute seien die Hersteller von Elektrogeräten der ihnen obliegenden Pflicht zur Ausstat-

tung der Landkreise und Städte mit Containern für die Abholung von Altgeräten bei weitem nicht vollständig nachgekommen, stellte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) fest. Die Landkreise hätten ihre Aufgaben vollständig und fristgerecht erledigt. Sie versuchten darüber hinaus, die von den Herstellern nicht gelieferten Behälter selbst zu stellen. Aber, so Duppré: „Keinesfalls können die Gebührenzahler für Versäumnisse der Privatwirtschaft aufkommen!“

Anlass zur Sorge

Die Landkreise befürchten, dass es insbesondere in der Anlaufphase zu Problemen kommen wird. Duppré: „Die Fakten geben Anlass zur Sorge. Vor Ort fehlt oft noch immer eine gut aufgestellte Logistik. Problematisch wird es, wenn nicht nur Container fehlen, sondern zu-

dem die Verbraucher zum Stichtag vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihren Elektroschrott loszuwerden.“

Für Duppré ist daher sicher, dass die Kommunen für die Versäumnisse der Industrie einspringen müssen: „Selbst bei 90%igem Funktionieren des neuen Systems von der ersten Minute an wird es pro Jahr zu ca. 8.000 kommunalen Überbrückungsmaßnahmen kommen. Dieser Aufwand muss selbstverständlich von den Herstellern kompensiert werden. Dafür sollte ein einfaches Verfahren gefunden werden.“

Besonders bemerkenswert sei, „dass das Gesetz alles andere als überraschend gekommen ist“. Die zugrunde liegende WEEE-Richtlinie der EU ist mittlerweile bereits drei Jahre, das deutsche ElektroG ein Jahr alt. „Die Hersteller hatten somit lange Zeit, sich auf diesen Tag vorzubereiten“, so der Präsident. **DK**



Ein Stück Bayern.

Wir haben Tradition: Die Qualität unserer Energieversorgung ist aus der Erfahrung von über 100 Jahren Stromgeschichte in Bayern gewachsen. E.ON Bayern ist Qualität aus Bayern.

www.eon-bayern.com
www.eon.com

e.on

Bayern

Mercedes-Benz Unimog auf großer Wintertour

Unimog-Geräteträger U 300 - U 500 demonstrierten ihre einzigartige Kompetenz bei der Schneeräumung

Ausgesucht hat es sich ja niemand, auch nicht die Hersteller von Kommunalfahrzeugen und Anbaugeräten, aber der Winterdienst war ein dominierendes Thema in den vergangenen Wochen und Monaten. Ungewohnt heftige Schneestürme und Schneemassen im Münsterland und in Oberbayern haben den Menschen bewusst gemacht, dass mit „Väterchen Frost“ manchmal nicht zu spaßen ist. Umso mehr wird der Fokus gelenkt auf einen funktionierenden Winterdienst auf den Straßen. Ungeschehen kann den Winter niemand machen, aber im Interesse der Verkehrssicherheit und des Wirtschaftslebens sind möglichst freie Straßen eben existenziell wichtig.

Wer wüsste das nicht besser als DaimlerChrysler, sind doch die Firma selbst und ihre Nutzfahrzeugkunden in besonderem Maße auf freie Transportwege angewiesen. Da trifft es sich gut, dass mit dem Unimog sozusagen ein „Paradeferd des Winterdienstes“ zum eigenen Stall gehört.

Neun Veranstaltungsorte

In einer speziellen Winterreise durch ganz Deutschland führten 15 Unimog-Geräteträger U 300 - U 500, ausgerüstet mit leistungsfähigen Geräten der Partnerfirmen Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik, Gmeiner, Mulag, Dücker

und Werner, an neun Veranstaltungsorten ihr Können vor. Anschließend begab sich die Kolonne ins Ausland, um Ende März auch auf dem weltweiten Winterdienstkongress in der Olympiastadt Turin präsent zu sein. Zu jeder Veranstaltung in Deutschland kamen im Schnitt über 500 Fachbesucher, so auch zum Astenturm auf dem „Kahlen Asten“ in Winterberg/Sauerland, wo die Bilder zu diesem Beitrag entstanden sind. Die anderen Stationen: Bischofsgrün, Inzell, Altusried, Kniebis, Nürburgring, Fallingbostal, Braunlage und Schellerhau/Erzgebirge.

Imposantes Szenario

Am Astenturm stand das Publikum dicht gedrängt wie auf dem Sportplatz - aus Schnee lassen sich leicht Naturtribünen bauen - und begutachtete den Unimog beim Räumen, Streuen, Fräsen und in interessanten Kombinationen bei weiteren Arbeiten. Manches war dabei gar nicht neu für die Praktiker, etwa einen U 400 und einen U 500 mit Schneefräse und Frässhleuderer von Schmidt beim „Begraden“ des Geländes zu beobachten. Aber imposant ist es doch immer wieder, wenn die 231 PS des Unimog die schweren Fräsen bedienen und dabei kräftig Raum gewinnen. Kein anderes kommunales Einsatzfeld zeigt eben die Vorzüge des Geräteträgers Unimog - permanenter Allradantrieb mit Differenzialsperren, extremer Geschwindigkeitsbereich von 120 Metern bis 88 Kilometern in der Stunde, verwindungsfähiger, aber auch biegesteifer Rahmen bei hoher Vorderachslast - deutlicher als der Winterdienst.

Enorme Räumleistungen

Streuautomaten von Schmidt Winterdienst und Gmeiner bis zu 4,4 m³ Inhalt, maßgeschneidert auf die relativ kleine Pritsche des Unimog, zeigten den neben dem Fräsen anderen Teil der enormen Räumleistungen - alles Kombinationen, die in enger Abstimmung zwischen Fahrzeug- und Gerätehersteller

flexibler bei der Einblendung von Informationen ins Bild ist und beim Skalieren höhere Bildqualitäten erreicht.

Dies ist vor allem wichtig, wenn eine Kamera Megapixel-Bilder verkleinern muss, um ein effizienteres Bildformat für die Übertragung oder Speicherung zur Verfügung zu stellen. Hardware-Lösungen bewerkstelligen dies durch Weglassen von Zeilen und Spalten im Bild und erzeugen so „gerasterte“ Bilder mit treppenförmigen Artefakten an Kanten.

Megapixel-Sensoren

Bei den Mobotix-Kameras funktioniert die Reduktion auf andere Bildformate wie bei einem Bildverarbeitungsprogramm ausschließlich über die integrierte Software. Da große Bilder ohne Qualitätsverluste heruntergerechnet werden, können Mobotix-Kameras durchgängig hoch auflösende Megapixel-Sensoren einsetzen. Zudem können durch das Software-basierte System Bewegungsalgorithmen pixelgenau implementiert werden. Ein weiterer Vorteil der Technologie ist die Möglichkeit, Funktionalitäten der Mobotix-Kameras im Nachhinein durch kostenlose Mobotix-

immer wieder optimiert wurden. Zur Abrundung tragen weitere Komponenten bei, zum Beispiel schnell wechselbare Schneeketten RUD-matic von RUD oder - der Name lässt schon ahnen, was sie leisten - RUD-profi Alligator. Wäre es bei der Vorführung um den lupenreinen Winterdienst gegangen, hätte sich die Gästeschar nach der Hälfte der Zeit nun zum Mittagessen begeben können. Aber es gab noch mehr zu sehen, nämlich die Überlappung von Winterdienst und Pflege-/Grünflächenarbeiten, ein wichtiger Aspekt in Regionen mit weniger Schnee, aber weit ins Frühjahr anhaltenden Glatteisphasen. „Dual-Use“ nennen das die Unimog-Fachberater, dargestellt anhand verschiedener Kombinationen.

Verblüffender Effekt

Einen geradezu verblüffenden Effekt rief die Arbeitseinheit Kombimähergerät MKM 700 von Mulag und kleine Schneefräse SFS 600 von Westa hervor. In diesem Winter erstmals im Einsatz, zeigte die dank des Auslegers sehr bewegliche Fräse, was sie kann: Notrufsäulen frei machen, die schmalen Fußwege („Dienstweg - Kein Zutritt“) hinter Leitplanken auf Brücken von Autobahnen und Bundesstraßen räumen - hier bleibt immer geräumter Schnee liegen und wird zu Eis - oder Fluchtwege vor Tunnels begehbar halten. Durch die variable Höhe lässt sich auch Schnee an schwierig erreichbaren Stellen entfernen. Der Mulag-Mäharm musste hierfür auf die Fräse abgestimmt werden. Diese hat mit 600 Millimeter genau die passende Räumbreite und kann immerhin bis 15 Meter werfen. Zusammen mit dem Mähergerät eignet sich diese Kombination gut zum „Aufräumen“ in den letzten Wintertagen.

Abgasnorm Euro 4

Auf großes Interesse bei den Kunden bzw. Interessenten stieß auch das Thema der Abgasnorm Euro 4 - Pflicht für Neufahrzeuge ab Oktober 2006 - und Ad-Blue, jene inzwischen auch im Unimog lieferbare Technik der Beimischung von Harnstoff, um auf diese Weise wenig Stickoxide und wenig Rußpartikel ausstoßen. Für Fahrzeuge mit Euro 3 besteht nach wie vor die Nachrüstmöglichkeit mit Partikelfilter.

Software-Updates zu erweitern.

CMOS: Vorteile gegenüber CCD

Durch die Verwendung von hochsensitiven Vollbild-CMOS-Sensoren vermeiden Mobotix-Kameras störende Kammefekte, die bei Standardkameras mit CCD-Technologie auftreten können. Letztere setzen aus zwei zeitlich aufeinander folgenden Halbbildern mit den jeweils geraden oder ungeraden Zeilen ein Gesamtbild mit hoher Zeilenzahl zusammen. Zudem machen die gegenlichtsicheren CMOS-Sensoren eine Autoiris oder Blendautomatik überflüssig, was der Zuverlässigkeit zugute kommt und den Einsatz der Kameras in einem breiteren Temperaturbereich ohne zusätzliche Heizung ermöglicht. Durch die Software-gestützte Bildverarbeitung kann der Nutzer zudem die individuell wichtigen Bildbereiche frei definieren und so optimal belichten. Da keine Autoiris vorhanden ist, die bei starker Gegenlichteinstrahlung das Bild abdunkelt, können die dunklen Bereiche genügend verstärkt und beispielsweise Gesichter von Personen zur besseren Erkennung aufgehellt werden.



Verblüffender Effekt beim Unimog: Kleine Schneefräse am Kombigerät von Mulag.

„Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung Regen“:

Neues Einsatzleitfahrzeug

Bewährungsprobe des Mercedes-Benz Sprinter bei diesjähriger Schneekatastrophe

Mit dem Mercedes-Benz Sprinter der DaimlerChrysler AG hat die Landkreiseigene Führungskomponente „Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung“ (UG-OEL) nun wieder ein einsatzbereites und mit modernster Technik ausgestattetes Fahrzeug. Im Schadens-/Katastrophenfall ist die UG-OEL das Verbindungsglied zwischen dem Örtlichen Einsatzleiter, den Führungs-/Verbindungskräften und der Katastrophenschutzbehörde.

Das Fahrzeug ist in die Alarmierungsplanungen des Zivil-, Brand- und Katastrophenschutzes des Landkreises Regen bereits ordnungsgemäß eingebunden. Die UG-OEL wird bei Bränden von Großobjekten und Industriebetrieben, Waldbränden, Gefahrgutunfällen, Busunglücken, Hochwassereinsätzen usw. über vorhandene tragbare Funkmeldeempfänger alarmiert. In den vergangenen Jahren war die Führungskomponente des Landkreises Regen bereits mehrmals bei derartigen Schadensereignissen im Einsatz.

Jederzeit kommunikative Anbindung

Der hohe Einsatzwert des neuen Führungsfahrzeuges hat sich besonders bei der Schneekatastrophe im Februar dieses Jahres gezeigt. Durch die Ausstattung mit mehreren mobilen bzw. eingebauten BOS-Sprechfunkgeräten ist die kommunikative Anbindung jederzeit gegeben. Besonders durch den vorhandenen neuen Kommunikationskoffer mit Laptop, Drucker und Faxgerät können Informationen schnell aufbereitet und die Nachrichten zügig übermittelt werden. Mittels der Mobiltelefone ist ein Zugriff auf Auskunftsdatenbanken im Internet und eine Informationsübertragung mittels E-Mail gewährleistet.

Bereits 2005 konnte Regens

Landrat Heinz Wöfl der Freiwilligen Feuerwehr Viechtach ein neues Einsatzleitfahrzeug (ELF 1) „DaimlerChrysler Sprinter“ zur weiteren Nutzung im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes übergeben. Um den heutigen Anforderungen einer Einsatzleitung gerecht werden zu können, ist ein Fahrzeug mit entsprechender Ausstattung notwendig.

Kosten: 70.000 Euro

Das ELF dient einer operativen und taktischen Einsatzführung. Der Unterstützungsgruppe stand bislang nur ein bundeseigener VW-Kombi aus dem Jahre 1983 zur Verfügung. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 70.000 Euro, wobei dem Landkreis ein Staatszuschuss von 49.000 Euro bereits ausbezahlt wurde.

Fahrzeugdaten:

Bezeichnung/Fahrzeugtyp: DaimlerChrysler AG, Mercedes-Benz Sprinter mit Hochdach
Motor: 80 KW/109 PS (Diesel)
Gesamtgewicht: 3,5 Tonnen
Sitzplätze: insgesamt 4 Sitzplätze
Sonderausstattung: Sonderwarmeinrichtung mit Blaulicht und Martinshorn, 2 Blinkleuchten gelb, hinten auf dem Fahrzeugdach, 1 Kennleuchte rot für Kennzeichnung der Einsatzleitung. **DK**

Alles im Blick mit Telematik:

Innovativer Winterdienst

Effizientes Durchführen von Winterdienstseinsätzen geht weit über das Telefonieren mit dem Fahrer hinaus. Für mehr Transparenz sorgt im Straßendienst das internetbasierte Linux-Telematiksystem „MOBIDAT“, das von der Raublinger Firma MOBIWORX Telematik GmbH entwickelt, produziert und vertrieben wird.

Der Einsatzleiter hat nun die Winterdienstfahrzeuge im Blick. Sobald der Zündschlüssel umgedreht wird, „steht“ das Fahrzeug im Internet und geht „auf Kurs“. Transparent und wirtschaftlich! Kombiniert mit online Wetterdaten können die Fahrzeuge effizient, bequem und schnell gesteuert werden.

Schneller geht's nicht

Auf Knopfdruck stehen unterschiedlichste Auswertungen und Karten zur Verfügung. Und dies ohne Eingabe-, Installati-

ons- und Verwaltungsaufwand. Versicherungsfälle können schnell, einfach und dokumentenecht nachgewiesen werden.

Patentiertes System

Da internetbasierend, kann der Einsatzleiter den Winterdienst am Wochenende bequem von daheim steuern. Landkreise, Straßenbauämter und Autobahnmeistereien setzen bereits auf dieses patentierte System, das sogar automatisch Abrechnungen für Fuhrunternehmer erstellt. Information: www.mobiworx.de



Neben den Vorteilen bei der Bildverarbeitung zeichnen sich die Mobotix-Kameras auch durch ihre integrierten Alarm- und Recording-Funktionen aus, die bei Kameras anderer Hersteller als Client-Software auf dem PC laufen und meist zusätzlich kostenpflichtig erworben werden müssen.

Mobotix auf der CeBIT 2006:

Neue Hard- und Software-Plattform

Zur diesjährigen CeBIT stellte der Kaiserslauterer Netzwerkkamera-Hersteller Mobotix in Halle 15, Stand C33 eine neue Hard- und Software-Plattform vor, die erstmals in der neuen Megapixel-Kamerareihe M22M zum Einsatz kam. Das Herzstück der weiter entwickelten Hardware ist der neue Intel-Prozessor PXA270 mit einer Leistung von 520 Megahertz sowie einer neuen MMX-Einheit (Multi Media Extension).

Der Prozessor bildet die Grundlage für die dreifache Steigerung der Bildrate gegenüber den bisherigen Mobotix-Kameramodellen und generiert aus einem Bild mit 1,3 Megapixel einen VGA-Videostrom mit bis zu 30 Bildern pro Sekunde. Die Entwicklung und Implementierung der neuen Plattform inklusive der verbesserten Bildverarbeitungs- und Kodierungsfunktionen wurden komplett in Deutschland durchgeführt.

Da Mobotix-Kameras auch für Outdoor-Anwendungen konzipiert sind, ist die Robustheit der Plattform äußerst wichtig: Die geringe Leistungsaufnahme von nur drei Watt und ein garantierter Temperaturbereich von -30°C bis +60°C stellen hier weitere Vorteile der neuen Technologie-Plattform dar, die im Laufe des Jahres auch in anderen Kameramodellen von Mo-

botix zum Einsatz kommen wird.

Hintergrundinformationen: Technologie-Abgrenzung

Die Kameratechnologie, die in den Mobotix-Geräten eingesetzt wird, hebt sich vor allem in zwei Punkten wesentlich von den Kameras anderer Hersteller ab: Zum einen kommen in den Mobotix-Kameras ausschließlich digitale, gegenlichtsichere CMOS-Bildsensoren anstelle von Halbbild-basierenden CCD-Sensoren zum Einsatz. Zudem erfolgt die Bildaufbereitung und -kodierung rein digital durch die in den Geräten integrierte Mobotix-Software. Andere Hersteller setzen hierfür standardisierte Hardware-Digitalisierer und -Komprimierer ein. Die Software-basierte Lösung von Mobotix hat den Vorteil, dass die Bildverarbeitung deutlich

Erfassung

Übermittlung

Auswertung

Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige Datenübertragung via GSM/GPRS/ WLAN und Speicherkarte

Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertesoftware.

Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Telefon 08035/98.49.35 · www.mobiworx.de



Fortschritt hat einen Namen: Winterdienst-Technologie aus dem Hause LEIBER. □

LEIBER OHG, Fahrzeugbau:

Neueste Technologien im Winterdienst

Zum Thema „Winterdienst“ veranstaltete LEIBER Anfang März an zwei Standorten in Deutschland eine Fachtagung. Neben Fachvorträgen stand die Praxisdemonstration im Mittelpunkt der eintägigen Veranstaltung. Zahlreiche Besucher folgten der Einladung aus dem Hause LEIBER.

Am Winterdienst führt kein Weg vorbei. Um so wichtiger ist die Frage, wie man den Winterdienst effektiv und kostengünstig mit der größtmöglichen Sicherheit für die beteiligten Mitarbeiter gestalten kann. Hierbei kommt es vor allem auf eine fortschrittliche Winterdienst-Technologie an. In den letzten Jahren erzielten sowohl Geräteträger-Hersteller als auch Hersteller von Winterdienstgeräten erhebliche Fortschritte. Dies nahm LEIBER Anfang März zum Anlass, für seine Kunden zwei Fachtagungen anzubieten. Diese fanden auf einem Testgelände in Kochel am See sowie in Altenau-Torfhaus in der Nähe von Goslar statt.

Fachvorträge über die Kostensenkung sowie Umweltvorteile und höhere Streu-Effektivität dank modernster Feuchtsalzverfahren sowie über die Einsatzdatenerfassung mit dem

GPS-gestützten „Winterlogic“-System sorgten für neues theoretisches Wissen. Dabei konnten Fragen der Sicherheit ebenso beantwortet werden wie zur Wirtschaftlichkeit der Geräte.

Neueste Anbaugeräte

Im Praxisteil der Fachtagungen zeigte LEIBER die Vorteile der neuen Fahrzeug-Generation von PUMA, TIGER und PANTHER. Dazu stellten die Vertreter der Firmen Epoke, Fiedler, Gmeiner, KIF und Schmidt ihre neuesten Anbaugeräte für den Winterdienst vor.

Anschließend konnten die Besucher an einer ausführlichen Praxisdemonstration teilnehmen. Sie sammelten eigene Erfahrungen im Umgang mit zehn verschiedenen Fahrzeugen aus dem Hause LEIBER und den unterschiedlichsten Winterdienst-Anbaugeräten. □

BayWa auf solidem Wachstumskurs:

Mehr Umsatz, mehr Gewinn

Dass die BayWa auf Erfolgskurs ist und wohl auch bleibt, sollen auch die Aktionäre merken. Denn der Hauptversammlung am 11. Mai wird vorgeschlagen, die Dividende um 8 Prozent auf 0,28 (Jahr zuvor: 0,26) Euro anzuheben. Das wäre dann die fünfte Dividendenerhöhung in sieben Jahren, wovon zahlreiche Genossenschaftsbanken vor Ort profitieren, die direkt oder indirekt über genossenschaftliche Beteiligungsgesellschaften immer noch die Mehrheit an der BayWa halten. Die gute Entwicklung zeigt sich auch am Kurs der Aktie. Er stieg von 5,20 Euro im Jahr 2002 auf jetzt über 20 Euro.

Auch 2005 hat der international tätige Münchener Handels- und Dienstleistungskonzern, der sich vor allem im Baustoff- und Agrarhandel betätigt sowie Bau- und Gartenmärkte betreibt, seinen Kurs des kontinuierlichen Wachstums bei Umsatz und Ertrag gehalten. Und das dürfte auch im laufenden Jahr so bleiben, denn Vorstandschef Wolfgang Deml nannte bei der Vorlage des Geschäftsberichtes als Ziele für 2006, vor allem durch Expansion den Umsatz leicht zu steigern und beim Ergebnis „eine Rekordmarke“ zu erreichen.

Der Umsatz nahm um 7 % auf 6,54 Mrd. Euro zu. Davon stammen knapp zwei Drittel aus Deutschland, 30 Prozent aus Österreich und der Rest aus ehemaligen Ostblockländern. Dank positiver Impulse aus den Bereichen Energie und Agrar und fortgesetzter Kostenreduktionen nahm das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um 17 Prozent auf 42,1 Mio. Euro zu. Das um einmalige Ertrags- und Aufwandseffekte bereinigte Ergebnis legte um 15,6 Prozent auf 52,0 Mio. Euro zu. Im laufenden Jahr soll es 60 Mio. Euro erreichen. Das bereinigte Ergebnis je Aktie stieg auf 1,54 (1,34) Euro. Die gute Gewinnsituation ließ die Eigenmittel auf 741 (644) Mio. Euro steigen, so dass die Eigenkapitalquote nun 28,5 (27,8) Prozent beträgt, und die bereinigte Eigenkapitalrendite auf 7,0

(5,9) Prozent kletterte. Vor diesen Hintergrund hält Deml eine Kapitalerhöhung nicht für nötig und auch nicht für aktuell.

Zum Gesamtumsatz haben der Bereich Agrar mit 41,3 Prozent, der Baubereich mit 26,1 Prozent, die Sparte Energie mit 28,3 Prozent und Sonstige Aktivitäten (Autohandel, Finanzbeteiligungen, Herstellung und Vertrieb von Lebensmittel) mit 4,3 Prozent beigetragen. Deml will diese Struktur, durch die wir „auf mehreren Beinen stehen“, auf jeden Fall beibehalten, weil sie stabiler sei als die Konzentration auf nur einen Kernbereich, wie sie Analysten gern fordern.

Agrargeschäft

Das Agrargeschäft hat leicht zugelegt, dabei insbesondere die Sparte Technik, die von einer Investitionsbelebung profitierte, weil die Stimmung in der Landwirtschaft besser geworden ist.

Der Bereich Energie mit 1,85 Mrd. Euro Umsatz (+ 23 Prozent) hat von den hohen Rohölpreisen profitiert. Der Absatz an Benzin und Diesel ging zurück, Schmierstoffe liefen besser. Stark im Geschäft ist die BayWa im Bereich regenerative Energien. Bei den boomenden Holz-Pellets gab es zeitweise Lieferengpässe. Die Kapazitätsprobleme sollen im Sommer behoben sein. dhg.

SPD zur Schneekatastrophe:

Kommunen bleiben auf Kosten sitzen

Auf absolutes Unverständnis stößt bei der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Susann Biedefeld, die Tatsache, dass die Kommunen, die für die Schneekatastrophe im Februar in Ostbayern Feuerwehrleute zur Unterstützung schickten, auch noch für deren Einsatz 45 Prozent der Kosten übernehmen sollen. Dies sei ein absoluter Skandal.

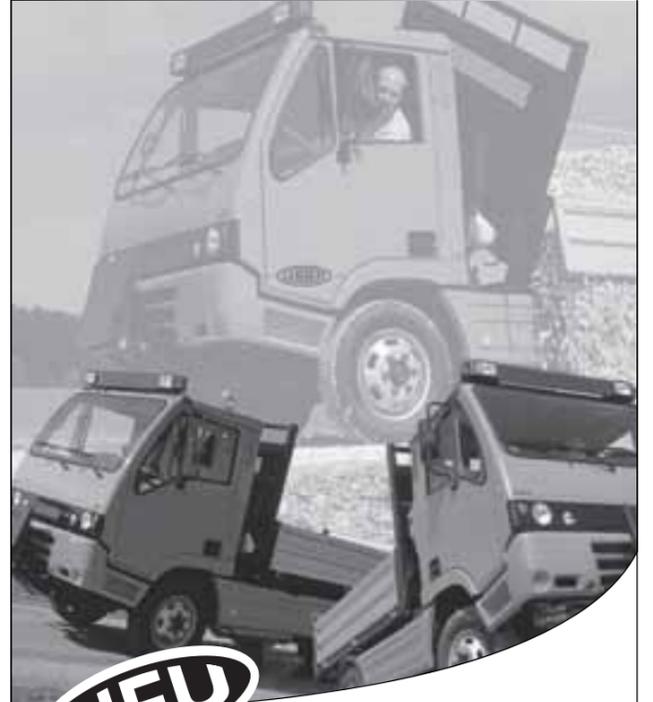
Hintergrund ist der Einsatz von Feuerwehrleuten aus dem Raum Coburg, die aufgrund der starken Schneefälle in Ostbayern angefordert wurden. Erst während deren Einsatz bzw. nach deren Rückkehr wurde den entsendenden Kommunen mitgeteilt, dass diese dann auch zum Teil für die Kosten aufkommen müssten. Laut Biedefeld gibt es einen Katastrophenschutzfonds, in den die Landkreise, Städte und Gemeinden gemeinsam ein Drittel einzahlen und der Freistaat Bayern zwei Drittel finanziert. Bei Katastrophenfällen werden dann 55 Prozent der Hilfskosten aus diesem Fonds beglichen, z.B. für Lohnausfälle. Die übrigen 45 Prozent der Kosten müssen dann jedoch die Kommunen, die Hilfskräfte entsenden, selbst bezahlen. „Der Hilfsbereite ist hier also der Dumme. Je mehr Hilfskräfte ich entsende, umso mehr Kosten entstehen für mich als Kommune“, zeigte sich Biedefeld entsetzt.

Sie forderte daher Innenminister Beckstein auf, die für die betroffenen Kommunen entstandenen Kosten zu übernehmen. □

LEIBER

Der Herausforderer ist da.

Fahrzeugbau



NEU

Der PUMA.

Schnell, vielseitig, stark: Die neue Dimension in seiner Klasse.

- Zul. Gesamtgewicht 6,0 t
- Vorbautenträger für Frontanbaugeräte
- Vielfältige Möglichkeiten mit Kugelwechselsystem
- Hohe Nutzlast
- Kraftvolle Motorleistung / 90 km/h
- Sperrdifferential an der Hinterachse und Längssperre



Spezialist für den Ganzjahreseinsatz

LEIBER GROUP

LEIBER OHG

Rudolf-Diesel-Straße 1-3
D-78576 Emmingen-Liptingen
Tel: + 49 (0) 74 65 / 292 - 151
Fax: + 49 (0) 74 65 / 292 - 71 51

www.leiber.com

info@leiber.com

Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause



35.000 Autofahrer in Deutschland haben sich für Erdgas entschieden

und fahren damit umweltschonend zum halben Preis*!

- ✗ 400 Euro Startprämie von der ESB
- ✗ 650 Erdgastankstellen in Deutschland
- ✗ Serienfahrzeuge von Opel, VW, Fiat, Volvo, Mercedes, Ford, Peugeot und Renault.

* 1 kg Erdgas = 1,5 Liter Benzin, 1 kg Erdgas kostet 0,86 Cent (Stand 2/06)

Erdgas Südbayern GmbH

Ungsteiner Straße 31, 81539 München
Tel. 01 80 5 / 29 11 11 (12 Cent/Min. im Festnetz der deutschen Telekom)
E-Mail: info@esb.de, www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

Wir wünschen gute Fahrt!

Innovation ist dringend nötig - IBM hilft dabei

CeBIT-Presskonferenz: Informationstechnologisches Wissen für öffentliche Hand

Von Klaus Jamin

Wer in diesem Jahr über die CeBIT ging und sich die Schlagworte der Aussteller und Firmen genauer anschaute, wusste genau, wie das Motto des Jahres lauten musste. Intelligenz und Innovation waren die Schlagworte mehrerer hundert Unternehmen. So viel Intelligenz wie lange nicht mehr (hat das mit Pisa zu tun?) und so viel Innovation wie selten auf den vorherigen Messen.

Da machte auch IBM fast eine Ausnahme mit folgender Äußerung: Für den Einsatz von Informationstechnologie im Öffentlichen Dienst sprechen mehr als „nur“ die Themen „Kostensenkung“ und „Effizienzsteigerung“, sondern noch weitere Aspekte, die gerade auch für öffentliche Verwaltungen immer wichtiger werden: Das sind die Themen Standortwettbewerb, nachhaltige Modernisierung und Globalisierung.

Vorreiterrolle in der Verwaltungsmodernisierung

Laut IBM ist es ein wichtiges Ziel der Verwaltung, in Organisationen flexibler zu gestalten, damit sie den Herausforderungen des nationalen wie des internationalen Wettbewerbs besser gewachsen sind. Gleichzeitig geht es aber auch um die Bereitschaft, durch innovative Betreiber- und Betriebsmodelle die Modernität von Verwaltungen zu dokumentieren. Der IBM Geschäftsbereich Public Sector möchte in Deutschland mit innovativen Lösungen eine Vorreiterrolle in der Verwaltungsmodernisierung übernehmen.

Anlaufstelle für die öffentliche Hand

In die Zuständigkeit des IBM-Geschäftsbereichs Öffentliche Dienste fallen alle Organisationen und Unternehmen, die öffentlich betrieben werden: Dazu gehören die Kommunal-, die Landes- sowie die Bundesebene und die dazugehörigen Institutionen. Das sind zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit, die Bundeswehr und Universitäten. Die Deutsche Rentenversicherung ist dem Geschäftsbereich ebenso zugeordnet wie die Krankenversicherungsträger und die Berufsgenossenschaften. Darüber hinaus gehören zu diesem Geschäftsfeld weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens wie Krankenhäuser und die pharmazeutische Industrie. Für alle diese Segmente stellt der „IBM Public Sector“ gemeinsam mit seinen Geschäftspartnern Technologien und Lösungen bereit, die für eine höhere Effizienz der internen Abläufe sorgen, die Servicequalität entscheidend verbessern und neue Formen des netzgestützten Informationsaustausches ermöglichen. Über den Geschäftsbereich Business Consulting Services (BCS) hinaus

bietet die IBM der öffentlichen Hand wichtige Beratungskompetenz. Die IBM deckt so, neben der Software- und Hardwaretechnologie, die Kette - von der Management- und IT-Beratung, über die Prozessberatung bis hin zur Systemintegration - aus einer Hand ab.

Wichtige Bereiche

Vier Bereiche sind für IBM besonders wichtig:

- einmal im Bereich der „neuen Technologien“ mit beispielsweise sehr leistungsfähigen Rechnern.
- Weiterhin ist es das Zusammenwachsen der Technologien; ein Thema bei dem im Besonderen Behörden gefordert sind aber eben auch unterstützt werden sollen.
- Außerdem sind es innovative Entwicklungen in der so genannten Prozess-Kette (die Reihenfolge, in der Tätigkeiten ablaufen). IBM nennt das „Shared Service Center“ (SSC). Im „Shared Service Konzept“ werden Dienstleistungen zusammengefasst, die von verschiedenen Abteilungen oder Organisationseinheiten genutzt werden. Diese Leistungen werden nun ganzheitlich unter Nutzung moderner und integrierter Technologien erbracht. Die wichtigen Teile dieser Prozesse werden unter einer einheitlichen Management- und Produktionsstruktur zusammen-

gefasst. Diese Struktur ist kunden- und leistungsorientiert. Ein „Shared Service Center“ bedeutet dementsprechend generell die gemeinsame Nutzung von Ressourcen (organisatorisch, personell und technisch), die vorher auf eine größere Anzahl von Einheiten verteilt waren und fortan zu einer größeren Einheit zusammengefasst werden, um Dienstleistungen an interne und externe Kunden auf effiziente Art und Weise bereitzustellen. Dies ist eine Option gerade auch für die öffentlichen Verwaltungen, wenn es beispielsweise darum geht, einzelne, definierte Dienstleistungen für mehrere Behörden oder Ministerien zentral anzubieten.

• Weiterhin schlägt IBM vor, wie es in der privaten Wirtschaft schon lange praktiziert wird, sich auf Kernprozesse zu konzentrieren und die zur Disposition stehenden Prozesse etwa im Rahmen eines „Business Transformation Outsourcing“ (BTO) von einem externen Partner betreiben und betreiben zu lassen. Eine Alternative ist das gemeinsam benutzte Dienstleistungs-Center im Hause. Denn nicht immer und überall ist es unbedingt sinnvoll oder notwendig, Prozesse nach draußen zu verlagern.

Die vier großen „E“

Von den vier großen „E“ - E-Government, E-Education, E-Healthcare, E-Defense - die IBM sieht, sei hier nur das hema eGovernment - Regieren und Verwalten über das Internet - noch einmal zusammenfassend betrachtet. Von der konventionellen Behörde zur dienstleistungsorientierten Organisation - die staatlichen Verwaltungen in Deutschland sind im Umbau. Sowohl auf Kommunal- als auch auf Landes- und Bundesebene steht dabei die Nutzung netzbasierter Technologien im Mittelpunkt. Ziel ist es, Verwaltungsabläufe zu optimieren, zusätzliche Online-Dienstleistungen wie Antragstellung oder Beratung anzubieten und zeitflexibler erreichbar zu sein.

Für die Entwicklung entsprechender Lösungen liefert IBM das gesamte Leistungsspektrum - angefangen von der Hard- und Software, über die Beratung bis hin zur Implementierung. Im Rahmen des zentralen Programm-Managements von BundOnline 2005 begleitet die IBM die Bundesverwaltung unter anderem beim Thema Virtuelle Poststelle und ist auch für die zentrale Koordination verantwortlich. Mit einer individuell zugeschnittenen Lösung unterstützt IBM darüber hinaus zum Beispiel die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bei der Berechnung der Riester-Rente.

Dolmetscher/Vermittler-Lösungen

Wenn es um die Umsetzung von E-Government-Projekten auf kommunaler Ebene geht, dann schafft die IBM mit Dolmetscher/Vermittler-Lösungen die notwendigen Voraussetzungen für eine umfassende Anwendungsintegration sowie einen systemübergreifenden Datenaustausch. Dies ist besonders für öffentliche Verwaltungen unabdingbar, die in der Regel mit einer Vielzahl unterschiedlicher Systeme arbeiten.

Mit einer weiteren Entwicklung, können öffentliche Institutionen schnell und einfach in die Publikation von Inhalten über das Internet einsteigen (IBM hilft natürlich gern dabei). Für das Daten- und Inhalte-Management werden Produkte wie zum Beispiel die IBM DB2 Universal Database, Informix oder der IBM Content Manager angeboten. □

Doppik-Einführung im Doppelpack

Kommunen Nideggen und Aldenhoven stellen mit DATEV auf Doppik um

Die Stadt Nideggen und die Gemeinde Aldenhoven in Nordrhein-Westfalen werden den Weg in die Doppik im Schulter-schluss beschreiten. Da beide Kommunen als Partner für die Umstellung der DATEV eG und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Neumann, Schmeer und Partner ausgewählt haben, wollen sie in einem gemeinsamen Einführungsprojekt von Synergien profitieren. Kaufmännisch buchen werden die beiden Kommunen von Januar 2007 an.

Mit der Zusammenarbeit beim Doppik-Einführungsprojekt haben die Gemeinde Aldenhoven mit rund 14.300 Einwohnern und die Stadt Nideggen mit etwa 10.900 Einwohnern ein tragfähiges Konzept gefunden, um Zeitaufwand und Kosten für die Umstellung möglichst gering zu halten.

Beratung und Schulung

Erreicht wird dies in erster Linie durch kollektive Beratungstermine mit den Wirtschaftsprüfern und den DATEV-Consultants sowie durch gemeinsame Schulungstermine für die Mitarbeiter der räumlich nahe beieinander gelegenen Kommunen. Außerdem wollen sie von einem permanenten Erfahrungsaustausch profitieren. Für das einzuführende kaufmännische Rechnungswesen kommt in den beiden Kommunen das Softwarepaket DATEVkommunal zum Einsatz.

Kompetenzbündelung

Über die durch die gemeinsame Herangehensweise an das Projekt realisierten Synergie-

Effekte hinaus ziehen die Stadt Nideggen und die Gemeinde Aldenhoven zudem Nutzen aus der Kompetenzbündelung dreier Know-how-Träger, die das Kernelement jeder mit der DATEV vollzogenen Doppik-Einführung ist. Neben den Verantwortlichen der Kommunen und den Spezialisten der DATEV kommt hier den Wirtschaftsprüfern der Kanzlei Dr. Neumann, Schmeer und Partner aus Aachen eine tragende Rolle im Umstellungsprozess zu.

Katalogstruktur

Die Entscheidung für das gemeinsame Doppik-Einführungsprojekt fällten die Stadt Nideggen und die Gemeinde Aldenhoven im August 2005. Die eigentliche Projektarbeit begann Mitte November mit einer Auftaktveranstaltung, in deren Rahmen die einzelnen Teilprojekte definiert und deren zeitlicher Ablauf festgelegt wurden. Im Rahmen der ersten Arbeitsphase erstellen die Projektpartner derzeit gemeinsam die Struktur des Produktkataloges für die beiden Kommunen. □

Verwaltung von PCs und anderen (IT-)Ressourcen

Quadriga-IT

- **Mehr Überblick** über die IT-Ressourcen durch systematische Verwaltung von Hardware, Softwarelizenzen, Anwendern, Lieferanten, Verträgen und Räumen.

- **Kostenreduzierung** durch das gezielte Aufdecken von Einsparpotenzialen, bessere Nutzung vorhandener Ressourcen und Vermeidung unnötiger Neuschaffungen.

- **User HelpDesk** zur Aufnahme, Bearbeitung und schnellen Lösung von Problemfällen. Die Option „Web-IT“ macht den User HelpDesk für PC-Anwender via Internet erreichbar.

- **Automatisches Auslesen von PCs:** Die Option „PCScan“ erlaubt es, Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen automatisch zu ermitteln.

- **Vertragsverwaltung:** Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen.

- **Intuitive Benutzeroberfläche:** In Quadriga-IT lassen sich viele Aufgaben mit einem Minimum an Arbeitsschritten erledigen.

- **Bewährte Lösung,** die bereits bei über 900 Organisationen im Einsatz ist, darunter bei zahlreichen kommunalen Behörden. Zukunftssicherheit ist gewährt durch intensive und praxisnahe Weiterentwicklung.

- **Gutes Preis-Leistungs-Verhältnis:** Funktionsreichtum und Funktionstiefe von Quadriga-IT sind im Verhältnis zum Preis außergewöhnlich.



Quadriga-Mobile

Der Pocket PC macht viele Informationen über die IT-Ressourcen vor Ort verfügbar, unterstützt den User HelpDesk und erleichtert Bestandskontrollen mit einem Barcode-Scanner.

Weitere Informationen:

Bitte fordern Sie eine kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns vom 09.-11.05.2006 in Karlsruhe auf der KOMCOM Süd.

Quadriga Informatik GmbH
Herrnstr. 57
D-63065 Offenbach
Tel. 069.850030-0, Fax -99
info@quadriga.de



Neue Messe Karlsruhe
Stand D18

www.quadriga.de

KOMCOM SÜD 2006:

Karlsruhe als Schauplatz innovativer IT-Lösungen

Bei der 11. KOMCOM SÜD 2006 zeigen vom 09. bis 11. Mai in Karlsruhe erneut rund 200 Aussteller über 1.000 innovative IT-Lösungen für alle Bereiche des Öffentlichen Dienstes. Damit wird die Neue Messe Karlsruhe an drei Messetagen erneut zum unverzichtbaren Treffpunkt für alle diejenigen, die sich für Informationstechnologien im Public Sector interessieren.

Die zahlreichen Fachbesucher erwartet sowohl in den rund 150 Workshops, als auch an den Messeständen eine Fülle an Informationen zu allen aktuellen IT-Themen. Schwerpunkte des Jahres sind Barrierefreies Internet, Content-Management, Dokumentenmanagement, Facility Management, Geoinformationssysteme, Stadtplanung, IT-Sicherheit, IP-Telefonie, Linux, das Neue Kommunale Finanzwesen und Serverlösungen.

Mit einem sehr ausführlichen Aussteller- und Workshopangebot zum Thema Doppik reagiert die KOMCOM darauf, dass Fragestellungen rund um die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik in den Verwaltungen derzeit ein überaus hoher Stellenwert zukommt.

Und die Thematik betrifft längst nicht nur die Kammereien. „Die Doppik verändert die Anforderungen an die Datenhaltung und die Arbeitsabläufe in allen Abteilungen“, so Eckehard Moninger, Geschäftsführer der ausstellenden Lehmann und Partner GmbH, Ingenieurgesellschaft für Straßeninformation.

Daher erfahren beispielsweise Entscheider aus den Tiefbauämtern bei der KOMCOM, wie sie mit Hilfe von Pavement Management Systemen und der passenden Datenerhebung und -verwaltung gesicherte Prognosen über die benötigten Finanzmittel für die Erhaltungsplanung der Straße erstellen. Dies versetzt sie in die Lage, gemeinsam mit dem Kämmerer das derzeit allerorts knappe Budget für die Straßenunterhaltung zu optimieren.

„Es ist außerordentlich wichtig, dass nicht nur die Entscheider der EDV-Abteilungen, sondern auch die der einzelnen Fachbereiche zur KOMCOM kommen“, erläutert Dr. Doris Kiefer, Leiterin des Bereichs Kommunikation und Besuchermanagement innerhalb der KOMCOM Messe GmbH. „Denn die Themen sind heute längst vernetzt und EDV in allen Fachthemen präsent.“ Daher profitieren die Verwaltungen am ehesten von einem gemeinsamen Besuch mehrerer Entscheider aus den unterschiedlichen Fachabteilungen. Dies bestätigen auch die KOMCOM-Besucher. Simone Grub, Systemadministratorin des Bezirksverbandes Pfalz/Pfalztheater Kaiserslautern, wird in diesem Jahr wieder mit Kollegen zur KOMCOM kommen. „Gemeinsam nimmt man mehr Infos mit. Egal ob man sich für ein spezielles Produkt interessiert oder sich nur über die Neuigkeiten am Markt informieren möchte, ist ein Besuch zu zweit oder dritt effektiver. Dem Kollegen bzw. der Kollegin fällt etwas ins Auge, das man selbst glatt übersehen hätte oder umgekehrt. Alleine geht man schnell an einem Firmenstand vorbei.“ □

Operator im Festnetz- und Mobilfunkgeschäft vor neuen Herausforderungen:

Allianzen zur Bewältigung der Integrationskomplexität

Die Verschmelzung von Festnetz und Mobilfunk zählte zu den zentralen Themen der diesjährigen CeBIT. Bei einem Expertengespräch äußerte Bernhard Steimel von Mind Business Consultants die Vermutung, dass eine Reihe von Herstellern große Investitionspotentiale bei den Netzanbietern sehen. „Hier steht eine neue Runde bevor, da die Netzinfrastrukturen für das Internet Protokoll (IP) technisch aufgerüstet werden müssen. Durch den Einzug von IP in den Unternehmen überlegt man zudem, wie man die TK-Anlagen stärker mit den Mobilfunknetzen verbinden kann“, so Steimel.

Es gibt nach Ansicht von Mehdi Schröder, Sales Director bei Ericsson Deutschland, verschiedene Gründe für den hohen Stellenwert der Konvergenz. „Bei Ericsson betrachten wir dabei nicht nur die Integration von Sprache und Daten, sondern wir sehen das etwas komplexer in Richtung Multikonvergenz. Das Ganze betrifft auch die öffentlichen und privaten Netze, das betrifft die Kommunikation im Unternehmen und das Home Office. Auf verschiedenen Ebenen kommen die Dinge jetzt zusammen - technologisch, kommerziell und prozesstechnisch“, sagte Schröder.

Die Unternehmen würden dabei immer mehr von der Überlegung getrieben, über die IP-Technik Kosten zu senken. „Aber IP alleine bringt gar nichts. Deshalb kann man nicht unbedingt besser telefonieren. Entscheidend ist, dass jetzt Netz-Topologien zusammen kommen. Darüber hinaus werden die Geschäftsmodelle und Tarife der Netz-Anbieter für Unternehmenskunden immer attraktiver“, erklärte Schröder. Einen weiteren Treiber für diese Entwicklung sieht Johannes Lenz-Hawliczek vom Branchendienst Portel.de bei den neuen Playern, die auf den TK-Markt drängen. „Man kann das daran erkennen, dass beispielsweise auf Siemens-Telefonen Yahoo-Messenger oder Skype-Applikationen integriert werden. Mittlerweile basiert sogar der Kundendienst der niederländischen Postbank auf Skype. Man kann als Web-Nutzer einfach einen Call Center-Agenten über Skype ansprechen. Diesen Trends kann sich niemand verschließen, so dass auch die klassischen Telcos nach neuen Geschäftsmodellen in der IP-Welt suchen müssen, um zu überleben“, so Lenz-Hawliczek.

Die Zeit der technischen Spielereien sei endgültig vorbei, so die Prognose von Michael Sander vom Beratungshaus Terra Consulting Partner. „Ich sehe in diesem Jahr die CeBIT an einem Wendepunkt. Jetzt beginnt die Schlacht in der ITK-Welt erst richtig. Welche Strategien setzen sich im Markt durch? Da haben wir sehr viele Anbieter im Spiel. Die traditionellen Festnetzanbieter, die Mobilfunkbranche, die Daten-Carrier, die Kabelnetzbetreiber und die Content-Anbieter. Wir haben plötzlich eine Arena, wo Unternehmen wie Google und Microsoft noch ein Wörtchen mitreden werden“, sagte Sander beim Expertengespräch.

Neue Allianzen

Ganz so dramatisch werde der Markt nicht durcheinander gerüttelt, glaubt Ericsson-Manager Mehdi Schröder. „Es wird sicherlich neue Allianzen geben.“ Ein reiner Verdrängungswettbewerb werde nicht stattfinden. Eine funktionale Zusammenführung der Netze, der Applikationen und der Endgeräte stehe ganz oben auf der Agenda. „Alle ITK-Anbieter werden sich verstärkt mit der Mobilität auseinandersetzen. Bei den Anwendern auf der Unternehmensebene sind die mobilen Anwendungen bislang noch kein fester strategischer Bestandteil der gesamten Firmenkommunikation. Hier entstehen neue Märkte für die Beratung, für Service und Technikeinsatz. Für den Anwender muss das alles einfach zu handhaben sein. Zur Zeit kommunizieren Mitarbeiter noch über einen festen Apparat, über schnurlose Dect-Telefone, Handys und externe Push-Mail-Geräte. Man kommt locker auf drei bis vier Endgeräte. Das wird in Zukunft über ein einziges mobiles

Endgerät abgebildet“, so der Ausblick von Schröder.

„Die Mobilität in Verbindung mit IP ist dabei das Top-Thema. Und hier geht es vor allen Dingen um die Einsparung von Kosten. Darum geht es beim One Phone-Konzept von Ericsson. Die An-

www.der-flexible-raum.de

Container Raummodule Hallensysteme

wender wollen die Kommunikation einfacher haben. Die Technologie wollen die Firmenkunden jederzeit und überall nutzen. Auch auf die Datenbank soll der Zugriff mobil möglich sein. Wenn ich in unserem Unternehmen anrufe, rufe ich mit meinem GSM-Handy an, als ob ich eine Nebenstelle wähle. Ich habe die gesamten Funktionen einer Nebenstelle. So zieht sich das durch in die Datenwelt. Pushmail-Funktionen und andere Funktionen - das alles wird zusammenkommen. Das ist ein Treiber bei den Geschäftskunden unterschiedlicher Couleur, unterschiedlicher Größe. Dieser Weg ist nicht aufzuhalten“, sagte Schröder. Michael Sander warf die Frage auf, wo bei diesen Trends die rund 2,2 Millionen Mittelständler bleiben. Die haben nicht die Größe, um sich eine ITK-Abteilung zu leisten. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sie auch ihre gesamte Kommunikationsinfrastruktur besser in den Griff kriegen. Da sehe ich keine Lösung“, bemerkte Sander.

Für den Sales Director von Ericsson stellt das kein Problem dar. „Da gibt es Möglichkeiten. Die Modelle gibt es heute schon. Die Schlagworte dafür sind hosted PBX, IP-PBX. Es wird Unternehmen geben, die gehostete TK-Anlagen auf IP-Basis anbieten für kleine und mittelständische Firmen. Entsprechend werden dafür auch Vertriebskanäle zur Verfügung stehen. Von Rechtsanwalt bis Getränke. Der klassische Mit-

stand wird heute bedient durch den Bürokommunikationslieferanten um die Ecke. Also jemand, der regional, lokal, citynah arbeitet. Der mir auch meinen PC liefert, meinen Drucker, meine Patronen. Wir arbeiten mit Partnern zusammen, die beispielsweise im Distributionsbereich unterwegs sind. Das Ganze wollen wir zu einem Gestirn zusammenbringen. Wir nennen das Bundling, eine Leistung - zwischen der zentralen Leistung, die aus dem Operator-Umfeld kommt mit der Technologie, die aus unserem Haus kommen kann, mit der Vertriebskapazität des Resellers. Mit diesem Paket wird der Mittelstand mit Technik und Service versorgt. Operator haben dafür keine Feldorganisation. Weder im Service, noch wirklich im Vertrieb. Deswegen sind Kooperationen wichtig. Ich kann mir auch durchaus vorstellen, dass der eine oder andere Operator in Zukunft darüber nachdenkt, sich einen Systemintegrator zu kaufen, um genau das zu machen“, führte Schröder aus.

„Keep it easy...“

Auch für die Geschäftswelt sei der Grundsatz wichtig: „Keep it easy, keep it simple“. Die Technologie müsse von den Anbietern so bequem wie möglich platziert werden. Das gelte auch für das Zusammenwachsen von Festnetz und Mobilfunk. Neben den Vorteilen von mobilen Lösungen zeige eine Studie von Arthur D. Little und Ericsson die Herausforderungen und Probleme bei deren Implementierung auf. „Es bedarf einer sorgsam Auswahl und Integration der mobilen Lösungen in die bestehenden Prozesse des Unternehmens, um den Erfolg zu gewährleisten“, so Schröder.

Generell werde die Attraktivität von mobilen Lösungen beeinflusst durch Faktoren wie Verfügbarkeit einer geeigneten Netzinfrastruktur, Netzabdeckungsgrad, verfügbare Bandbreite, dem Preisniveau für Mobilfunkdienste oder der Verfügbarkeit preiswerter, einsetzadäquater Endgeräte. „Der Erfolg von mobilen Lösungen hängt außerdem maßgeblich von der Akzeptanz der Mitarbeiter ab. Die Studien-Interviews haben gezeigt, dass ohne die Akzeptanz der Nutzer, die täglich mit den mobilen Lösungen arbeiten, die Nutzung der möglichen Flexibilitäts-, Produktivitäts- und letztlich Kostensenkungspotenziale durch mobile Lösungen nicht möglich ist“, resümierte Schröder. □



Teilnehmer der Förderpreisverleihung 2006 mit Prof. Matthäus Schilcher und den Gewinnern Christine Dall (2. v. r.), Jan Herrmann (3. v. r.) und Albrecht Weiser (3. v. l.). Foto: Plabst

Verleihung des Förderpreises für Geoinformatik 2006

Im Rahmen des 11. Münchner Fortbildungsseminars Geoinformationssysteme an der TU München wurde Anfang März zum fünften Mal der Förderpreis für Geoinformatik vergeben. Die Verleihung des Preises ist fester Bestandteil der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die sich der Verein Runder Tisch GIS e.V. zum Ziel gesetzt hat.

21 Nachwuchswissenschaftler von Universitäten und Fachhochschulen bewarben sich mit ihren hervorragenden Arbeiten um den Förderpreis Geoinformatik 2006 des Runder Tisch GIS e.V. Etwa die Hälfte der Arbeiten wurde in den Studiengängen bzw. Fachbereichen GIS, Geoinformatik und Geographie erstellt. Die bunte Vielfalt interdisziplinär geprägter Themen aus grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung wird zudem durch Bewerbungen aus der Informatik, den Energie- und Wirtschaftswissenschaften, der Landschaftsarchitektur und Umweltplanung, der Geologie und der Naturwissenschaften ergänzt.

Mit dem 1. Preis wurde Dipl.-Geogr. Christine Dall für ihre Masterarbeit an der Universität Salzburg ausgezeichnet. Sie überzeugte die international besetzte Jury aus 6 Professorinnen und Professoren mit ihrer herausragenden Arbeit zum Thema Crime Mapping in Hamburg und der Suche nach alternativen Darstellungsformen der Straftatenverteilung. Der letztjährige Preisträger Dr.-Ing. Andreas Donaubauber ernannte die Preisträgerin 2006 zur „GIS-Königin des Jahres“ und überreichte ihr einen Scheck über 1500,- Euro. Den 2. Preis über 1000 Euro erhielt Dipl.-Inf. Jan

Herrmann für seine Diplomarbeit an der TU München „Entwicklung und Implementierung einer raumbezogenen Zugriffskontrolle für Geo Web Services“. Der 3. Preis ging mit 500 Euro an Dipl.-Ing. Albrecht Weiser für seine Diplomarbeit an der FH Mainz zum Thema „Automatisierte Generierung von Styled Layer Descriptor-Dateien aus ESRI ArcGIS-Projekten zur Publikation mit OGC-konformen Mapservern“.

Anschließend wurde von den Seminarteilnehmern vielfach die Gelegenheit genutzt, in den Pausen und der Posterausstellung des Fortbildungsseminars mit den jungen Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Mit dem Förderpreis Geoinformatik des Runder Tisch GIS e.V. werden jährlich drei herausragende Dissertationen, Diplom- oder Masterarbeiten aus dem deutschsprachigen Raum ausgezeichnet, die im Umfeld der Geoinformatik angesiedelt sind.

Interessenten können sich den 31. Oktober 2006 als Termin für die Einreichung zum Förderpreis Geoinformatik 2007 bereits jetzt vormerken. Nähere Informationen können auf der Homepage des Runder Tisch GIS e.V. nachgelesen werden unter <http://www.rundertischgis.de> □



Keiner kennt sich mit der doppelten Buchführung besser aus.

Keiner kennt sich mit der doppelten Buchführung besser aus.

Wenn Sie mit dem kommunalen Bereich zu tun haben, wissen Sie sicher längst, dass die Umstellung des Rechnungswesens auf die Doppik ein Riesenschritt nach vorn ist: Weil sie Kontrolle über die Wirtschaftlichkeit und Transparenz über die Finanzlage aller Bereiche gibt. Was Sie möglicherweise noch nicht wissen ist, wer Ihnen die passende Doppik-Komplettlösung anbietet. Von der Veranlagung über das Rechnungswesen bis zur Haushaltsplanung und -steuerung. Bis ins Detail zugeschnitten auf Ihre Bedürfnisse. Nun, die Antwort ist klar: Der Steuerberater natürlich. Gemeinsam mit der DATEV bietet er Ihnen ein einzigartiges Angebot aus Software und Beratung. Ist das nicht prima|prima?

Wir denken schon mal vor.

Besuchen Sie uns auf der KOMCOM Süd in Karlsruhe, 09.-11.05.2006

www.datev.de/kommunal, Telefon 0800 011 43 48



Telefonzentrale und Bürgerservice:

Leistung steigern, Kosten senken!

Landkreis- und Stadtverwaltungen beschreiten mit modernem Sprachportal erfolgreich den Weg zwischen Kostensenkung und Serviceverbesserung

Von Hermann Schurz, i-SYS Unternehmensberatung GmbH, München

Seit mehreren Jahren sinken die Einnahmen der Kommunen - bei gleichen oder wachsenden Aufgaben. Der hieraus resultierende Druck wirkt häufig zu Lasten der Qualität der Leistungen: Eingeschränkte Öffnungszeiten, lange Wartezeiten oder endlose Telefonwarteschleifen verfestigen oft das Bild einer Verwaltung, die den heutigen Anforderungen nicht gewachsen ist. Deutliche Verbesserungen können sogar kostensparend realisiert werden.

Dabei ermöglicht die Telekommunikationstechnik neue Wege: Ein Sprach-Dialog-Portal kommuniziert mit dem Anrufer wie ein Mitarbeiter „aus Fleisch und Blut“. Das Sprach-Portal versteht das Anliegen des Anrufers, antwortet in natürlicher Sprache und bearbeitet Standardanliegen des Bürgers - rund um die Uhr und mit hoher Erreichbarkeit. Aufgrund dieser Vorteile ist die Akzeptanz solcher Systeme bei Kunden und Bürgern sehr hoch.

Die entscheidende Rolle bei der Einführung eines Sprach-Dialog-Portals spielt dabei die an den individuellen Gegebenheiten der Kommune orientierte Integration in die bestehenden Verwaltungsabläufe.

Etwas Technik:
Was ist ein Sprach-Portal?

Das Sprach-Portal arbeitet mit der bereits vorhandenen Telefonanlage zusammen. Der Anrufer wird mittels natürlicher Sprache begrüßt und nach seinem Anliegen gefragt. Das System versteht verschiedene Sprachen und Dialekte. Es gibt Antworten und führt den Anrufer sicher zum Ziel. Um Anrufe möglichst vollständig zu bearbeiten, werden „intelligente“ Sprachapplikationen eingesetzt, die genau die für die Bearbeitung eines Prozesses benötigten Informationen ermitteln. Das Portal kann selbständig nachfolgende Prozesse auslösen. Zum Beispiel werden Sachbearbeiter informiert oder Unterlagen an den Anrufer versandt. Der Anrufer kann sich auch jederzeit an einen Mitarbeiter verbinden lassen.

Mit dieser neuen Technologie sind viele - zum Teil auch komplexere - Abläufe in Behörden zuverlässig, kostengünstig und dabei bürgerfreundlich automatisierbar.

Günstige Voraussetzungen für den Einsatz bei Stadt- und Landkreisverwaltungen

Im Bürgerservice werden häufig Routineanfragen bearbeitet, die mit in Datenbanken hinterlegten Informationen verbunden

sind. Diese Prozesse können mittels eines Sprach-Portals automatisiert bearbeitet werden. Darüber hinaus lassen sich umfangreichere Prozesse einbinden,



Hermann Schurz.

wenn das Sprach-Portal über Schnittstellen mit vorhandenen Fachverfahren der Behörde zusammenarbeitet.

Zu den Anfragen, die ein Sprach-Dialog-Portal bearbeitet, gehören beispielsweise Auskünfte über Adressen und Öffnungszeiten, Informationen aus der Kfz-Zulassung oder dem Meldewesen, Informationen zum ÖPNV, Umweltauskünfte (Bodenrichtwerte, Wasserqualität, Abfallwirtschaft). In Katastrophenfällen können kurzfristig Hotlines eingerichtet werden.

Das Sprach-Portal verbindet an einen Mitarbeiter, eine Abteilung, informiert über An- oder Abwesenheit. Es bezieht sämtliche Ämter, aber auch verbundene kommunale Unternehmen ein.

Daneben sprechen die Bedürfnisse sowohl der Verwaltungskunden als auch der Behörde selbst für den Einsatz eines Sprach-Portals. Das Telefon ist bereits heute das wichtigste Kommunikationsmittel. Annähernd zwei Drittel aller Kontakte einer Stadtverwaltung oder Kreisbehörde kommen über das Telefon zustande.

Die Konsequenz: Die Ansprüche an die telefonische Erreichbarkeit sind hoch. Der Bürger erwartet Öffnungszeiten, die es ihm ermöglichen, seine Anliegen vor oder nach seiner Arbeit

zu erledigen. Hinzu kommen Erwartungen an eine fehlerfreie und zügige Bearbeitung.

Ein Sprach-Portal verbessert unmittelbar die telefonische Erreichbarkeit der Behörde. Zusätzlich wird die Beratungsqualität erhöht:

1. Die telefonische Erreichbarkeit wird rund um die Uhr gewährleistet.
2. Routineanfragen werden in immer gleichbleibender Qualität schnell bearbeitet.
3. Die Ämter und Fachabteilungen werden von Routine entlastet.
4. Ein Sprach-Portal ist mit umfangreichen Statistikfunktionen ausgestattet und ermöglicht damit die stetige Verbesserung und Steuerung des Bürgerservices.

Kommunen auf dem Weg zur modernen Verwaltung

Aktuelle Studie des Fraunhofer-IAO und der KGSt untersucht Strategien der öffentlichen Verwaltung

Kommunen haben eine klare Vorstellung davon, in welchen Handlungsfeldern sie Kosten optimieren wollen und in welchen sie die Qualität verbessern möchten. Outsourcing- und E-Government-Strategien werden zur Erreichung dieser Ziele bereits erfolgreich eingesetzt. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer repräsentativen Studie, die die Deutsche Post auf der Messe Moderner Staat 2005 präsentierte.

Für die Studie wurden von August bis Oktober 2005 297 Städte und Landkreise befragt. Die grundlegende Fragestellung an die Kommunen lautete: Mit welchen Optimierungsstrategien reagieren Kommunen auf die derzeitigen Rahmenbedingungen und welche Handlungsfelder werden dabei vorrangig berücksichtigt? Gleichzeitig stehen die Themen Prozessoptimierung, Outsourcing und E-Government im Fokus der Untersuchung.

Bei einer Rücklaufquote von 35 Prozent geben die Ergebnisse einen guten Überblick über die derzeitige Situation in den befragten Verwaltungen. Die Deutsche Post als Spezialist für Geschäftsprozess-Outsourcing im Öffentlichen Sektor unterstützte diese Untersuchung.

Im weiteren zeigt die Studie: Kaum eine Kommune kennt die wahren Kosten ihrer Leistungserstellungsprozesse. Ähnlich das Ergebnis beim E-Government: Das Potenzial zur Innovationsbeschleunigung wird erkannt, aber kaum eine Kommune untersucht ihre E-Government-Projekte auf deren wirtschaftli-

chen und strategischen Beitrag.

5. Ein Sprach-Portal schafft die Voraussetzung dafür, flexibel, kurzfristig und kostengünstig neue Dienstleistungen anzubieten beziehungsweise kurzfristig auftretende telefonische Lastspitzen besser zu verarbeiten.

Die Planung des Sprach-Dialog-Portals

Um ein Sprach-Portal erfolgreich bei der Behörde einzuführen, bedarf es eines dreistufigen Vorgehens. Diese Methodik hat sich in der Praxis bewährt, da sie folgendes garantiert: 1. Investitionssicherheit, 2. eine richtige Systementscheidung und schließlich 3. die optimale Integration in die Verwaltungsprozesse.

Die Analyse-Phase (1. Phase) beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen der Einführung des Sprach-Portals:

- Akzeptanz der Nutzer
- Möglichkeiten, die Verwaltungskunden für Selfservices zu aktivieren
- Bewertung, Auswahl und Priorisierung geeigneter Prozesse
- Prüfung der technischen Voraussetzungen
- Bewertung der Wirtschaftlichkeit des Portals und der zu erwartenden Kostensenkungen

Ergebnis dieser Phase ist ein erster Projektplan und ein Grobpflichtenheft, welches vor allem das Einsparpotenzial beziffert.

Auf dieser Grundlage wird mit der Ausschreibungsphase (2. Phase) begonnen. Aus unterschiedlichen Lösungen verschiedener Anbieter ist die beste auszuwählen. Die verschiedenen Portale haben unterschiedliche Leistungsschwerpunkte, die es unter Berücksichtigung des Anforderungsprofils genau zu bewerten gilt: Wie gut kann das Sprach-Portal an zukünftige Anforderungen angepasst werden? Inwieweit werden besondere Anforderungen an die Spracherkennung oder die Sprachsynthese gestellt? Möchte die Behörde das Portal zukünftig in Eigenregie fortentwickeln oder selbst administrieren? Diese und weiterer Funktionalitäten werden auf Grundlage eines Bewertungsrahmens geprüft, bewertet und gewichtet.

Die sich an die Portalentscheidung anschließende Implementierungsphase (Phase 3) bein-

haltet die Entwicklung der Sprachapplikationen, den Testbetrieb, die Vorbereitung des Produktiveinsatzes und nachfolgende Optimierungen.

Es hat sich bewährt, während dieser Phase das gesamte Sprach-Portal unter realen Einsatzbedingungen von Mitarbeitern testen zu lassen. Die Eindrücke der Testpersonen werden ausgewertet, die Ergebnisse anschließend mit den statistischen Auswertungen aus dem Sprach-Portal verglichen. Auf dieser Basis werden gezielte Optimierungen durchgeführt.

Nach Abschluss der Testphase erfolgt die Abnahme des Sprach-Dialog-Portals und die schrittweise Überführung in den Produktivbetrieb. Diese wird von internen und externen Marketingmaßnahmen begleitet.

Genau in dem Maße, in dem sich die Behörde, die von ihr angebotenen Dienstleistungen und die Anforderungen der Verwaltungskunden ändern, werden die Sprach-Dialoge und Abläufe im Portal angepasst.

Aufgrund der hohen Flexibilität in der Zusammenstellung von Dialogen und Informationen ist jeder Anwender in der Lage, kurzfristig neue Informationen und Dienstleistungen bereitzustellen. Der Betrieb eines Sprach-Portals ist demnach als ständiger Verbesserungsprozess an der telefonischen „Visitenkarte“ der Behörde zu verstehen.

Sprach-Dialog-Portal nicht als Projekt, sondern als Prozess verstehen

Genau in dem Maße, in dem sich die Behörde, die von ihr angebotenen Dienstleistungen und die Anforderungen der Verwaltungskunden ändern, werden die Sprach-Dialoge und Abläufe im Portal angepasst.

Aufgrund der hohen Flexibilität in der Zusammenstellung von Dialogen und Informationen ist jeder Anwender in der Lage, kurzfristig neue Informationen und Dienstleistungen bereitzustellen. Der Betrieb eines Sprach-Portals ist demnach als ständiger Verbesserungsprozess an der telefonischen „Visitenkarte“ der Behörde zu verstehen.

len, könne die Zusammenarbeit mit einem Outsourcing-Partner der Schlüssel zum Erfolg sein.

E-Government

Bei allen Bestrebungen zur Verwaltungsmodernisierung spielt E-Government nach Angaben der befragten Kommunen eine große Rolle. Mit Hilfe von Verwaltungs- und Kommunikationstechniken sollen Verwaltungs- und Regierungsprozesse effizienter und effektiver gestaltet werden. Im Fokus sind dabei interne Prozesse (G2G) genauso wie die Beziehungen zur Wirtschaft (G2B) und zur Bevölkerung (G2C).

Wer ist für die Umsetzung von E-Government-Strategien zuständig? Dieses Thema wird innerhalb der Kommunen sehr einheitlich gehandhabt. In 30 Prozent der Verwaltungen gibt es einen internen E-Government-Bbeauftragten, bei weiteren 37 Prozent hat der Dezernent für Organisation/IT die Verantwortung. Es zeigt sich aber auch, dass bei einem Viertel der Kommunen die Zuständigkeiten nicht explizit geklärt sind.

Am weitesten verbreitet sind E-Government-Lösungen zur Zeit im Handlungsfeld Bürgerservices, denkbar sind solche Lösungen für die Kommunen aber in allen Bereichen. Im Gegensatz zum Outsourcing wird E-Government auch als Instrument zur Entwicklung innovativer Verwaltungsprozesse gesehen, auch neue Einnahmequellen sollen durch E-Government erschlossen werden.

Trotz der hohen Erwartungen, die mit dem Thema E-Government verknüpft werden, ermitteln 39 Prozent der Kommunen die Wirtschaftlichkeit ihrer Projekte nicht, weitere 48 Prozent verwenden zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit keine standardisierten Instrumente. Für alle Befragten steht fest, dass interkommunale Kooperationen im Bereich E-Government immer wichtiger werden. Besonders bei Querschnittsfunktionalitäten gibt es bereits erfolgreiche Kooperationsmuster, bereits 46 Prozent der Kommunen kooperieren innerhalb ihrer E-Government-Vorhaben.

Verbessern Sie Effizienz und Bürgerservice



Wir unterstützen Stadt- und Landkreisverwaltungen bei der **Optimierung** sämtlicher Prozesse an der **Schnittstelle zu den Bürgern und Kunden** der Verwaltung. Unsere Lösungen **reduzieren** in kurzer Zeit Prozesskosten, **entlasten** Ihre Mitarbeiter und **verbessern** die Service-Qualität spürbar.



Im Zentrum unserer Beratung stehen die **Menschen** - Verwaltungskunden und Mitarbeiter.

i-SYS berät **umsetzungsorientiert** und begleitet Ihr Vorhaben von der Planung bis zum **Projektabschluss**.

Unsere Bürgerservice-Konzepte haben sich **in der Praxis bewährt**.

Nehmen Sie mit Herrn Hermann Schurz Kontakt auf.

i-SYS Unternehmensberatung GmbH
München · Berlin
Theresienstraße 6 - 8
80333 München

Niederlassung Berlin
Engeldamm 64
10179 Berlin

Telefon: +49 (0.30) 30.60.2963
Telefax: +49 (0.30) 30.60.2964
E-Mail: hermann.schurz@i-SYSBeratung.de
Internet: www.i-SYSBeratung.de

Fast drei Viertel (72 Prozent) der Kommunen haben in den letzten fünf Jahren bei Restrukturierungsprojekten Prozesse optimiert. Mit dem Thema Prozessoptimierung verbinden die Kommunen Einsparungen im Bereich der Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten, was zu einer Serviceverbesserung aus Sicht der Kunden führen soll.

Am häufigsten wurden von den Kommunen die Prozesse im Bereich Bürgerservices verbessert, hier wird jedoch nach wie vor noch Handlungspotenzial gesehen. Auch bei Organisations- und IT-Services, Beschaffung und Immobilienverwaltung wird ein hohes Opti-

Datendrehscheibe AKDB im Einsatz für Gesundheitskarte

AOK Bayern lobt „exzellenten Service“

Die elektronische Gesundheitskarte, die schrittweise ab 2006 eingeführt werden soll, wird dazu beitragen, die Kommunikation aller Beteiligten an der Gesundheitsversorgung zu verbessern. Doch schon vor der Einführungsphase muss die Kommunikation zwischen den Krankenkassen und den Meldebehörden stimmen.

Die bayerischen Meldebehörden haben darum die AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern) beauftragt, den Datenabgleich und die Übermittlung von zusätzlich benötigten Daten an die Krankenkassen (wie Geburtsname, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Geschlecht) vorzunehmen.

Erfassungsprogramm

Diese Dienstleistung der AKDB erfolgt mit Zustimmung des Bayerischen Innenministeriums sowie des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und kann von allen bayerischen Einwohnermeldeämtern unabhängig vom eingesetzten Einwohnerverwaltungsverfahren genutzt werden. Voraussetzung dafür ist eine schriftliche Beauftragung an die AKDB. Für die Meldebehörden

entstehen für diese Dienstleistung keine Kosten; sie haben im Trefferfall auch keinerlei Aufwand. Nur bei Datensätzen, die beispielsweise wegen unrichtiger Schreibweise beim Namen nicht automatisch ermittelt werden können, ist die Hilfe der Meldebehörden erforderlich. Zur einfachen Bearbeitung dieser Fälle wurde von der AKDB unentgeltlich ein Erfassungsprogramm zur Verfügung gestellt. Den Meldebehörden wird pro übermitteltem Datensatz der Höchstbetrag von 0,10 Euro gutgeschrieben.

Hohe Trefferquote

Aus Sicht der Krankenkassen war beim Datenabgleich die sehr hohe Trefferquote besonders erfreulich. Als eine der ersten Krankenkassen hatte die AOK Bayern die AKDB mit

dem automatisierten Datenabgleich und der Datenergänzung beauftragt und zeigt sich sehr zufrieden: „Hier hat die AKDB durch eine besonders hohe Trefferquote überzeugt. Im ersten Lauf konnte bereits bei über 90 Prozent der Anfragen eine erfolgreiche Rückmeldung gegeben werden. Bei den Negativaus-

Öffentliche Verwaltung:

Bayern optimiert IT-Infrastruktur

Bayern optimiert die IT-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung. Das Kabinett beschloss, den gesamten staatlichen IuK-Betrieb auf die beiden neu einzurichtenden staatlichen Rechenzentren Nord in Nürnberg und Süd in München zu übertragen. Durch die Zusammenlegung und Konzentration der bisher bestehenden 1.150 IT-Betriebs- und Rechenzentren auf künftig zwei Rechenzentren Nord und Süd werde die Rechnerinfrastruktur des Freistaates noch leistungsfähiger und fit gemacht für die Anforderungen des modernen eGovernment, betonte Staatskanzleichef Eberhard Sinner bei der Vorstellung des Umsetzungskonzepts im Ministerrat.

Sinner: „Eine mit modernster IT-Technik ausgestattete Verwaltung und ein gezieltes Angebot von eGovernment sind wichtige Standortvorteile im internationalen Wettbewerb. Bürger und Unternehmen wollen eGovernment-Angebote oft gerade am Abend oder am Wochenende außerhalb der Öffnungszeiten der Behörden nutzen. Mit der neuen konzentrierten IT-Struktur können wir Hochsicherheit, Hochverfügbarkeit und Ausfallsicherheit der staatlichen Online-Angebote verbessern und gleichzeitig deutliche Synergieeffekte erzielen.“

Schrittweise Eingliederung

Bereits zum 1. April 2006 wurde neben dem Rechenzentrum Nord in Nürnberg beim Landesamt für Steuern auch das Rechenzentrum Süd in München beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung eingegliedert. Die bisherigen IT-Betriebszentren werden schrittweise in die neuen Rechenzentren eingegliedert. Dabei werden die Systeme vereinheitlicht und an die zentralen Rechenzentren verlagert. Durch die Bündelung und Einführung von Controlling-Verfahren und Kosten- und Leistungsrechnung wird nach Angaben Sinners auch die Wirtschaftlichkeit verbessert. So können im IuK-Betrieb der Staatsverwaltung voraussichtlich insgesamt rund 140 Stellen eingespart werden.

Innovationsmotor

Das online-Angebot von Verwaltungsleistungen im Internet ist mittlerweile für viele Bürgerinnen und Bürger eine echte Alternative zum Behördenzugang. eGovernment hat sich nach Sinners Worten zum Innovationsmotor der Verwaltungsreform in Bayern entwickelt. Als Beispiele nannte Sinner die Möglichkeit, Steuererklärungen, Registrierung oder Meldepflichten beim Einwohnermeldeamt jederzeit von zu Hause aus bequem und sicher per Internet zu erledigen.

So können die Bürger seit 1.1.2006 ihre Jahressteuererklärung vollständig elektronisch über das Verfahren „ELSTER“ der bayerischen Finanzverwaltung abgeben. Voraussetzung ist lediglich, sich vorher über ELSTER eine elektronische Unterschrift in Form eines kostenlosen Software-Zertifikats herunterzuladen. Dieses Jahr haben bereits über 50.000 Bürger von dieser

künften bot uns die AKDB einen weiteren exzellenten Service, indem diese Datensätze automatisch an die Meldeämter zur Nachbearbeitung weitergeleitet wurden. Der Rücklauf aus dieser Nachbearbeitung wurde durch die AKDB aufbereitet und in maschineller Form an uns gemeldet. Diese Vorgehensweise hat die Trefferquote nochmals erhöht.“ Insbesondere betont die Kasse: „Auch ist uns im AOK-System kein anderes maschinelles Verfahren bekannt, das zu einer annähernd hohen Trefferquote wie bei der AKDB geführt hat.“



Phisher (Passwort-Fischer) verstecken Fallen bei eBay

Von Klaus Jamin

Will man mit eBay an einer Online-Auktion teilnehmen, kann man auf einer gefälschten Login-Site landen, auf der man aufgefordert wird, Benutzernamen und Passwort preiszugeben. Mit rund 181 Millionen Usern weltweit sind eBay und sein Bezahl-Dienst PayPal eines der beliebtesten Ziele für Betrügereien im Internet, unter anderem durch Phishing.

Die eBay-Phisher benutzen den klassischen Trick: Wenn ein User auf die Login-Site von eBay klickt wird er auf eine andere Seite umgeleitet, die haargenau aussieht wie die Seite des Auktionsdienstes, nur die Web-Adresse ist unterschiedlich. Üblicherweise platzieren Phisher attraktive Angebote oder Artikel für User über 18. eBay beschäftigt eintausend Menschen, die für die Sicherheit am Internet-Markt sorgen sollen. 78 Mio. Angebote sind bei eBay jederzeit verfügbar, pro Tag kommen durchschnittlich sechs Mio. neue dazu.

Lockversuche

Phisher versuchen, Kunden auf gefälschte Seiten zu locken, wo diese aufgefordert werden, Bankverbindungen oder Details zu ihren Kreditkarten einzugeben. Trotz der zahlreichen Maßnahmen gegen Phishing steigt die Anzahl der Online-Betrügerei

weiter. Experten warnen vor immer raffinierteren Techniken. Laut der Anti-Phishing Working Group wurde im Januar die Rekordzahl von insgesamt 9.715 gefälschten Seiten aufgespürt.

Jagd auf Phishing-Verursacher

Eine neue amerikanische Initiative sagt Phishing-Attacken nun den Kampf an. Die Bewegung, die sich unter der Bezeichnung PIRT (Phishing Incident Reporting and Termination Squad) <http://wiki.castlecoops.com/PIRT> formiert hat, will Maßnahmen gegen Phishing besser koordinieren. Das geplante Netzwerk, bestehend aus privaten Phishing-Aufpassern und kleinen Softwareunternehmen soll etwaige Attacken aufspüren und dafür sorgen, dass entsprechende Seiten so schnell wie möglich vom Netz genommen werden.

Bundes-AG der Kommunalen IT-Dienstleister:

Zustimmung zum Einsatz dezentraler SGBII-Software

Kommunale Service-Rechenzentren und Softwarehersteller bieten Pilotprojekte an

Mit großer Zustimmung hat der Vorsitzende der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Matthias Kammer, auf die Ankündigung der Bundesregierung, reagiert, offen für den Einsatz dezentraler Softwarelösungen für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes II in den kommunalen Geschäftsstellen der Bundesagentur zu sein. „Wir möchten hierbei ausdrücklich unsere Hilfe anbieten“, kommentierte Kammer entsprechende Aussagen im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales.

„Offenbar findet hier ein Umdenken statt, nachdem bislang in den ARGEn vor Ort nur das zentrale Verfahren A2LL der Bundesagentur eingesetzt werden durfte.“ Als ARGEn werden die Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit auf lokaler Ebene zur Auszahlung des ALGII bezeichnet.

Bundesregierung signalisiert Alternative zu A2LL

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales war diskutiert worden, wie auf die Softwareprobleme der BA reagiert werden soll. Die Bundesregierung hatte erstmals Offenheit in der Frage einer Alternative zu A2LL signalisiert.

Kammer: „Die Mitglieder der Bundes-Arbeitsgemeinschaft betreuen heute schon eine große Zahl der optierenden Kommunen und stellen die Zahlung der ALGII-Leistungen ohne Probleme sicher.“ Es sei also erwiesen, dass auch kommunale Hersteller zuverlässig diese Aufgabe bewältigen können.

Lieferung innerhalb kurzer Zeit

Kammer erläuterte, dass die Datenzentralen und Softwarehersteller innerhalb sehr kurzer Zeit in der Lage seien, sowohl die benötigten Hardware- als auch Softwarelösungen zu liefern, falls ARGEn eine eigenständige IT-Infrastruktur betreiben wollten. Die 69 so genannten optierenden Kommunen in Deutschland können selbstständig - im Gegensatz zu den ARGEn - das Arbeitslosengeld bearbeiten und auszahlen.

Sinnvoller Datenaustausch

„Ich möchte jedoch ausdrücklich betonen, dass eine für den Staat und die ALGII-Bezieher sinnvolle Lösung nur zu erreichen ist, wenn ein zentraler Datenaustausch mit der BA sichergestellt wird,“ so Kammer, „wenn es gewünscht wird, können die kommunalen IT-Spezialisten ihre Kompetenz aus der Betreuung von vielen Hunderttausend Computerarbeitsplätzen in deutschen Kommunalverwaltungen beispielsweise in Pilotprojekten einbringen.“

Referenzen

„Aus dem Sozialwesen, dem Jugendwesen, dem Steuerwesen und vielen anderen Bereichen sind wir es seit Jahrzehnten gewohnt, alle gesetzlichen Forderungen und organisatorischen Notwendigkeiten mit einer komfortablen IT zu unterstützen“, fuhr Kammer fort. „Bei den optierenden Kommunen haben wir das auch für den Bereich ALGII bewiesen.“

Bündelung von Know-how

Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluss von 45 kommunalen Rechenzentren, Softwarehäusern und Dienstleistern, die bundesweit die IT-Versorgung in den Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen sicherstellen. Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft bündelt und verteilt das spezifische Know-how zwischen den Mitgliedern und setzt sich für optimale Vernetzung von Verwaltungen ein, um Steuergelder zu sparen und den Service für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.



Alle reden von den Finanzen...

Kamer -
realistik +++ Neues Kommunales Finanzwesen NKFW +++ Kosten- und Leistungsrechnung +++ Doppik +++ Haushaltsplan +++ Vermögensbuchführung +++ Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen +++ Budgetierung +++ Veranlagung +++ Zahlungsanordnung +++ Jahresabschluss +++ Verbrauchsgebühren +++ Kameralistik +++ Neues Kommunales Finanzwesen NKFW +++ Kosten- und Leistungsrechnung +++ Haushaltsplan +++ Vermögensbuchführung +++ Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen +++ Budgetierung +++ Veranlagung +++ Zahlungsanordnung +++ Jahresabschluss +++ Verbrauchsgebühren +++ Kameralistik +++ Neues Kommunales Finanzwesen NKFW +++ Kosten- und Leistungsrechnung +++ Haushaltsplan +++ Vermögensbuchführung +++ Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen +++ Budgetierung +++ Veranlagung +++ Zahlungsanordnung +++ Jahresabschluss +++ Verbrauchsgebühren +++

... rechnen Sie mit uns!

AKDB

PARTNER DER KOMMUNEN

AKDB • Herzogspitalstraße 24 • 80331 München • Telefon 089/5903-0 • Fax 089/5903-1845 • E-Mail mailbox@akdb.de

Nürnberger Wirtschaftsbericht:

Klar auf Expansionskurs

Das Ergebnis ist durchweg positiv: „Es ist einer der wichtigsten Erfolge der letzten beiden Jahre, dass das Ziel, den Status Metropolregion für Nürnberg durchzusetzen, erreicht wurde. Wir steuern am Standort Nürnberg trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen klaren Expansionskurs und arbeiten innerhalb der Handlungsspielräume, die uns auf kommunaler Ebene zur Verfügung stehen, konsequent an der Verbesserung der Standortbedingungen“, betonte Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck bei der Vorstellung des Nürnberger Wirtschaftsberichts 2005.

Welchen Stellenwert die Stadt der kommunalen Wirtschaftsförderung inzwischen beizumessen, wird dokumentiert durch das neue WirtschaftsRathaus. Auch die Auszeichnung mit dem „Qualitätspreis wirtschaftsfreundliche Gemeinde“ durch die Bayerische Staatsregierung markiere einen herausragenden Aktivposten in der Bilanz.

Position behauptet

Der Standort habe seine Position insgesamt gut behauptet, erklärte Fleck. So sei Nürnberg High-Tech-Standort. Der Anteil der Beschäftigten in den zukunftsweisenden High-Tech-

Branchen liege erheblich über dem deutschen Durchschnitt (Nürnberg: 53,7 Prozent, Deutschland 34,8 Prozent; Top-20-Städte 46,0 Prozent). Außerdem stiegen die Arbeitslosenzahlen in Stadt und Region deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt, der Tourismus gewann an Fahrt und die Attraktivität Nürnbergs als Einkaufsstadt sei ungebrochen.

Offene Stellen auf Zehn-Jahres-Hoch

Die Zahl der offenen Stellen befinde sich auf einem Zehn-Jahres-Hoch, die Gewerbesteuererinnahmen mit 284 Mil-

lionen Euro in 2005 auf einem Fünf-Jahres-Hoch.

„Wirtschaftspolitisch haben wir konsequent an der Optimierung der Standortbedingungen weitergearbeitet. In vielen Bereichen konnten Erfolge konsolidiert oder wichtige Meilensteine zur Eröffnung neuer Perspektiven gesetzt werden“, bemerkte Fleck.

Meilensteine

Zu Meilensteinen beim Ausbau der Infrastruktur, die die überregionale Zentralität Nürnbergs stärken werden, zählten beispielsweise die Eröffnung des neuen Kongresszentrums CCN Ost der NürnbergMesse, der Baubeginn für das KV-Terminal im Hafen Nürnberg-Roth oder Investitionen in die Kapazität und weitere Verbesserung der Servicequalität am Airport.

Weichenstellung

Fleck zufolge gilt es, auf verschiedenen Feldern die richtigen Weichen zur Zukunftssicherung des Standorts Nürnberg zu stellen. Dazu gehöre es, die bayerische und regionale Clu-

sterpolitik zu synchronisieren, die Höherqualifizierung der Menschen zu unterstützen sowie bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Das wichtige Thema „Verlagerung von Unternehmen“ sei bereits offensiv und konstruktiv aufgegriffen worden.

„Bleiben Sie hier?“

Unter dem Motto „Bleiben Sie hier?!“ wurden branchenübergreifende Veranstaltungen zum Thema „Wirtschaftsstandort Deutschland“ gemeinsam mit dem Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie durchgeführt. Die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt.

Blick nach vorn

Flecks Fazit: „Die nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Nürnberg ist letztendlich die ökonomische Basis für die Leistungsfähigkeit der Stadt in allen anderen Politikfeldern. In diesem Sinne setze ich auch in den nächsten Jahren hier in Nürnberg auf eine vertrauensvolle Kooperation von Wirtschaft und öffentlicher Hand. Die Herausforderungen sind groß, aber die Perspektiven, die sich Stadt und Metropolregion bieten, sind aller Anstrengungen wert.“ DK

Bezirk Unterfranken:

Kostenschub durch „Quereinsteiger“?

Der Bezirk Unterfranken steht möglicherweise vor einem Kostenschub in Millionenhöhe. Grund dafür ist die Tatsache, dass immer mehr Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, in Behindertenwerkstätten untergebracht werden. Zu dem aktuellen Sachstand informierte jetzt im Bezirksausschuss des Bezirkstags von Unterfranken der Leiter der Sozialverwaltung, Günter Fuckerer.

Den Sachstandsbericht hatte Bezirksrätin Tamara Bischof (Freie Wähler/zugleich Landrätin im Landkreis Kitzingen), beantragt. Es ging ihr darum, klären zu lassen, wozu der Bezirk verpflichtet sei im Hinblick auf die Übernahme von Kosten durch die Eingliederung von erwerbsunfähigen Personen in Werkstätten für Behinderte.

Günter Fuckerer sprach von einer urplötzlich aufgetretenen Entwicklung, die im Jahr 2004 eingesetzt habe. Bis dahin seien psychisch Kranke als Werkstattgänger eher eine Randerscheinung gewesen. Nun aber steige die Zahl der Fälle dramatisch. So wurden im Jahr 2004 296 Neuaufnahmen in unterfränkische Behinderten-Werkstätten verzeichnet, davon 186 sogenannte „Quereinsteiger“.

Mit diesem Begriff umschreibt Fuckerer einen Personenkreis von immerhin 57 Prozent, bei dem keine klassische Behinderung vorliege. Die Menschen seien auf Grund verschiedener persönlicher Probleme nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Ein Gutachten bestätige ihnen eine Erwerbsunfähigkeit und die Arbeitsverwaltung beantrage die Aufnahme in eine Werkstatt für Behinderte.

Bezirk in der Pflicht

Nach gut zwei Jahren laufe die Maßnahme der Arbeitsagentur aus und der Bezirk, als Kostenträger für die überörtliche Sozialhilfe, sei in der Pflicht. Eine Rückführung in den regulären Arbeitsmarkt, wie es die Maßnahme eigentlich vorsehe, bezeichnete Fuckerer in den meisten Fällen als „utopisch“. Einfache Arbeiten seien in der Wirtschaft nicht mehr gefragt. Etwa 800 Euro koste das den Bezirk pro Fall im Monat. Da sich der Bezirk über eine Umlage aus Mitteln der Städte und Landkreise finanziere, treffe die Kostenentwicklung die Kommunen. Und die Kosten seien stark steigend, prognostiziert Fuckerer.

So seien im ersten Halbjahr 2005 bereits 197 Neuanträge, darunter 117 Quereinsteiger (59 Prozent), also etwa doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum, positiv beschieden worden. Wobei man erstmals 17 Anträge abgelehnt habe. Ein Dilemma sei es zum einen, fachliche und ärztliche Gutachten zu entkräften. Zum anderen liege ein wesentliches Problem in der Rechtsunsicherheit im Schnittpunkt von Behinderung und Erwerbsunfähigkeit. Falls hier der Gesetzgeber nicht eingreife, steige der Aufnahme-Druck auf die Werkstätten und der Kostendruck auf die Sozialhilfeträger in den kommenden Jahren enorm.

Erwin Dotzel, Fraktionsvorsitzender der CSU, sprach davon, dass die Kritik des Bezirkstags nicht gegen die Werkstätten und schon gar nicht gegen die Betroffenen gerichtet sei. Fakt sei lediglich, dass der Bezirk nicht als Kostenträger zuständig sei. Der Bezirkstagspräsident Albrecht Graf von Ingelheim fügte an, dass sich der Bezirk von anderen Kostenträgern in Zukunft „nicht mehr die Kosten aufs Auge drücken lassen“ werde.

Dazu machte Fuckerer den Vorschlag, nach Ablauf der Maßnahme durch die Arbeitsverwaltung in einem Musterprozess die Zuständigkeit gerichtlich prüfen zu lassen.

Alternative anbieten

Gleichzeitig, schlug Tamara Bischof vor, müsse den betroffenen Menschen eine alternative Möglichkeit angeboten werden. Die drängende Problematik will man nun auf der Ebene des Verbandes der Bayerischen Bezirke ansprechen, denn, so Fuckerer, der Trend zum Quereinstieg in Behinderteneinrichtungen sei nicht auf Unterfranken beschränkt. wkn

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik - Wirtschaft - Recht - Technik - Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Der neu gegründete Arbeitskreis Landkreise am Runden Tisch GIS e.V.

Geoinformationssysteme:

Gründung des Arbeitskreises Landkreise

Im Anschluss an das 11. Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme an der Technischen Universität München fand die Kick-off-Veranstaltung für den AK Landkreise am Runden Tisch GIS e.V. großen Anklang: Von 27 Teilnehmern waren 14 Vertreter bayerischer Landkreise.

„Wir wollen einen offenen Arbeitskreis, in dem vordringlich die Belange der Landkreise berücksichtigt werden, sich aber auch Vertreter der Anbieter und der Hochschulen sowie Freiberufler auf der informellen Ebene einbringen können.“, betonte der Vorstandsvorsitzende des Runden Tisch GIS e.V., Prof. Mathäus Schilcher.

Schwerpunkte

Die Auswertung der Vorstellungsrunde ergab zunächst als Schwerpunktthemen Informa-

tionsaustausch, Datenbeschaffung und Interessensvertretung.

Wichtiges Sprachrohr

„Mit dem AK Landkreise haben die Vertreter der Landkreise die Chance, ihren Anliegen und Interessen im Bereich Geoinformationssysteme eine Stimme zu geben und diese gebündelt als Sprachrohr an Verbände und Entscheidungsträger heranzutragen“, erläuterte die Leiterin des Arbeitskreises, Dr. Gertraud Sutor. Infos unter www.runder-tischgis.de

Städtetag Oberbayern zum kostenlosen Kindergarten:

Wer bezahlt zwei Milliarden Euro?

In der wieder aufgeflammtten Debatte um den gebührenfreien Besuch der Kindergärten vertrat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei der Bezirksversammlung Oberbayern seines Verbandes in Fürstfeldbruck die Auffassung, dass es angesichts der demographischen Entwicklung sicher wünschenswert wäre, allen Kindern einen kostenfreien Besuch des Kindergartens zu ermöglichen.

Schaidinger: „Leider haben weder die Bundeskanzlerin noch die SPD-Bundespolitiker gesagt, wer die über 2 Milliarden Euro bezahlen soll, die von den Eltern derzeit aufgebracht werden.“

Schaidinger monierte weiter, dass es leicht ist, auf Kosten

Dritter, in diesem Fall der Kommunen, den Bürgern finanzielle Wohltaten zu verkünden, ohne zugleich dafür in die eigene Tasche greifen zu müssen. Allein in Bayern würden die ausfallenden Gebühreneinnahmen die Kommunen ca. 350 Millionen Euro im Jahr

Den Auftakt für die Veranstaltungsreihe gab ein Konzert der bekannten deutschsprachigen Pop-Band Münchener Freiheit, dicht gefolgt von Frankens Comedy-Helden Nummer 1, Erwin Pelzig, und einem bunten Kunst- und Kulturspektakel am Tag der offenen Tür. Es trafen sich örtliche, regionale und internationale Musiker, Komiker, Zauberkünstler, Stelzenartisten und Bewegungswunder.

Schräge Typen

Der Tag der offenen Tür wurde gemeinsam mit den Grafenrheinfelder Vereinen und ausgewählten Künstlern aus Dirk Denzers Künstlerfundus gestaltet. Auch für das leibliche Wohl wurde von den Vereinen bestens gesorgt. Gespickt mit einer großen Portion Humor und jeder Menge schräger Typen erwartete die Gäste ein buntes Spektakel in und um die Kulturhalle herum. Comedy, Magic Arts, Artistik und Musik verschmolzen zu einem unterhaltsamen Nachmittag für die ganze Familie.

Variété-Gala

Zum Abschluss des dreitägigen Eröffnungsprogramms war

kosten. Schaidinger: „Das ist von uns nicht zu schultern.“

Das Ziel stimmt

Zugleich räumte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags ein, dass in Anbetracht der demographischen Entwicklung das Ziel richtig ist, die Familien bei der Betreuung noch mehr zu unterstützen. Allerdings wäre es sinnvoll, zuerst den qualitativen und quantitativen Aufbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijähri-

bei der Variété-Gala „The Best of - Magische Momente 2004“ noch einmal das Beste aus der Erstauflage des Internationalen Variétéfestivals im Landkreis Schweinfurt zu sehen.

Kommunaler Kraftakt

Die Kulturhalle ist Teil eines kommunalen Kraftakts, wie Erster Bürgermeister Walter Weinig betonte. Rund 4 Millionen hat Grafenrheinfeld aus eigener Kasse für die Kulturhalle investiert. Für den Neubau der Kulturhalle gab es keine staatlichen Zuschüsse. Ihr Vorläufer, die damalige Gemeindehalle, war 2002 aufgrund ihrer PCB-Belastung abgerissen worden.

Modernes Ambiente

Die neue Kulturhalle in Grafenrheinfeld bietet ein modernes Ambiente und erstklassige Möglichkeiten für unterschiedlichste Veranstaltungen. Die Halle ist mit einer hochwertigen Bühnen-, Licht-, Ton- und Projektionstechnik ausgestattet.

Für Kulturveranstaltungen, Tagungen, Konferenzen, aber auch für festliche Bälle, Feiern und Konzerte bietet die Halle je nach Bedarf bis zu 560 Sitz- und ca. 900 Stehplätze. DK

gen und die Ganztagsbetreuung an den Schulen zu forcieren, bevor man die Gebührenfreiheit für die Kindergärten diskutiert.

Widersprüchliches

Im Übrigen sei es schon ein wenig widersprüchlich, auf der einen Seite den Gratis-Besuch für Kindergärten zu fordern und zugleich von den Schülern ein Büchergeld zu verlangen, meinte Schaidinger zum Abschluss. □

„Frühlingserwachen“ in Grafenrheinfeld

Neue Kulturhalle eröffnet - Dreitägiges Programm mit Pauken, Pop und Pelzig

Knapp zwei Jahre nach Baubeginn ist die neue Kulturhalle in Grafenrheinfeld mit Pauken und Trompeten ihrer Bestimmung übergeben worden. Gemeinsam mit der Dirk Denzer Variété und Showproduktion aus Schweibheim stellte die Gemeinde unter dem Motto „Frühlingserwachen“ ein dreitägiges Programm auf die Beine. Mit Comedy, Akrobatik und viel Musik wurde die Kulturhalle standesgemäß eingeweiht.



Musikantenfreundliche Wirte nun im Internet

Krumbach (pm). Vor einiger Zeit startete die Beratungsstelle für Volksmusik des Bezirks Schwaben über die Augsburgische Allgemeine Zeitung einen Aufruf an musikbegeisterte Wirte in Bayerisch-Schwaben: Wer Musikanten Tür und Tor öffnen möchte, Musikantenstammtische organisieren will oder einfach gerne gelegentlich zum offenen Musizieren einladen will, sollte sich melden. Das haben viele schwäbische Wirte getan.

Die Volksmusikberatungsstelle des Bezirks hat diese Wirtshäuser nun erfasst. Sie sind auf der Internetseite des Bezirks Schwaben abrufbar unter www.bezirk-schwaben.de/musikwirte. Nach Landkreisen geordnet kann man hier nachsehen, wo in der Region Wirte sitzen, die sich über regen Musikantenbesuch freuen und wann dies in den einzelnen Gasthäusern möglich ist. Auch neue Wirte, die Interesse an der Aufnahme in dieses Internetportal haben, können sich unter dieser Adresse jederzeit online registrieren lassen. □

Jahreshauptversammlung der Augsburgischen Landkreisbürgermeister:

Kommunalpolitische Fixpunkte

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse als Referent

Landkreis Augsburg (gri). Der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Augsburg, Georg Klaußner, begrüßte im Festsaal der Kreissparkasse Augsburg seine amtierenden und ehemaligen Bürgermeisterkollegen zur traditionellen Jahreshauptversammlung.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Geldinstitutes, Horst Schönfeld, hieß die Rathauschefs herzlich willkommen. Sein Grußwort verband der „Hausherr“ mit der Darstellung der Kreissparkasse, die auch für das Jahr 2005 wieder eine überaus zufrieden stellende Bilanz vorweisen kann. Weiter war zu hören, dass das Geldinstitut, das vor kurzem sein 150-jähriges Gründungsjubiläum feiern konnte, auch weiterhin zu seiner Zusage stehe, bankmäßige „Flächenversorgung“ im gesamten Kreisgebiet aufrecht zu erhalten. Als Referenten hatten sich Kreisräte Alfred Reiner, Dr. Jürgen Busse (Bayerischer Gemeindetag) und Bankdirektor Thomas Neher (Bayerische Landesbank) angesagt.

Finanzausgleich

Nach dem detaillierten Jahresrückblick des Kreisvorsitzenden Georg Klaußner befasste sich Dr. Jürgen Busse, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, mit aktuellen kommunalpolitischen Themen aus Bayern. So war zu hören, dass die Einnahmen der bayerischen Kommunen im Jahre 2005 um rund 0,5 Milliarden auf etwa 9,9 Milliarden Euro gestiegen sind. Für den kommunalen Finanzausgleich gelte die Einigung über den Ausgleich der Belastungen aus der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Seit dem 1. Januar 2006 werde die Zuständigkeit für ausländische ALG II-Empfänger auf die Landkreise und kreisfreien Städte verlagert. Die dadurch entstehende Entlastung der Bezirke um rund 300 Millionen Euro müsse durch die Senkung der Sätze an die Umlagenzahler weitergegeben werden. Schwaben hat eine Senkung um 4,1 Prozent angekündigt und gilt mit 24 Prozent weiterhin als „Spitzenreiter“ unter den sieben Bezirken.

Fördermittel angehoben

Ab 2008 wird die Nettobela-

stung der Solidarumlage zu 100 Prozent vom Freistaat übernommen. Für die Abwasserförderung (Kläranlagen) werden die Mittel um 30 Millionen auf 121,25 Mio. angehoben. Für den kommunalen Straßenbau und Unterhalt werden die Zuschüsse pro Kilometer um 120 Euro auf 940 Euro erhöht. Um sieben Millionen Euro angehoben werden im Freistaat die Mittel für Schülerbeförderung, um die Erstattungsquote von 60 Prozent zu garantieren.

Gemeindesteuern

Im Bereich Gemeindesteuern soll die Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) bundesrechtlich abgeschafft werden und die Grundsteuer B (bebaute oder bebaubare Grundstücke) wird mit einer neuen Bemessungsgrundlage ausgestattet. Ziel sei es auch, die kommunale Unternehmenssteuer auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Realistisch erscheine ein Steuersatz von 25 Prozent. Dafür soll die Gewerbesteuer abgeschafft werden. Dieses Modell würde aber, so Dr. Busse, für die Kommunen Steuerausfälle in Milliardenhöhe mit sich bringen. Das Landesentwicklungsprogramm Bayern soll deutlich verschlankt werden. Es fehle auch eine Neuorientierung für den ländlichen Raum.

Altlastenfonds für Altdeponien

Auf Drängen des Bayerischen Gemeindetags verpflichtet sich nunmehr der Freistaat Bayern, die Sanierungskosten der Altlasten bei Altdeponien mitzutragen. Zur Finanzierung wird ein Unterstützungsfond mit der Beteiligung der Gemeinden und des Freistaates je zur Hälfte und dem Gemeindeanteil bei Sanierungsfällen. Das bayerische Innenministerium plane auch die Einbindung der Gemeinden in das Unwetterwarnsystem. Bereits im Vorjahr wurde festgelegt, dass eine beschränkte Ausschreibung von kommunalen Bauleistungen im Tiefbau bis zu

300 000 Euro ohne gesonderte Begründung zulässig ist.

Wahlrecht

Ebenfalls geändert werden soll in Bayern das kommunale Wahlrecht, das in besonders gelagerten Fällen eine Amtszeit bis maximal acht Jahre dauern kann. Künftig können auch Ehegatten, Eltern und Kinder sowie Geschwister in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern dem Gemeinderat angehören. Auf Anregung des Bayerischen Gemeindetags wird das Innenministerium die Kommunen bei der Statikprüfung bei öffentlich zugänglichen Gebäuden unterstützen. Gemeinsames Ziel von Staat und Kommunen muss der Abbau überflüssiger Bürokratie sein. Wenn etwas schief geht muss gelten „kein Ruf nach mehr Bürokratie, sondern nach Stärkung der Eigenverantwortung.“ Dr. Busses Motto der Zukunft heißt: „Packen wir’s an!“

Sich selbsttragender Aufschwung ist nicht zu erwarten

Da der private Verbrauch in unserm Lande zuletzt spürbar an Dynamik gewonnen habe, wird das Bruttoinlandsprodukt bereits im ersten Quartal 2006 wieder kräftig zunehmen. Doch ein sich selbst tragender Aufschwung 2006/07, sei sehr zweifelhaft, sagte der Bankdirektor bei der BLB, Thomas Neher, bei seinem Referat vor den Landkreisbürgermeistern. Auch seien gegenüber zu beobachtenden Aufschwungsindikatoren im Euroraum Zweifel angebracht. Gegen Ende Januar habe der Euro gegenüber dem Dollar eine Abwertung erfahren. Während auf dem Rentenmarkt, so Thomas Neher weiter, kein Trend steigender Renditen auszumachen sei, zeige sich bei den Aktienmärkten eine intakte Aufwärtsbewegung.

Lichtenfels und Kulmbach als Reiseziele

Gemeindetags-Ehrenkreisvorsitzender Günter Würmseher, anerkannter „Spezialist“ für die Vorbereitungen der Bürgermeister-Informationsfahrten, teilte seinen Kollegen mit, dass diesjährige Reiseziel Lich-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Was läuft schief in einer Gesellschaft, wenn Lehrer ihre Schüler aufgeben und der Politik den Krempel vor die Füße schmeißen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, zeigte mir einen Zeitungsartikel über die Rütli-Schule in Berlin.

Dort müssen die Zustände so schlimm sein, dass die Lehrer es in einem Schreiben an den Bildungsminister für unmöglich erklärten, ordnungsgemäß zu unterrichten und bekundeten, ratlos zu sein. Gerade letzteres ist eine erstaunliche Aussage für eine Berufsgruppe, die nicht nur bei Leserbriefdiktatoren und Kommunalpolitikern im Ruf steht, vormittags alles und nachmittags alles besser zu wissen. Allerdings dürfte guter Rat teuer sein, wenn Halbwüchsige den Unterricht total boykottieren, die Lehrkräfte wie Dreck behandeln und Waffen in die Schule mitbringen.



das Unwohlsein, das diese Dinge ausgelöst haben. Freiwillig oder gar mit Lustgewinn werden sich nur die wenigsten das Zeug angeschaut haben und sicher kriegen gerade die ganz Coolen darauf Alpträume.

Trotzdem: Wehret den Anfängen. Wer heute über den Konsum von Gewaltmedien mit einem Achselzucken weggeht, braucht sich Morgen nicht zu wundern, wenn wie jetzt in Berlin Polizisten vor dem Schultor stehen und nach Waffen suchen. Was hat den die Chaoten an der Berliner Schule dazu gebracht, ihre Penne als rechtsfreien Raum zu begreifen? Fehlgeschlagene Integration? Sicherlich. Aber doch auch vor allem weil dies auch Teil der Integration ist - dass niemand ihnen ihre Grenzen aufgezeigt hat, ihnen keiner beizeiten (natürlich rechtsstaatlich) auf die Finger gehauen und klar gemacht hat, was geht und was nicht geht. Oder anders ausgedrückt: In Berlin hat man es vor lauter Toleranz nicht gewagt, den Fröhen zu sagen, was unsere Gesellschaft nicht tolerieren kann.

Wehret den Anfängen heißt es im Deutschen. Zero tolerance sagen die Amerikaner, die damit New York zu einer der sichersten Städte gemacht haben. Null Toleranz ist auch das Credo in Singapur, wo seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlichster ethnischer und religiöser Abstammung friedlich zusammen leben, weil sie alle die gleichen Regeln beachten.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist sich im Klaren, dass die Schulen nur einen Teil dazu beitragen können, ausländische Jugendliche zu integrieren oder Halbstarke einzubremsen. Wo Elternhäuser versagen ist auch die Kommune gefordert. Mit Sozialarbeit, Freizeitangeboten, Hilfen bei der Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Aber auch mit härteren Bandagen, wenn Kids etwa in Parks randalieren. Denn welche Verantwortung die Politik im Umgang mit jungen Leuten hat, zeigt das heutige Kalenderblatt. Diogenes von Sinope erkannte schon vor über 2000 Jahren: „Die Grundlage eines jeden Staates ist die Ausbildung seiner Jugend“.

the Sabrina

Chaoten an den Schulen

Oh Bayern, Du (darf man Dank Hans Zehetmair wieder groß schreiben!) hast es besser. Unsere Schulmeister müssen sich nicht mit Spring- und Butterfly-Messern herumschlagen, sondern die Geheimnisse der Videofunktionen moderner Mobiltelefone ergründen. Denn kaum sind erste Fälle bekannt geworden, in denen Schüler in der Pause Videos mit extremsten Gewalt- und Pornodarstellungen per Bluetooth „tauschen“, da schlägt die Staatsgewalt auch schon zu: Erst die Polizei mit der Beschlagnahme von Handys, dann der Kultusminister durch ein Nutzungsverbot an den Schulen.

Jetzt gibt es ja wieder ganz Verständnissvolle, die meinen, das mit den Videos sei nicht so tragisch, sondern eher so was wie ein jugendliches Protestphänomen. Quasi wären Gewaltvideos für die Kids von heute das, was das Bravo-Heftchen für deren Eltern war: Mittel zur Provokation und Statussymbol in einem. Halt alles auf die Ebene der totalen Mediengesellschaft gehoben, nach 20 Jahren Verrohung durch Rambo I bis Tal der Wölfe.

Klar, wenn man die - mit Verlaub - Kinder im Fernsehen gesehen hat, die über diese Videos berichteten, dann sah man auch die Angst und

tenfels und Kulmbach sei. Auch für diese Fahrt hat der Organisator wieder ein umfangreiches und interessantes Programm zusammengestellt. Lob und Anerkennung zuteil wurden Günter Würmseher auch im Nachhinein für die Durchführung der vorjährigen Fahrt nach Bamberg und Würzburg. □

Pfaffenhofener Landkreispolitiker:

Kommunen nicht im Stich lassen!

Zu einem Meinungsaustausch mit Kommunalpolitikern aus dem Landkreis Pfaffenhofen traf sich kürzlich Finanzstaatssekretär Franz Meyer. Das Treffen war auf Einladung der Landtagsabgeordneten Erika Görlitz und von Landrat Rudi Engelhard zu Stande gekommen. Eine ganze Reihe von Kommunalpolitikern nahm die Gelegenheit zu einem Gespräch mit einem Mitglied der Staatsregierung wahr.

Landrat Rudi Engelhard gab einen kurzen Überblick über die Kreisfinanzen und die Auswirkungen verschiedener Gesetze auf den Kreishaushalt und die Höhe der Kreisumlage. Er forderte dazu auf, sich Gedanken um eine dringend notwendige Reform der derzeitigen Umlagenfinanzierung zu machen und den Gemeinden und Landkreisen wieder mehr Freiraum einzuräumen.

Staatssekretär Meyer erläuterte seinerseits die Planungen des Finanzministeriums für die laufenden Haushaltsberatungen. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, so Meyer, habe die Staatsregierung mit dem kommunalen Finanzausgleich 2006 ein 5,7 Milliarden-Paket geschnürt. Damit erreiche der kommunale Finanzausgleich in Bayern eine neue Rekordhöhe und liege voraussichtlich erneut wieder deutlich über dem Durchschnitt anderer Bundesländer. Mit einem Ausgleichsfonds in Höhe von 50 Mio. Euro solle sichergestellt werden, dass keine Kommune durch Hartz IV belastet wird. Zusätzlich 17 Mio. Euro Haushaltsmittel sollen als sogenannte Schlüsselzuweisungen zur Stärkung der Haushalte an

die Kommunen fließen. Damit erhöhten sich die Schlüsselzuweisungen auf über 2 Milliarden Euro. Davon profitierten vor allem finanzschwache Kommunen.

Bürgermeister Anton Westner aus Reichertshofen, Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, wies Meyer darauf hin, dass der Bund endlich aufhören müsse, Gesetze zu machen, die die Kommunen dann finanzieren müssen. Meyer, selbst langjähriger Kommunalpolitiker, stimmte dem zu und verwies darauf, dass auf Betreiben der CSU nach der Verabschiedung der Föderalismusreform der Bund keine Aufgaben mehr auf die Kommunen abwälzen kann.

Ein eindeutiges „Ja“ erhielt Meyer auf seine Frage, ob das Instrument „vorzeitiger Baubeginn“ beibehalten werden soll. „Selbst wenn die Zuschüsse erst später fließen“, so die einhellige Meinung, „bleibt dies ein wichtiges Steuerungselement.“ Landrat Engelhard wies darauf hin, dass beim Landkreis Pfaffenhofen voraussichtlich kein Cent aus dem Hartz IV-Ausgleich ankommt. Der Bezirk Oberbayern finanziert damit seine Schulden aus dem Jahr 1994. **DK**

Tag des Bieres

Nur wenige Landkreise haben ein eigenes Braurecht. Der Landkreis Günzburg gehört dazu. Somit war klar, dass am 23. April in der Kreisheimatstube Stoffenried (Gemeinde Ellzee) Landrat Hubert Hafner zum „Tag des Bieres“ einlud. Siegfbert Wieser, Braumeister und als Kreisbrandrat ehemals in Diensten des Landkreises und damit immer doppelt fürs Löschen zuständig, informierte mit weiteren sieben verbliebenen Landkreisbrauereien und zwei unmittelbaren Nachbarn aus Neu-Ulm über lokale Braugeschichte.

„Goldener Engel“

Es präsentierten sich „Goldener Engel“ Waldstetten, Rad- und Münzbrauerei Günzburg, Postbräu Thannhausen, Hirschbräu Leipheim, Schlossbrauerei Autenried, Klosterbräu Ursberg, sowie die Brauereien aus Biberach und Messhofen. Selbstverständlich kamen deren Produkte auch alle zum Ausschank. **Hans Joas**

Saalach-Erlebniswelt:

Einmaliger Natur- und Kulturraum in der EuRegio

16 Gemeinden vom Ursprung der Saalach in Saalbach Hinterglemm bis zu ihrer Mündung in die Salzach bei Freilassing und Salzburg haben sich in einem bisher einmaligen Projekt in der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein zusammengetan und diesen gemeinsamen Natur- und Kulturraum mit umfassenden Informationen erschlossen. Die Eröffnung dieser sog. „Saalach-Erlebniswelt“ fand am 22. März stellvertretend für alle beteiligten Gemeinden, in Unken und Schneizlreuth statt.

Bad Reichenhalls Oberbürgermeister Wolfgang Heitmeier und EuRegio-Präsident Bürgermeister Emmerich Riesner freuten sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen, dass der Impuls aus der im November 2001 von allen beteiligten Gemeinden unterzeichneten Saalachresolution zu einem so beeindruckenden Ergebnis führte.

Vorbildliche Arbeit

Der stellvertretende Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land, Bürgermeister Rudolf Schaupp aus Berchtesgaden, und der Salzburger Landtagsabgeordnete Matthias Scheiber würdigten in ihren Grußworten die Arbeit der Gemeinden als vorbildlich für das Naturerlebnis bei Gästen und Einheimischen, da das Verständnis für das Zusammenwirken von Natur, Kultur und Wirtschaften einleuchtend vermittelt werde.

26 Informationsstände aus heimischem Lärchenholz geben nun mit jeweils vier Tafeln einen hervorragenden Überblick über die Entstehungsgeschichte des Flusses, über seine wirt-

schaftliche Bedeutung und über einen vielfältigen Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen. Besonderer Wert wurde dabei auch auf die enge Beziehung zwischen den einzelnen Ortsgeschichten und dem Fluss gelegt. Um die Erreichbarkeit sicher zu stellen, wurden die Informationsstände in den bestehenden Rad- und Wanderwegen eingegliedert. Sie lassen sich so flussabschnittsweise ohne Schwierigkeiten erwandern. Einen genauen Überblick über die Standorte und die Einbindung in Radwege wie den Tauernradweg oder Wanderweg wie den Jakobsweg vermittelt ein informativer Flyer, der ebenfalls im Rahmen des Projektes hergestellt wurde.

Umfassende Informationen

Mit den einheitlich gestalteten Informationsständen, dem Flyer „Saalach-Erlebniswelt“ und dem Internetauftritt www.saalacherlebniswelt.com haben es die Gemeinden verstanden, umfassende Informationen über den einzigartigen Natur- und Kulturraum entlang der Saalach für Einheimische und Gäste be-

reit zu stellen. Die Europäische Union hat dieses Projekt mit Fördergeldern aus der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A mit 50 Prozent unterstützt. Auch das Land Salzburg hat seinen Gemeinden in der Projektrealisierung finanziell tatkräftig unter die Arme gegriffen. Insgesamt wurden in das Projekt gut 80.000 Euro investiert.

Verantwortliche

Federführend zeichneten für das Projekt verantwortlich die Stadt Saalfelden für die Informationsstände in den Salzburger Gemeinden, die Gemeinde Ainring für die Ständer auf der bayerischen Seite sowie die Stadt Bad Reichenhall für die Marketing-Aktivitäten Flyer und Internetauftritt.

Profunder Kenner der Saalach

Die inhaltlichen Arbeiten auf den Informationstafeln realisierte Franz Schned, früherer Kreisheimatpfleger des Landkreises Berchtesgadener Land und nun wohl profunder Kenner der Saalach im gesamten Flussverlauf, mit wichtigen Helfern aus den einzelnen Gemeinden. Die Gestaltung bis zur Druckvorbereitung oblag dem Büro b-graphix aus Pocking, das auch für die Gestaltung des Flyers verantwortlich zeichnet. Für den Druck der Informationstafeln wurde die Oberndorfer Firma Seeleitner ausgewählt, den Druck des Flyers übernahm die Druckerei Rothe aus Passau. Die Holzarbeiten für die Ständer wurden von der Firma Meiberger aus St. Martin ausgeführt. Den Internetauftritt realisierte die Firma Chiemgau-Websites aus Inzell.



Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Gemeindevertreter der am Projekt „Saalach-Erlebniswelt“ beteiligten Gemeinden am Informationsstand in Schneizlreuth. Unter ihnen der Mitinitiator des Projektes, Oberbürgermeister Wolfgang Heitmeier (Bad Reichenhall, 4. v. l.) und Schneizlreuths Vertreter, Gemeinderat Dr. Frank Wolf (6. v. l.).

Jahreshauptversammlung Arbeitsgemeinschaft Mundart-Theater Franken:

Förderung des Dialekts in den Schulen wird begrüßt

Die Fränkische Mundart-Theaterbewegung begrüßt die Initiative des Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, die heimischen Dialekte an den Schulen zu fördern. Dies betonte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Mundart-Theater Franken, Manfred Zirkelbach, bei einer Tagung fränkischer Mundartbühnen in Eglöfstein in der Fränkischen Schweiz.

Ehrenpräsident Franz Och sieht in dieser Aktion eine Bestätigung und Anerkennung für das 25-jährige Wirken des Fränkischen Mundart-Theaterverbandes, der Ende April dieses Jahres sein Silberjubiläum am Gründungsort Eglöfstein feiern wird. Die Schirmherrschaft hat bekanntlich der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Siemens AG, Heinrich von Pierer, übernommen.

Veronika Klose, Leiterin einer Volksschule in Unterfranken und selbst Mundartautorin stellte die Frage, wie die entsprechenden „Handreichungen“ Ministeriums umgesetzt werden können, wenn

viele Lehrkräfte heute nicht mehr den Dialekt beherrschen. Zudem müssten junge Lehrer aus Oberfranken nach Oberbayern auswandern, gab die Schulfrau aus Grefstal zu bedenken. „Die Obabaian döfn a a wenig frängisch leana“ meinte ein Teilnehmer des Fränkischen Mundart-Theater-Treffens ironisch.

„Dreisprachigkeit“

Die Bedeutung der „Dreisprachigkeit“ Mundart, Deutsch und Englisch unterstrich der Pegnitzer Gymnasiallehrer und Mundartautor Walter Tausendpfund.

In Eglöfstein wurde von den fränkischen Mundartleuten das Angebot gemacht, die Schulen bezüglich der Förderung der Mundart im Unterricht zu unterstützen. Eine Chance dazu würde sich im Kinder- und Jugendtheater ergeben.

Nachwuchs heranbilden

Vorsitzender Manfred Zirkelbach hält es für dringend notwendig, für das Amateurtheater Nachwuchs heranzubilden. Zur Zeit sucht die AG Mundart-Theater Franken Persönlichkeiten die sich für diese Aufgabe engagieren wollen. Die Kontaktadresse lautet: Manfred Zirkelbach, Bergstraße 28, 97659 Schönau a.d. Brend, Telefon: 09775/458, eMail: manfred.zirkelbach@vr-web.de. fpo

Vorschau auf GZ 8

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 8, die am 20. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen
- Kommunale Büchereien

LIEFERANTEN- **GZ** NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung

BECK • Abfallbehälter • Absperrpfosten • Fahrradständer • Sitzbänke u.a.
Möblierung für Außen
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
Fax 07151-995166 www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Geschäftspartner der LANCIA-AG

Fahrradabstellanlagen

ORION
transparente Schutzsysteme
Fahrradabstellanlagen
Stahlkonstruktion
www.orion-bausysteme.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

LUNARIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79837 St. Blasien-Schwarzwald

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/93 55 49 • Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

Papierkörbe

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Posifach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Streutomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 • Fax +49 (0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Verwaltungsinformationssysteme

www.behördenmanagement.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/38 06 - 601 • Fax: 09 81/38 06 - 615
www.hydrometer.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79837 St. Blasien-Schwarzwald